

**MEMORIAL**

**Journal Officiel  
du Grand-Duché de  
Luxembourg**

**MEMORIAL**

**Amtsblatt  
des Großherzogtums  
Luxemburg**

**RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS**

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

**C — N° 126****19 février 2001****SOMMAIRE**

<b>Amigo Holding S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6045</b>	<b>Industrial Investments Center S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6022</b>
<b>Anprefin Holding S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6042</b>	<b>Kowac S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6043</b>
<b>Basket-Ball Club BBC Telstar Hesperange-Ho- wald, A.s.b.l., Hesperange . . . . .</b>	<b>6034</b>	<b>Latin American Investment Company, Sicav, Lu- xembourg . . . . .</b>	<b>6046</b>
<b>Brazilian Investment Company, Sicav, Luxem- bourg . . . . .</b>	<b>6046</b>	<b>LuxGlobal . . . . .</b>	<b>6002</b>
<b>Bref S.A.H., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6045</b>	<b>Mexican Investment Company, Sicav, Luxem- bourg . . . . .</b>	<b>6045</b>
<b>Century Publishing, S.à r.l., Hesperange . . . . .</b>	<b>6018</b>	<b>Nippon Assets Investments S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6048</b>
<b>CO.FI.TE. S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6043</b>	<b>Nomura Funds-Acbut . . . . .</b>	<b>6042</b>
<b>CODALUX, Comptoir d'Agent de Change du Benelux S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6001</b>	<b>Odyssey Ventures Online Holding S.A., Luxem- bourg . . . . .</b>	<b>6029</b>
<b>Cofiba Luxembourg S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6031</b>	<b>Odyssey Ventures Online Holding S.A., Luxem- bourg . . . . .</b>	<b>6031</b>
<b>Coficap. S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6043</b>	<b>Ramal Holding S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6044</b>
<b>DB Systems S.A., Bertrange . . . . .</b>	<b>6040</b>	<b>Relou International S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6031</b>
<b>De Beaumont Electronique S.A., Steinfort . . . . .</b>	<b>6026</b>	<b>S.L.T. S.A., Société Luxembourgeoise de Tou- risme, Luxembourg . . . . .</b>	<b>6025</b>
<b>Deka International S.A., Senningerberg . . . . .</b>	<b>6022</b>	<b>Sagos S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6025</b>
<b>DekaBank (Luxemburg) S.A., Senningerberg . . . . .</b>	<b>6021</b>	<b>Salvia Europe S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6031</b>
<b>Eucalyptus S.A.H., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6042</b>	<b>Schlüssel S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6044</b>
<b>(The) First Korea Smaller Companies Fund, Sicav, Luxembourg . . . . .</b>	<b>6044</b>	<b>Sogeka S.A.H., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6047</b>
<b>Fortis Amerika Fonds <i>small caps</i> . . . . .</b>	<b>6023</b>	<b>Teltech Group S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6043</b>
<b>Fortis L Capital S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6020</b>	<b>Transco S.A., Schifflange . . . . .</b>	<b>6010</b>
<b>Fortis L Capital S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6021</b>	<b>UniBalance . . . . .</b>	<b>6011</b>
<b>Fortis L Fund . . . . .</b>	<b>6023</b>	<b>Villages du Monde S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6037</b>
<b>Global Emerging Markets Investment Company, Sicav, Luxembourg . . . . .</b>	<b>6047</b>	<b>Zèbre S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6048</b>
<b>Industrial Investments Center S.A., Luxembourg . . . . .</b>	<b>6022</b>		

**CODALUX, COMPTOIR D'AGENT DE CHANGE DU BENELUX S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1255 Luxembourg, 48, rue de Bragance.

R. C. Luxembourg B 20.802.

Les statuts coordonnés de la société au 20 avril 2000, enregistrés au Luxembourg, le 18 septembre 2000, vol. 543, folio 4, case 8, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 19 septembre 2000.

(50050/034/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

**LuxGlobal.****VERWALTUNGSREGLEMENT****Art. 1. Der Fonds**

1. Der LuxGlobal (der Fonds) wurde nach dem Recht des Grossherzogtums Luxemburg als Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren («OGAW») in der Form eines Sondervermögens (fonds commun de placement) durch die M.M. WARBURG-LuxINVEST S.A. (die «Verwaltungsgesellschaft») aufgelegt.

2. Der Fonds besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 111 des Gesetzes vom 30. März 1988. Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Jeder Anleger ist am Fonds durch Beteiligung an einem Teilfonds beteiligt.

Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Anteilhaber untereinander als selbständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten der Anteilhaber eines Teilfonds sind von denen der Anteilhaber der anderen Teilfonds getrennt.

Gegenüber Dritten haften die Vermögenswerte eines jeden Teilfonds lediglich für solche Verbindlichkeiten, welche dem betreffenden Teilfonds zuzuordnen sind.

3. Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Anteilhaber, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind in dem Verwaltungsreglement geregelt, das von der Verwaltungsgesellschaft mit Zustimmung der Depotbank erstellt wird.

Durch den Kauf eines Anteils erkennt jeder Anteilhaber das Verwaltungsreglement sowie alle Änderungen desselben an.

**Art. 2. Die Verwaltung des Fonds**

1. Verwaltungsgesellschaft ist die M.M. WARBURG-LuxINVEST S.A., eine Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht mit Sitz in Luxemburg-Stadt.

2. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet den Fonds im eigenen Namen, jedoch ausschliesslich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des jeweiligen Teilfonds zusammenhängen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest. Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann eines oder mehrere seiner Mitglieder sowie sonstige natürliche oder juristische Personen mit der Ausführung der täglichen Anlagepolitik betrauen.

4. Bei der Anlage des Fondsvermögens kann sich die Verwaltungsgesellschaft von einem Investmentmanager unterstützen lassen. Der Investmentmanager wird von der Verwaltungsgesellschaft bestellt. Im Falle der Bestellung eines Investmentmanagers durch die Verwaltungsgesellschaft, findet dies Erwähnung im Verkaufsprospekt.

Aufgabe des Investmentmanagers ist insbesondere die Beobachtung der Finanzmärkte, die Analyse der Zusammensetzung des Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds und die Abgabe von Anlageempfehlungen an die Verwaltungsgesellschaft unter Beachtung der Grundsätze der Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds und der Anlagebeschränkungen.

Die Aufgaben des Investmentmanagers können insbesondere auch die Ausführung der täglichen Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds im Sinne von Absatz 3 Satz 2 umfassen.

**Art. 3. Die Depotbank**

1. Die Bestellung der Depotbank erfolgt durch die Verwaltungsgesellschaft.

2. Die M.M. Warburg & CO LUXEMBOURG S.A., eine Aktiengesellschaft luxemburgischen Rechts mit Sitz in Luxemburg, wurde als Depotbank bestellt. Sie ist ermächtigt, sämtliche Bankgeschäfte in Luxemburg zu betreiben.

3. Die Depotbank ist mit der Verwahrung der Vermögenswerte des Fonds beauftragt. Die Rechte und Pflichten der Depotbank richten sich nach dem Gesetz, dem Verwaltungsreglement und dem jeweiligen Depotbankvertrag.

4. Alle Wertpapiere und anderen Vermögenswerte des Fonds werden von der Depotbank in gesperrten Konten und Depots verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Verwaltungsreglements verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft Dritte, insbesondere andere Banken und Wertpapiersammelstellen, mit der Verwahrung von Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten beauftragen.

5. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen

- Ansprüche der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- wegen Vollstreckungsmassnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Vermögen des jeweiligen Teilfonds nicht haftet.

6. Die Depotbank ist an Weisungen der Verwaltungsgesellschaft gebunden, sofern solche Weisungen nicht dem Gesetz, dem Verwaltungsreglement oder dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt des Fonds widersprechen.

7. Die Depotbank ist berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit im Einklang mit dem jeweiligen Depotbankvertrag zu kündigen. In diesem Falle ist die Verwaltungsgesellschaft verpflichtet, den Fonds gemäss Artikel 16 des Verwaltungsreglements aufzulösen oder innerhalb von zwei Monaten mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank zu bestellen; bis dahin wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten als Depotbank uneingeschränkt nachkommen. Die Verwaltungsgesellschaft ist ebenfalls berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit im Einklang mit dem jeweiligen Depotbankvertrag zu kündigen. Eine derartige Kündigung hat notwendigerweise die Auflösung des Fonds gemäss Artikel 16 dieses Verwaltungsreglements zur Folge, sofern die Verwaltungsgesellschaft nicht zuvor eine andere Bank mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Depotbank bestellt hat, welche die gesetzlichen Funktionen der vorherigen Depotbank übernimmt.

**Art. 4. Anlagepolitik, Anlagebeschränkungen**

1. Das Hauptziel der Anlagepolitik des Fonds ist die nachhaltige Wertsteigerung der von den Kunden eingebrachten Anlagemittel.

Zu diesem Zweck ist beabsichtigt, das Fondsvermögen der einzelnen Teilfonds nach dem Grundsatz der Risikostreuung in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren, fest- und variabelverzinslichen Wertpapieren sowie in Wandel- und Optionsanleihen, die an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt im Sinne von Absatz 2 a. notiert oder gehandelt werden, anzulegen.

Sofern Anlagen einzelner Teilfonds in Wertpapieren erfolgen, die von Unternehmen begeben werden, welche ihren Hauptsitz in Russland haben oder welche in Russland ansässig sind, werden diese Anlagen ausschliesslich über Global Depository Receipts («GDRs») oder über «American Depository Receipts» («ADRs») getätigt.

Die Anlagegrenzen betreffend Wertpapiere, welche an einer Börse notiert oder auf einem geregelten Markt gehandelt werden, sind anwendbar, sofern die Wertpapiere von Unternehmen, die ihren Hauptsitz in Russland haben oder die in Russland ansässig sind, durch «Global Depository Receipts («GDRs») oder durch «American Depository Receipts» («ADRs»)» verbrieft sind, welche von Finanzinstituten erster Ordnung ausgegeben werden. ADRs werden von U.S. Banken ausgegeben und gefördert. Sie verleihen das Recht, Wertpapiere, die von Emittenten ausgegeben wurden und in einer U.S. Bank oder in einer Korrespondenzbank in den U.S.A. hinterlegt sind, zu erhalten. GDRs sind Deposcheine, die von einer U.S. Bank, von einer europäischen Bank oder von einem anderen Finanzinstitut ausgegeben werden und die ähnliche Charakteristika aufweisen wie ADRs. ADRs und GDRs müssen nicht unbedingt in der gleichen Währung wie die zugrundeliegenden Wertpapiere ausgedrückt sein.

2. Die Anlage des Fondsvermögens der einzelnen Teilfonds unterliegt den nachfolgenden allgemeinen Anlagerichtlinien und Anlagebeschränkungen, die grundsätzlich auf jeden Teilfonds separat anwendbar sind. Dies gilt nicht für die Anlagebeschränkungen aus Absatz 2. f. (6)„ für welche auf das Gesamt-Netto-Fondsvermögen, wie es sich aus der Addition der Fondsvermögen abzüglich zugehöriger Verbindlichkeiten («Netto-Fondsvermögen») der Teilfonds ergibt, abzustellen ist.

a. Notierte Wertpapiere

Die Fondsvermögen der jeweiligen Teilfonds werden grundsätzlich in Wertpapieren angelegt, die an einer Wertpapierbörse oder an einem anderen anerkannten, für das Publikum offenen und ordnungsgemäss funktionierenden geregelten Markt innerhalb der Kontinente von Europa, Amerika, Australien (mit Ozeanien), Afrika oder Asien amtlich notiert bzw. gehandelt werden.

b. Neuemissionen

Die Fondsvermögen der jeweiligen Teilfonds können Neuemissionen enthalten, sofern letztere

- in den Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Börse oder zum Handel an einem anderen geregelten Markt gemäss Absatz 2.a. dieses Artikels zu beantragen und
- spätestens ein Jahr nach Emission an einer Börse amtlich notiert oder zum Handel an einem anderen geregelten Markt gemäss Absatz 2.a. dieses Artikels zugelassen werden.

Sofern die Zulassung an einem der unter Absatz 2.a. dieses Artikels genannten Märkte nicht binnen einer Jahresfrist erfolgt, sind Neuemissionen als nicht notierte Wertpapiere gemäss Absatz 2.c. dieses Artikels anzusehen und in die dort erwähnte Anlagegrenze einzubeziehen.

c. Nicht notierte Wertpapiere

Bis zu 10 % des Netto-Fondsvermögens eines Teilfonds können in Wertpapieren angelegt werden, die weder an einer Börse amtlich notiert noch an einem anderen geregelten Markt gemäss Absatz 2.a. dieses Artikels gehandelt werden. Die Anlage in nicht notierten Wertpapieren darf zusammen mit den verbrieften Rechten gemäss Absatz 2.d. dieses Artikels 10 % des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds nicht überschreiten.

d. Verbrieft Rechte

Bis zu 10 % des Netto-Fondsvermögens eines Teilfonds können in verbrieften Rechten angelegt werden, die ihren Merkmalen nach Wertpapieren gleichgestellt werden können, die übertragbar und veräusserbar sind und deren Wert an jedem Bewertungstag gemäss Artikel 7 Absatz 1 des Verwaltungsreglements genau bestimmt werden kann. Die Anlage in verbrieften Rechten darf zusammen mit der Anlage in Wertpapieren gemäss Absatz 2.c. dieses Artikels 10 % des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds nicht überschreiten.

e. Organismen für gemeinsame Anlagen

Bis zu 5 % des Netto-Fondsvermögens eines Teilfonds können in Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren des offenen Typs im Sinne der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften Nr. 85/611/EWG vom 20. Dezember 1985 («OGAW») investiert werden.

Aktien oder Anteile an OGAW, die von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft, die mit der Verwaltungsgesellschaft durch gemeinsame Verwaltung, direkte oder indirekte wesentliche Teilhaberschaft oder Kontrolle verbunden ist, verwaltet werden («verbundene OGAW»), können nur erworben werden, sofern die OGAW ihre Anlagepolitik auf spezifische wirtschaftliche oder geographische Bereiche konzentrieren. Die Verwaltungsgesellschaft wird keine Kosten für Anlagen berechnen, die in derart verbundenen OGAW erfolgen.

f. Anlagegrenzen

(1). Bis zu 10 % des Netto-Fondsvermögens eines Teilfonds können in Wertpapieren ein- und desselben Emittenten angelegt werden. Der Gesamtwert der Wertpapiere von Emittenten, in deren Wertpapieren mehr als 5 % des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds investiert sind, ist auf maximal 40 % dieses Netto-Fondsvermögens begrenzt.

(2). Der unter (1). genannte Prozentsatz von 10 % erhöht sich auf 35 % und der ebendort genannte Prozentsatz von 40 % entfällt für Wertpapiere, die von den folgenden Emittenten ausgegeben oder garantiert werden:

- Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung («OECD»);
- Mitgliedstaaten der Europäischen Union («EU») und deren Gebietskörperschaften;
- internationale Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört.

(3). Die unter (1). genannten Prozentsätze erhöhen sich von 10 % auf 25 % bzw. von 40 % auf 80 % für Schuldverschreibungen, welche von Kreditinstituten, die in einem Mitgliedstaat der EU ansässig sind, ausgegeben werden, sofern

- diese Kreditinstitute auf Grund eines Gesetzes einer besonderen öffentlichen Aufsicht zum Schutz der Inhaber solcher Schuldverschreibungen unterliegen,
- der Gegenwert solcher Schuldverschreibungen dem Gesetz entsprechend in Vermögenswerten angelegt wird, die während der gesamten Laufzeit dieser Schuldverschreibungen die sich daraus ergebenden Verbindlichkeiten ausreichend decken und
- die erwähnten Vermögenswerte beim Ausfall des Emittenten vorrangig zur Rückzahlung von Kapital und Zinsen bestimmt sind.

(4). Die Anlagegrenzen unter (1). bis (3). dürfen nicht kumuliert werden. Hieraus ergibt sich, dass Anlagen in Wertpapieren ein- und desselben Emittenten grundsätzlich 35 % des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds nicht überschreiten dürfen.

(5). Die Verwaltungsgesellschaft wird für keinen Teilfonds stimmberechtigte Aktien in einem Umfang erwerben, der ihr einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftspolitik des Emittenten gestattet.

(6). Die Verwaltungsgesellschaft darf für den Fonds insgesamt höchstens 10 %

- der von einem einzigen Emittenten ausgegebenen stimmrechtslosen Aktien,
- der von einem einzigen Emittenten ausgegebenen Schuldverschreibungen,
- der Aktien oder Anteile eines Organismus für gemeinsame Anlagen («OGA») erwerben.

Die Anlagegrenzen des zweiten und dritten Gedankenstriches bleiben insoweit ausser Betracht, als das Gesamtemissionsvolumen der erwähnten Schuldverschreibungen bzw. die Zahl der Aktien oder Anteile eines OGA zum Zeitpunkt ihres Erwerbs nicht ermittelt werden kann.

Die hier unter (5). und (6). aufgeführten Anlagegrenzen sind auch auf solche Wertpapiere nicht anzuwenden, die von Mitgliedstaaten der EU oder deren Gebietskörperschaften oder von Staaten, die nicht Mitgliedstaaten der EU sind begeben oder garantiert oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört, begeben werden.

Die hier unter (5). und (6). aufgeführten Anlagegrenzen sind ferner nicht anwendbar auf den Erwerb von Aktien oder Anteilen an Gesellschaften mit Sitz in einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der EU ist, sofern:

- solche Gesellschaften hauptsächlich Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in diesem Staat erwerben,
- der Erwerb von Aktien oder Anteilen einer solchen Gesellschaft aufgrund gesetzlicher Bestimmungen dieses Staates den einzigen Weg darstellt, um in Wertpapieren von Emittenten mit Sitz in diesem Staat zu investieren,
- die erwähnten Gesellschaften im Rahmen ihrer Anlagepolitik Anlagegrenzen respektieren, die denjenigen gemäss Artikel 4 Absatz 2.e. und Absatz f. (1). bis (6). des Verwaltungsreglements entsprechen. Artikel 4 Absatz 2. p. des Verwaltungsreglements ist entsprechend anzuwenden.

(7). Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds, abweichend von (1) bis (4) ermächtigt werden, unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung bis zu 100 % des Netto-Fondsvermögens eines Teilfonds in Wertpapieren verschiedener Emissionen anzulegen, die von einem Mitgliedstaat der EU, dessen Gebietskörperschaften, von einem anderen Mitgliedstaat der OECD oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen wenigstens ein Mitgliedstaat der EU angehört, begeben oder garantiert werden, sofern diese Wertpapiere im Rahmen von mindestens sechs verschiedenen Emissionen begeben worden sind, wobei Wertpapiere aus ein- und derselben Emission 30 % des Netto-Fondsvermögens eines Teilfonds nicht überschreiten dürfen.

#### g. Optionen

(1). Eine Option ist das Recht, einen bestimmten Vermögenswert an einem im voraus bestimmten Zeitpunkt («Ausübungszeitpunkt») oder während einer im voraus bestimmten Periode zu einem im voraus bestimmten Preis («Ausübungspreis») zu kaufen (Kauf- oder «Call&verbar;»-Option) oder zu verkaufen (Verkaufs- oder «Put»-Option). Der Preis einer Call- oder Put-Option ist die Options-«Prämie». Kauf und Verkauf von Optionen sind mit besonderen Risiken verbunden:

Die entrichtete Prämie einer erworbenen Call- oder Put-Option kann verlorengehen, sofern der Kurs des der Option zugrundeliegenden Wertpapiers sich nicht erwartungsgemäss entwickelt und es deshalb nicht von Interesse ist, die Option auszuüben.

Wenn eine Call-Option verkauft wird, besteht das Risiko, nicht mehr an einer möglicherweise erheblichen Wertsteigerung des Wertpapiers teilzunehmen beziehungsweise gezwungen zu sein, sich bei Ausübung der Option durch den Vertragspartner zu ungünstigen Marktpreisen einzudecken.

Beim Verkauf von Put-Optionen besteht das Risiko, zur Abnahme von Wertpapieren zum Ausübungspreis verpflichtet zu sein, obwohl der Marktwert dieser Wertpapiere bei Ausübung der Option deutlich niedriger ist.

Durch die Hebelwirkung von Optionen kann der Wert eines Fondsvermögens stärker beeinflusst werden, als dies beim unmittelbaren Erwerb von Wertpapieren der Fall ist.

(2). Die Verwaltungsgesellschaft kann unter Beachtung der in diesem Absatz erwähnten Anlagebeschränkungen für jeden Teilfonds Call-Optionen und Put-Optionen auf Wertpapiere, Börsenindices, Finanzterminkontrakte und sonstige Finanzinstrumente kaufen und verkaufen, sofern diese Optionen an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden oder, sofern solche Optionen freihändig gehandelt werden («over-the-counter» oder «OTC-Optionen»), unter der Voraussetzung, dass die entsprechenden Vertragspartner des Fonds erstklassige, auf derartige Geschäfte spezialisierte Finanzinstitutionen sind.

(3). Die Summe der Prämien für den Erwerb der unter (2). genannten Optionen einschliesslich der nachfolgend unter h. (4). aufgeführten Optionen darf 15 % des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds nicht übersteigen.

(4). Für jeden Teilfonds können Call-Optionen auf Wertpapiere verkauft werden, sofern die Summe der Ausübungspreise solcher Optionen zum Zeitpunkt des Verkaufs 25 % des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds nicht übersteigt. Diese Anlagegrenze gilt nicht, soweit verkaufte Call-Optionen durch Wertpapiere unterlegt oder durch an-

dere Instrumente abgesichert sind. Im übrigen muss die Deckung von Positionen aus dem Verkauf ungedeckter Call-Optionen jederzeit sichergestellt werden können.

(5). Verkauft die Verwaltungsgesellschaft für einen Teilfonds Put-Optionen, so muss der entsprechende Teilfonds während der gesamten Laufzeit der Optionen über ausreichende flüssige Mittel verfügen, um den Verpflichtungen aus dem Optionsgeschäft nachkommen zu können.

#### h. Finanzterminkontrakte

(1). Finanzterminkontrakte sind gegenseitige Verträge, welche die Vertragsparteien berechtigen beziehungsweise verpflichten, einen bestimmten Vermögenswert an einem in voraus bestimmten Zeitpunkt zu einem im voraus bestimmten Preis abzunehmen beziehungsweise zu liefern. Dies ist mit erheblichen Chancen, aber auch Risiken verbunden, weil jeweils nur ein Bruchteil der jeweiligen Kontraktgrösse («Einschuss») sofort geleistet werden muss. Kursausschläge in die eine oder andere Richtung können, bezogen auf den Einschuss, zu erheblichen Gewinnen oder Verlusten führen.

(2). Die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden Teilfonds Finanzterminkontrakte als Zinsterminkontrakte sowie als Kontrakte auf Börsenindices kaufen und verkaufen, soweit diese Finanzterminkontrakte an hierfür vorgesehenen Börsen oder anderen geregelten Märkten gehandelt werden.

(3). Durch den Handel mit Finanzterminkontrakten kann die Verwaltungsgesellschaft bestehende Aktien- und Rentenpositionen gegen Kursverluste absichern. Mit dem gleichen Ziel kann die Verwaltungsgesellschaft Call-Optionen auf Finanzinstrumente verkaufen oder Put-Optionen auf Finanzinstrumente kaufen.

Die Gesamtheit der Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf grundsätzlich den Gesamtwert der abgesicherten Werte nicht übersteigen.

(4). Die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden Teilfonds Finanzterminkontrakte zu anderen als zu Absicherungszwecken kaufen und verkaufen.

Die Gesamtheit der Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die nicht der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf das Netto-Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds zu keiner Zeit übersteigen. Hierbei bleiben Verkäufe von Call-Optionen ausser Betracht, die durch angemessene Werte im Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds unterlegt sind.

#### i. Wertpapierleihe

Im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems können Wertpapiere im Wert von bis zu 50 % des Wertes des Wertpapierbestandes eines Teilfonds auf höchstens 30 Tage verliehen werden. Voraussetzung ist, dass dieses Wertpapierleihsystem durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus oder durch ein erstklassiges, auf solche Geschäfte spezialisiertes Finanzinstitut organisiert ist. Die Wertpapierleihe kann mehr als 50 % des Wertes des Wertpapierbestandes eines Teilfonds erfassen, sofern dem jeweiligen Teilfonds das Recht eingeräumt ist, den Wertpapierleihvertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuverlangen.

Die Verwaltungsgesellschaft muss für den jeweiligen Teilfonds im Rahmen der Wertpapierleihe grundsätzlich eine Garantie erhalten, deren Gegenwert zur Zeit des Vertragsabschlusses mindestens dem Gesamtwert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Diese Garantie kann in flüssigen Mitteln bestehen oder in Wertpapieren, die durch Mitgliedstaaten der OECD, deren Gebietskörperschaften oder internationalen Organismen begeben oder garantiert und zugunsten des jeweiligen Teilfonds während der Laufzeit des Wertpapierleihvertrages gesperrt werden.

Einer Garantie bedarf es nicht, sofern die Wertpapierleihe im Rahmen von CLEARSTREAM BANKING, EUROCLEAR oder einem sonstigen anerkannten Abrechnungsorganismus stattfindet, der selbst zugunsten des Verleihers der verliehenen Wertpapiere mittels einer Garantie oder auf andere Weise Sicherheit leistet.

#### j. Wertpapierpensionsgeschäfte

Die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden Teilfonds von Zeit zu Zeit Wertpapiere in Form von Pensionsgeschäften («repurchase agreements») kaufen, sofern der Vertragspartner sich zur Rücknahme der Wertpapiere verpflichtet. Dabei muss der Vertragspartner eines solchen Geschäfts ein erstklassiges und auf solche Geschäfte spezialisiertes Finanzinstitut sein. Während der Laufzeit eines Wertpapierpensionsgeschäfts können die gegenständlichen Wertpapiere nicht veräussert werden. Der Umfang der Wertpapierpensionsgeschäfte ist stets auf einem Niveau zu halten, das es dem jeweiligen Teilfonds ermöglicht, jederzeit seiner Verpflichtung zur Rücknahme von Anteilen nachzukommen.

#### k. Flüssige Mittel

Bis zu 49 % des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds dürfen in flüssigen Mitteln bei der Depotbank oder bei sonstigen Banken gehalten werden. Dazu zählen auch regelmässig gehandelte Geldmarktinstrumente mit einer Restlaufzeit von bis zu zwölf Monaten. In besonderen Ausnahmefällen können flüssige Mittel auch einen Anteil von mehr als 49 % vom Netto-Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds einnehmen, wenn und soweit dies im Interesse der Anteilhaber geboten erscheint.

#### l. Devisensicherung

(1). Zur Absicherung von Devisenrisiken kann die Verwaltungsgesellschaft für jeden Teilfonds Devisenterminkontrakte verkaufen sowie Call-Optionen auf Devisen verkaufen und Put-Optionen auf Devisen kaufen sofern solche Devisenterminkontrakte oder Optionen an einer Börse oder an einem sonstigen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, notiert oder gehandelt werden, oder im Rahmen des Handels mit OTC-Optionen gemäss Absatz 2 g. (2) durchgeführt werden.

(2). Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Teilfonds zu Absicherungszwecken ausserdem auch Devisen auf Termin verkaufen beziehungsweise umtauschen im Rahmen freihändiger Geschäfte, die mit erstklassigen Finanzinstituten abgeschlossen werden, die auf solche Geschäfte spezialisiert sind.

(3). Devisensicherungsgeschäfte setzen in der Regel eine unmittelbare Verbindung zu den abgesicherten Werten voraus. Sie dürfen daher grundsätzlich die in der gesicherten Währung vom jeweiligen Teilfonds gehaltenen Werte weder im Hinblick auf das Volumen noch bezüglich der Restlaufzeit überschreiten.

#### m. Sonstige Techniken und Instrumente

Die Verwaltungsgesellschaft kann sich für jeden Teilfonds sonstiger Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern die Verwendung solcher Techniken und Instrumente im Hinblick auf die ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds geschieht.

Dies gilt insbesondere für Tauschgeschäfte mit Zinssätzen, welche im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu Sicherungszwecken vorgenommen werden können. Solche Geschäfte sind ausschliesslich mit erstklassigen Finanzinstituten zulässig, die auf solche Geschäfte spezialisiert sind und dürfen zusammen mit den in Absatz 2. h. dieses Artikels beschriebenen Verpflichtungen den Gesamtwert der zu sichernden Werte des Fonds in der Währung dieser Kontrakte nicht überschreiten.

n. Weitere Anlagerichtlinien

(1). Wertpapierleerverkäufe sind nicht zulässig.

(2). Das Fondsvermögen eines Teilfonds darf nicht zur festen Übernahme von Wertpapieren benutzt werden.

(3). Kein Teilfonds darf in Immobilien, Edelmetallen, Edelmetallkontrakten, Waren oder Warenkontrakten angelegt werden.

(4). Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Einverständnis der Depotbank weitere Anlagebeschränkungen vornehmen, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, wo Anteile vertrieben werden bzw. vertrieben werden sollen.

o. Kredite und Belastungsverbote

(1). Das Fondsvermögen eines Teilfonds darf nur insoweit zur Sicherung verpfändet, übereignet bzw. abgetreten oder sonst belastet werden, als dies an einer Börse oder einem anderen Markt aufgrund verbindlicher Auflagen gefordert wird.

(2). Kredite dürfen bis zu einer Obergrenze von 10 % des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds aufgenommen werden, sofern diese Kreditaufnahme nur für kurze Zeit erfolgt. Daneben kann die Verwaltungsgesellschaft für einen Teilfonds Fremdwährungen im Rahmen von «back-to-back» Darlehen erwerben.

(3). Im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Zeichnung nicht voll einbezahlter Wertpapiere können Verbindlichkeiten zu Lasten des Fondsvermögens eines Teilfonds übernommen werden, die jedoch zusammen mit den Kreditverbindlichkeiten gemäss Ziffer (2). 10 % des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds nicht überschreiten dürfen.

(4). Zu Lasten des Fondsvermögens eines Teilfonds dürfen über die in diesem Artikel erwähnten Anlagebeschränkungen hinaus weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden.

p. Überschreitung von Anlagebeschränkungen

(1). Anlagebeschränkungen dieses Artikels müssen nicht eingehalten werden, sofern sie im Rahmen der Ausübung von Bezugsrechten, die den im jeweiligen Teilfonds befindlichen Wertpapieren beigefügt sind, überschritten werden.

(2). Neu aufgelegte Teilfonds können für eine Frist von sechs Monaten ab Genehmigung des jeweiligen Teilfonds von den Anlagegrenzen in Absatz 2 f. (1). bis (4). und (7) dieses Artikels abweichen.

(3). Werden die in diesem Artikel genannten Anlagebeschränkungen unbeabsichtigt oder durch Ausübung von Bezugsrechten überschritten, wird die Verwaltungsgesellschaft vorrangig anstreben, die Rückführung innerhalb der Anlagegrenzen unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber zu erreichen.

#### **Art. 5. Anteile und Anteilklassen**

1. Anteile an einem Teilfonds werden durch Globalzertifikate verbrieft; ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht. Auf Wunsch des Anteilinhabers stellt die Verwaltungsgesellschaft Anteilbestätigungen über erworbene Anteile aus, die auch Bruchteile bis zu einem tausendstel eines Anteils repräsentieren können.

2. Alle Anteile eines Teilfonds haben grundsätzlich gleiche Rechte.

Die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden Teilfonds zwei Anteilklassen A und B vorsehen. Anteile der Klasse A berechnen zu Ausschüttungen, während auf Anteile der Klasse B keine Ausschüttungen bezahlt werden. Alle Anteile sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Anteilklasse berechnungsberechtigt.

3. Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Vornahme von Zahlungen auf Anteile bzw. Ertragsscheine erfolgen bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank sowie über jede Zahlstelle.

#### **Art. 6. Ausgabe von Anteilen**

1. Die Ausgabe von Anteilen erfolgt zu dem nach Artikel 7 bestimmten Anteilwert zuzüglich eines Ausgabeaufgeldes von bis zu 5 % des Anteilwertes («Ausgabepreis»). Das Ausgabeaufgeld wird zugunsten der Vertriebsstellen erhoben.

2. Die Ausgabe von Anteilen an den verschiedenen Teilfonds erfolgt grundsätzlich an jedem in Artikel 7 dieses Verwaltungsreglements definierten Bewertungstag. Die Verwaltungsgesellschaft kann jedoch im Interesse der Anteilinhaber beschliessen, dass im Zusammenhang mit einzelnen Teilfonds Anteile ausschliesslich an dem Erstausgabebetrag ausgegeben werden; dies findet für die entsprechenden Teilfonds Erwähnung im Verkaufsprospekt. Im Interesse der Anteilinhaber kann die Verwaltungsgesellschaft für die Teilfonds, bei denen die Ausgabe von Anteilen nach dem Erstausgabebetrag eingestellt wurde, beschliessen, auch nach dem Erstausgabebetrag Anteile auszugeben, und dies ggf. an jedem Bewertungstag. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt.

Die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden Teilfonds jederzeit nach eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilinhaber, zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, zum Schutz des Fonds oder des jeweiligen Teilfonds, im Interesse der Anlagepolitik oder im Fall der Gefährdung der spezifischen Anlageziele des jeweiligen Teilfonds erforderlich erscheint.

3. Der Erwerb von Anteilen erfolgt grundsätzlich zum Ausgabepreis des jeweiligen Bewertungstages gemäss Artikel 7 Absatz 1 des Verwaltungsreglements. Zeichnungsanträge, welche bis spätestens 12.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Ausgabepreises

dieses Bewertungstages abgerechnet. Zeichnungsanträge, welche nach 12.00 Uhr (Luxemburger Zeit) eingehen, werden auf der Grundlage des Ausgabepreises des nächstfolgenden Bewertungstages abgerechnet.

Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Währung des jeweiligen Teilfonds zahlbar.

4. Die Anteile werden unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank zugeteilt.

5. Die Depotbank wird auf nicht ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen unverzüglich zurückzahlen.

#### **Art. 7. Anteilwertberechnung**

1. Der Wert eines Anteils («Anteilwert») lautet auf die im Verkaufsprospekt festgelegte Währung, in welcher der jeweilige Teilfonds aufgelegt wird («Referenzwährung»). Er wird unter Aufsicht der Depotbank von der Verwaltungsgesellschaft oder einem von ihr beauftragten Dritten separat für jeden Teilfonds an einem Tag («Bewertungstag») und in einem Rhythmus berechnet wie dies im Verkaufsprospekt für jeden Teilfonds Erwähnung findet, wobei diese Berechnung jedoch mindestens zweimal monatlich erfolgen muss. Die Berechnung erfolgt durch Teilung des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile an diesem Teilfonds.

2. Das Netto-Fondsvermögen jedes Teilfonds wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a. Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet.

b. Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind, die aber an einem anderen geregelten Markt gemäss Artikel 4 Absatz 2.a. des Verwaltungsreglements gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können.

c. Falls solche Kurse nicht marktgerecht sind oder falls für andere als die unter Buchstaben a. und b. genannten Wertpapiere keine Kurse festgelegt werden, werden diese Wertpapiere ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewertungsregeln festlegt.

d. Die flüssigen Mittel werden zu ihrem Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet. Festgelder mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als 60 Tagen können mit dem jeweiligen Renditekurs bewertet werden, vorausgesetzt, ein entsprechender Vertrag zwischen dem Finanzinstitut, welches die Festgelder verwahrt, und der Verwaltungsgesellschaft sieht vor, dass diese Festgelder zu jeder Zeit kündbar sind und dass im Falle einer Kündigung ihr Realisierungswert diesem Renditekurs entspricht.

e. Alle nicht auf die Referenzwährung lautenden Vermögenswerte werden zum letzten Devisenmittelkurs in diese Referenzwährung umgerechnet.

3. Sofern für einen Teilfonds zwei Anteilklassen gemäss Artikel 5 Absatz 2 des Verwaltungsreglements eingerichtet sind, ergeben sich für die Anteilwertberechnung folgende Besonderheiten:

a. Die Anteilwertberechnung erfolgt nach den unter Absatz 1. dieses Artikels aufgeführten Kriterien für jede Anteilklasse separat.

b. Der Mittelzufluss aufgrund der Ausgabe von Anteilen erhöht den prozentualen Anteil der jeweiligen Anteilklasse am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds. Der Mittelabfluss aufgrund der Rücknahme von Anteilen vermindert den prozentualen Anteil der jeweiligen Anteilklasse am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds.

c. Im Fall einer Ausschüttung vermindert sich der Anteilwert der - ausschüttungsberechtigten - Anteile der Anteilklasse A um den Betrag der Ausschüttung. Damit vermindert sich zugleich der prozentuale Anteil der Anteilklasse A am Wert des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds, während sich der prozentuale Anteil der - nicht ausschüttungsberechtigten - Anteilklasse B am Netto-Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds erhöht.

4. Für jeden Teilfonds kann ein Ertragsausgleich durchgeführt werden.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann für umfangreiche Rücknahmeanträge, die nicht aus den liquiden Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des jeweiligen Teilfonds befriedigt werden können, den Anteilwert auf der Basis der Kurse des Bewertungstages bestimmen, an welchem sie für den jeweiligen Teilfonds die erforderlichen Wertpapierverkäufe vornimmt; dies gilt dann auch für gleichzeitig eingereichte Zeichnungsaufträge.

Das Netto-Gesamtvermögen lautet auf Euro («Fondswährung»).

Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäss den Regelungen des Verwaltungsreglements Auskunft über die Situation des Fondsvermögens des Fonds insgesamt gegeben werden muss, werden die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in die Fondswährung umgerechnet.

#### **Art. 8. Einstellung der Berechnung des Anteilwertes sowie der Ausgabe, Rücknahme oder des Umtausches von Anteilen**

Die Verwaltungsgesellschaft ist, unbeschadet der Regelung in Artikel 6 Absatz 2 des Verwaltungsreglements, berechtigt, für einen Teilfonds die Berechnung des Anteilwertes sowie die Ausgabe, Rücknahme oder den Umtausch von Anteilen zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber gerechtfertigt ist, insbesondere:

1. während der Zeit, in welcher eine Börse oder ein anderer Markt, wo ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds amtlich notiert oder gehandelt wird, geschlossen ist (ausser an gewöhnlichen Wochenenden oder Feiertagen) oder der Handel an dieser Börse bzw. an dem entsprechenden Markt ausgesetzt oder eingeschränkt wurde;

2. in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Anlagen eines Teilfonds nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwertes ordnungsgemäss durchzuführen.

Die Verwaltungsgesellschaft wird die Aussetzung beziehungsweise Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung, der Ausgabe, Rücknahme oder des Umtausches von Anteilen unverzüglich in mindestens einer Tageszeitung in den Ländern veröffentlichten, in denen der Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen ist, sowie allen Anteilinhabern mitteilen, die Anteile zur Rücknahme angeboten haben.

#### **Art. 9. Rücknahme und Umtausch von Anteilen**

1. Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag. Die Rücknahme erfolgt zu dem nach Artikel 7 bestimmten Anteilwert, abzüglich eines Rücknahmeabschlages von bis zu 1 % des Anteilwertes. Der Rücknahmeabschlag wird zugunsten der Vertriebsstellen erhoben.

2. Die Rücknahme erfolgt grundsätzlich zum Rücknahmepreis des jeweiligen Bewertungstages. Rücknahmeanträge, welche bis spätestens 12.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Rücknahmepreises dieses Bewertungstages abgerechnet. Rücknahmeanträge, welche nach 12.00 Uhr (Luxemburger Zeit) eingehen, werden auf der Grundlage des Rücknahmepreises des nächstfolgenden Bewertungstages abgerechnet.

Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt unverzüglich nach dem entsprechenden Bewertungstag.

3. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank berechtigt, umfangreiche Rücknahmen, die nicht aus den flüssigen Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen eines Teilfonds befriedigt werden können, erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden.

4. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden Teilfonds Anteile einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilinhaber oder zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, des Fonds oder eines Teilfonds erforderlich erscheint.

6. Der Anteilinhaber kann seine Anteile ganz oder teilweise in Anteile einer anderen Anteilklasse ebenso wie in Anteile eines anderen Teilfonds umtauschen. Der Tausch der Anteile erfolgt auf der Grundlage des nächsterrechneten Anteilwertes der betreffenden Anteilklassen beziehungsweise der betreffenden Teilfonds. Dabei kann eine Umtauschprovision zugunsten der Vertriebsstellen erhoben werden. Falls Anteile in Anteile einer anderen Anteilklasse oder eines anderen Teilfonds umgetauscht werden und die Verkaufsprovision dieser Anteile höher ist als die Verkaufsprovision der umzutauschenden Anteile, entspricht die Umtauschprovision der Differenz zwischen den Verkaufsprovisionen der betreffenden Anteilklassen bzw. Teilfonds, mindestens jedoch 1 % des Anteilwertes der Anteilklasse bzw. des Teilfonds in welche(n) umgetauscht werden soll.

Im Zusammenhang mit verschiedenen Teilfonds kann die Verwaltungsgesellschaft im Interesse der Anteilinhaber beschließen, dass weder die Anteilinhaber dieses Teilfonds zum Umtausch ihrer Anteile berechtigt sind noch ein Umtausch in Anteile dieses Teilfonds erfolgen kann. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt.

#### **Art. 10. Kosten**

1. Dem jeweiligen Teilfondsvermögen können folgende allgemeine Kosten belastet werden:

- a. alle Steuern, die auf das Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds, dessen Erträge und Aufwendungen zu Lasten des jeweiligen Teilfonds erhoben werden;
- b. Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber handeln;
- c. Honorare der Wirtschaftsprüfer;
- d. Kosten für die Einlösung von Ertragsscheinen;
- e. Kosten für Währungs- und Wertpapierkursicherung;
- f. Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilinhaber in allen notwendigen Sprachen, sowie Druck- und Vertriebskosten von sämtlichen weiteren Berichten und Dokumenten, welche gemäss den anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen der genannten Behörden notwendig sind;
- g. Kosten der für die Anteilinhaber bestimmten Veröffentlichungen;
- h. ein angemessener Anteil an den Kosten für die Werbung und an solchen, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Anteilen anfallen;
- i. sämtliche Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräusserung von Vermögenswerten.

2. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen ein jährliches Entgelt von bis zu 1,5 % zu erhalten, das auf der Grundlage des an jedem Bewertungstag errechneten Anteilwertes vierteljährlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Fondsvermögen während des betreffenden Quartals ausbezahlt ist. Wird für einen Teilfonds eine feste Vergütung an einen Investmentmanager ausbezahlt, reduziert sich das Entgelt für die Verwaltungsgesellschaft um die Investmentmanagementgebühr. Des weiteren kann die Verwaltungsgesellschaft eine wertentwicklungsorientierte Vergütung («Performance-Fee») in Höhe von bis zu 20 % der jährlich netto erwirtschafteten

Wertentwicklung des Netto-Fondsvermögens der verschiedenen Teilfonds erhalten. Wird für einen Teilfonds eine leistungsabhängige Vergütung an einen Investmentmanager ausbezahlt, reduziert sich das leistungsabhängige Entgelt für die Verwaltungsgesellschaft um die leistungsabhängige Investmentmanagementgebühr. Sofern in einem Geschäftsjahr netto Wertminderungen ausgewiesen werden müssen, sind diese im Hinblick auf die Berechnung der Performance-Fee auf die folgenden Geschäftsjahre vorzutragen und dann zu berücksichtigen.

3. Der jeweilige Investmentmanager ist berechtigt, aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen ein jährliches Entgelt von bis zu 1,0 % zu erhalten, das auf der Grundlage des an jedem Bewertungstag errechneten Anteilwertes vierteljährlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Fondsvermögen während des betreffenden Quartals ausbezahlt ist.



Des weiteren kann der Investmentmanager aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen eine wertentwicklungsorientierte Vergütung («Performance-Fee») in Höhe von bis zu 20 % der jährlich netto erwirtschafteten Wertentwicklung des Netto-Fondsvermögens der verschiedenen Teilfonds erhalten.

Die Performance Fee wird an jedem Bewertungstag ermittelt und bei der Anteilwertberechnung unter der Voraussetzung berücksichtigt, dass ein positiver Nettoertrag im Betrachtungszeitraum vorhanden ist. Sofern in einem Geschäftsjahr netto Wertminderungen ausgewiesen werden müssen, sind diese im Hinblick auf die Berechnung der Performance-Fee auf die folgenden Geschäftsjahre vorzutragen und dann zu berücksichtigen.

4. Die Depotbank erhält aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen:

a. ein jährliches Entgelt für die Tätigkeit als Depotbank in Höhe von bis zu 0,25 % p.a., das auf der Grundlage des an jedem Bewertungstag errechneten Anteilwertes vierteljährlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Fondsvermögen der verschiedenen Teilfonds während des betreffenden Quartals auszuzahlen ist;

b. eine bankübliche Bearbeitungsgebühr für Geschäfte für Rechnung des Fonds;

c. Kosten und Auslagen, die der Depotbank aufgrund einer zulässigen und marktüblichen Beauftragung Dritter gemäss Artikel 3 Absatz 4 des Verwaltungsreglements mit der Verwahrung von Vermögenswerten der Teilfonds entstehen.

5. Alle Kosten werden zuerst den Erträgen angerechnet, dann den Kapitalgewinnen und erst dann dem Fondsvermögen.

6. Das Vermögen des Fonds haftet insgesamt für alle vom Fonds zu tragenden Kosten. Jedoch werden diese Kosten den einzelnen Teilfonds, soweit sie diese gesondert betreffen, angerechnet; ansonsten werden die Kosten den einzelnen Teilfonds gemäss dem Wert der Netto-Fondsvermögen der jeweiligen Teilfonds belastet.

7. Die Kosten für die Gründung des Fonds und die Erstausgabe von Anteilen werden auf maximal 5.000,- Euro geschätzt und über einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren abgeschrieben. Diese Ausgaben werden den bei der Gründung aufgelegten Teilfonds belastet. Die Kosten im Zusammenhang mit der Auflegung weiterer Teilfonds werden dem Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds zugeordnet und dort über eine Frist von fünf Jahren abgeschrieben.

#### **Art. 11. Rechnungsjahr und Revision**

Das Rechnungsjahr des Fonds endet jährlich am 31. Dezember. Die Bücher der Verwaltungsgesellschaft und des Fonds werden durch einen in Luxemburg zugelassenen Wirtschaftsprüfer geprüft, der von der Verwaltungsgesellschaft bestellt wird. Das erste Rechnungsjahr endet zum 31. Dezember 2001.

#### **Art. 12. Ausschüttungen**

1. Jedes Jahr wird die Verwaltungsgesellschaft die Nettoerträge eines Teilfonds, die der Anteilklasse A zuzurechnen sind, ausschütten. Als Nettoerträge eines Teilfonds gelten die Dividenden und Zinsen, abzüglich der allgemeinen Kosten, unter Ausschluss der realisierten Kapitalgewinne und Kapitalverluste oder der nicht realisierten Wertsteigerungen und Wertminderungen sowie des Erlöses aus dem Verkauf von Subskriptionsrechten oder aller sonstigen Einkünfte nicht wiederkehrender Art.

2. Unbeschadet der vorstehenden Regelung kann die Verwaltungsgesellschaft von Zeit zu Zeit neben den Nettoerträgen auch realisierte Kapitalgewinne abzüglich realisierter Kapitalverluste und ausgewiesener Wertminderungen, sofern diese nicht durch ausgewiesene Wertsteigerungen ausgeglichen sind, sowie Erlöse aus dem Verkauf von Subskriptionsrechten und/oder alle sonstigen Einkünfte nicht wiederkehrender Art ganz oder teilweise ausschütten, soweit sie der Anteilklasse A zuzurechnen sind.

3. Jedoch darf eine Ausschüttung nicht vorgenommen werden, wenn dadurch das Netto-Gesamtvermögen des Fonds unter den Gegenwert von 50 Millionen luxemburgischen Franken fallen würde.

#### **Art. 13. Verjährung und Vorlegungsfrist**

1. Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 16 Absatz 2 des Verwaltungsreglements enthaltene Regelung.

2. Die Vorlegungsfrist für Ertragsscheine beträgt fünf Jahre ab Veröffentlichung der jeweiligen Ausschüttungserklärung.

#### **Art. 14. Änderungen des Verwaltungsreglements**

Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank dieses Verwaltungsreglement jederzeit ganz oder teilweise ändern.

#### **Art. 15. Veröffentlichungen**

1. Die erstmals gültige Fassung des Verwaltungsreglements sowie Änderungen desselben werden beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt und im «Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Grossherzogtums Luxemburg («Mémorial») veröffentlicht.

2. Ausgabe- und Rücknahmepreise können an jedem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft und jeder Zahlstelle erfragt werden.

3. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für den Fonds einen Verkaufsprospekt, einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Grossherzogtums Luxemburg.

4. Die unter Absatz 3 dieses Artikels aufgeführten Unterlagen des Fonds sind für die Anteilinhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft und jeder Zahlstelle erhältlich.

#### **Art. 16. Dauer und Auflösung des Fonds und seiner Teilfonds; Zusammenlegung von Teilfonds**

1. Der Fonds wurde auf unbestimmte Zeit errichtet; er kann jedoch jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft nach freiem Ermessen aufgelöst werden. Eine Auflösung erfolgt zwingend in den gesetzlich vorgesehenen Fällen und im Falle der Auflösung der Verwaltungsgesellschaft.

2. Die Auflösung des Fonds wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens drei Tageszeitungen, welche eine angemessene Auflage erreichen, veröffentlicht. Eine dieser Tageszeitungen muss eine Luxemburger Tageszeitung sein. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Liquidation des Fonds führt, werden die Ausgabe und der Rückkauf von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare, auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von ihr oder von der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter den Anteilhabern im Verhältnis ihrer jeweiligen Anteile verteilen. Liquidationserlöse, die zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern nicht eingefordert worden sind, werden, soweit dann gesetzlich notwendig, in luxemburgische Franken umgerechnet und von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilhaber nach Abschluss des Liquidationsverfahrens bei der «Caisse des Consignations» in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

3. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit neue Teilfonds auflegen. Sie kann bestehende Teilfonds auflösen, sofern dies unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber, zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, zum Schutz des Fonds oder im Interesse der Anlagepolitik notwendig oder angebracht erscheint. Darüber hinaus können Teilfonds auf bestimmte Zeit errichtet werden. Dies findet gegebenenfalls Erwähnung im Verkaufsprospekt.

In den beiden Monaten, die dem Zeitpunkt der Auflösung eines auf bestimmte Zeit errichteten Teilfonds vorangehen, wird die Verwaltungsgesellschaft den entsprechenden Teilfonds abwickeln. Dabei werden die Vermögensanlagen veräußert, die Forderungen eingezogen und die Verbindlichkeiten getilgt.

Die Auflösung bestehender unbefristeter Teilfonds wird mindestens 30 Tage zuvor entsprechend Absatz 2 Satz 1 und 2 veröffentlicht.

Die in Absatz 2 Satz 5 enthaltene Regelung gilt entsprechend für sämtliche nicht nach Abschluss des Liquidationsverfahrens eingeforderten Beträge.

4. Teilfonds können weder zusammengelegt noch mit anderen Organismen für gemeinsame Anlagen verschmolzen werden.

5. Weder die Anteilhaber noch deren Erben, Gläubiger oder Rechtsnachfolger können die Auflösung oder die Teilung des Fonds oder eines Teilfonds beantragen.

#### **Art. 17. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache**

1. Das Verwaltungsreglement unterliegt Luxemburger Recht. Insbesondere gelten in Ergänzung zu den Regelungen des Verwaltungsreglements die Vorschriften des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank.

2. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank im Hinblick auf den Fonds oder einen Teilfonds unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg im Grossherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Landes zu unterwerfen, in welchem Anteile des Fonds öffentlich vertrieben werden, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind, und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den Fonds beziehen.

3. Der deutsche Wortlaut des Verwaltungsreglements ist massgeblich.

Luxemburg, den 15. Januar 2001.

M.M. WARBURG-LuxINVEST S.A. / M.M. WARBURG & CO LUXEMBOURG S.A.

*Die Gesellschaft / Die Depotbank*

*Unterschriften / Unterschriften*

Enregistré à Luxembourg, le 22 janvier 2001, vol. 548, fol. 63, case 12. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur (signé): J. Muller.*

(07267/250/580) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 24 janvier 2001.

#### **TRANSCO S.A., Société Anonyme.**

Siège social: Schifflange, Zone Industrielle «um Monkeler».

R. C. Luxembourg B 25.082.

Les comptes annuels au 31 décembre 1999, ainsi que les autres documents et informations qui s'y rapportent, enregistrés à Luxembourg, le 14 septembre 2000, vol. 541, fol. 98, case 1, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

*Extrait du procès-verbal de l'Assemblée Générale tenue à Esch-sur-Alzette le 6 juillet 2000*

L'Assemblée renouvelle le mandat d'administrateur de Monsieur Hermann Wagner pour une durée de 6 ans.

L'Assemblée Générale désigne la société MAZARS & GUERARD (LUXEMBOURG) comme réviseur d'entreprises pour l'exercice 2000.

MAZARS & GUERARD (LUXEMBOURG)

*Signature*

(49649/636/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 septembre 2000.

**UniBalance.****VERWALTUNGSREGLEMENT****Art. 1. Der Fonds**

Der UniBalance (im folgenden «Fonds» genannt) wurde nach dem Recht des Grossherzogtums Luxemburg als Investmentfonds (fonds commun de placement) errichtet. Es handelt sich um ein Sondervermögen aller Anteilhaber, bestehend aus gesetzlich zulässigen Vermögenswerten, welches im Namen der Verwaltungsgesellschaft und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber (im folgenden «Anteilhaber» genannt) durch die UNION INVESTMENT LUXEMBOURG S.A., eine Aktiengesellschaft nach dem Recht des Grossherzogtums Luxemburg, mit Sitz in Luxemburg (im folgenden «Verwaltungsgesellschaft» genannt) verwaltet wird.

Die Fondsanteile werden in Globalurkunden verbrieft. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht. An dem Fonds sind die Anteilhaber zu gleichen Rechten und im Verhältnis der Zahl der jeweils gehaltenen Anteile beteiligt.

Das Vermögen des Fonds, das von einer Depotbank (im folgenden «Depotbank» genannt) verwahrt wird, ist von dem Vermögen der Verwaltungsgesellschaft getrennt zu halten.

Zur Depotbank ist die DG BANK LUXEMBOURG S.A, Luxemburg, bestellt.

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Anteilhaber, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind in diesem Verwaltungsreglement geregelt, dessen jeweils gültige Fassung im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Grossherzogtums Luxemburg, (im folgenden «Mémorial» genannt) veröffentlicht wird. Durch den Kauf eines Anteils erkennt der Anteilhaber das Verwaltungsreglement sowie alle ordnungsgemäss genehmigten und veröffentlichten Änderungen desselben an.

**Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft**

Der Fonds wird - vorbehaltlich der Anlagebeschränkungen in Artikel 4 des Verwaltungsreglements - durch die Verwaltungsgesellschaft im eigenen Namen, aber ausschliesslich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber, verwaltet. Diese Verwaltungsbefugnis erstreckt sich namentlich, jedoch nicht ausschliesslich, auf den Kauf, den Verkauf, die Zeichnung, den Umtausch und die Übertragung von Wertpapieren und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten und auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des Fonds zusammenhängen. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik unter Berücksichtigung der Anlagebeschränkungen des Artikels 4 des Verwaltungsreglements fest.

Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann eines oder mehrere seiner Mitglieder, und/oder Dritte mit der täglichen Geschäftsführung betrauen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten Anlageberater hinzuziehen. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilhaber gegen die Depotbank geltend zu machen.

**Art. 3. Die Depotbank**

Die Bestellung der Depotbank erfolgt durch die Verwaltungsgesellschaft.

Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz des Grossherzogtums Luxemburg über Organismen für gemeinsame Anlagen, dem zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank abgeschlossenen Depotbankvertrag und diesem Verwaltungsreglement.

Die Depotbank hat bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausschliesslich im Interesse der Anteilhaber zu handeln.

Die Depotbank haftet nach dem luxemburgischen Recht der Verwaltungsgesellschaft und den Anteilhabern gegenüber entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes vom 30. März 1988 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen und allen sonstigen gesetzlichen Bestimmungen.

Die Verwaltungsgesellschaft hat der Depotbank die Verwahrung des Fondsvermögens übertragen. Der Name der Depotbank wird in Artikel 1 des Verwaltungsreglements, in den Verkaufsprospekten und ähnlichen Dokumenten des Fonds genannt.

Die Depotbank oder die Verwaltungsgesellschaft sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit schriftlich mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Eine solche Kündigung wird wirksam, wenn eine von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigte Bank im Grossherzogtum Luxemburg die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäss diesem Verwaltungsreglement übernimmt. Falls eine Kündigung durch die Depotbank erfolgt, wird die Verwaltungsgesellschaft eine neue Depotbank ernennen, die die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäss diesem Verwaltungsreglement übernimmt. Bis zur Bestellung einer neuen Depotbank wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihre Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäss diesem Verwaltungsreglement in vollem Umfang nachkommen.

Alle gesetzlich zulässigen Vermögenswerte des Fondsvermögens werden von der Depotbank in separaten Konten oder Depots verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft andere Banken und/oder Wertpapiersammelstellen mit der Verwahrung von Wertpapieren des Fonds beauftragen, sofern die Wertpapiere an ausländischen Börsen zugelassen sind oder gehandelt werden.

Die Anlagen von Teilen des Fondsvermögens in Bankeinlagen erfolgt bei der Depotbank oder anderen Kreditinstituten, soweit letztere einer geeigneten Einrichtung zur Sicherung der Einlagen eines Mitgliedsstaates des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum angehören, oder bei Kreditinstituten, für die Kreditinstitute, die einer solchen Sicherungseinrichtung angehören, eine Patronatserklärung abgegeben haben. Die Einlagen müssen auf separaten Konten unterhalten werden und in vollem Umfang durch die vorerwähnte Sicherungseinrichtung geschützt sein. Die Depotbank

ist verpflichtet, den Bestand der bei anderen Kreditinstituten unterhaltenen Bankeinlagen zu überwachen. Die Verfügung über solche Einlagen bedarf jeweils der Zustimmung der Depotbank.

Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den separaten Konten des Fonds nur die in diesem Verwaltungsreglement festgesetzten Vergütungen. Die Depotbank entnimmt den separaten Konten nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft die ihr gemäss dem gesondert abgeschlossenen Depotbankvertrag innerhalb der in Artikel 11 festgelegten Höchstgrenze zustehende Vergütungen sowie die in Artikel 11 des Verwaltungsreglements aufgeführten sonstigen zu Lasten des Fonds zu zahlenden Kosten.

Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen:

- Ansprüche der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- gegen Vollstreckungsmassnahmen von Dritten Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn in das Fondsvermögen wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Fondsvermögen nicht haftet.

Die Depotbank hat bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausschliesslich im Interesse der Anteilhaber zu handeln.

Die Depotbank wird entsprechend den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft - vorausgesetzt diese stehen in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsreglement, dem Depotbankvertrag, dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt und den anwendbaren Gesetzen:

- Anteile des Fonds auf die Zeichner gemäss Artikel 5 des Verwaltungsreglements übertragen;
- aus den Konten den Kaufpreis für Wertpapiere, Bezugs- oder Zuteilungsrechte und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte zahlen, die für den Fonds erworben worden sind;
- Wertpapiere, Bezugs- oder Zuteilungsrechte und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte, die für den Fonds verkauft worden sind, gegen Zahlung des Verkaufspreises ausliefern bzw. übertragen und Wertpapiere im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften übertragen;
- den Rücknahmepreis gemäss Artikel 10 des Verwaltungsreglements gegen Empfang der entsprechenden Anteile auszahlen;
- jedwede Ausschüttungen gemäss Artikel 13 des Verwaltungsreglements auszahlen;
- aus den separaten Konten den Kaufpreis für Kauf- und Verkaufsoptionen sowie Devisenkurssicherungsgeschäften zahlen, die für den Fonds erworben beziehungsweise getätigt worden sind
- aus den Konten die notwendigen Einschüsse beim Abschluss von Terminkontrakten leisten.

Ferner wird die Depotbank dafür sorgen, dass:

- alle Vermögenswerte des Fonds unverzüglich auf den Konten beziehungsweise Depots eingehen, insbesondere der Kaufpreis aus dem Verkauf von Vermögenswerten, die Rückzahlung fälliger Bankeinlagen bei anderen Kreditinstituten, anfallende Erträge und von Dritten zu zahlende Optionsprämien und Entgelte für Wertpapierleihgeschäfte sowie eingehende Zahlungen des Ausgabepreises abzüglich der Verkaufsprovision und jeglicher eventueller Ausgabesteuern, unverzüglich auf den Konten des Fonds verbucht werden;
- die Ausgabe, die Rücknahme und die Auszahlung der Anteile, die für Rechnung eines Fonds oder durch die Verwaltungsgesellschaft vorgenommen werden, den gesetzlichen Vorschriften und dem Verwaltungsreglement gemäss erfolgt;
- bei allen Geschäften, die sich auf das Fondsvermögen beziehen, der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen bei ihr eingeht;
- die Erträge aus dem Fondsvermögen gemäss dem Verwaltungsreglement verwendet werden;
- börsennotierte Wertpapiere höchstens zum Tageskurs gekauft und mindestens zum Tageskurs verkauft werden; sie dürfen abweichend davon zum vereinbarten Basispreis erworben oder verkauft werden, wenn dies in Ausübung eines einem Dritten eingeräumten Wertpapieroptionsrechts geschieht;
- nicht an einer Börse notierte Wertpapiere, verbriefte Rechte und Optionen höchstens zu einem Preis erworben werden, der unter Berücksichtigung der Bewertungsregeln nach Artikel 8 des Verwaltungsreglements angemessen ist, und die Gegenleistung im Falle der Veräusserung dieser Vermögenswerte den zuletzt ermittelten Wert nicht oder nur unwesentlich unterschreitet;
- die gesetzlichen und vertraglichen Beschränkungen bezüglich des Kaufs und Verkaufs von Optionen und Finanzterminkontrakten eingehalten werden. Die Depotbank überwacht die Festsetzung des Inventarwertes eines Anteils gemäss Artikel 8 des Verwaltungsreglements.

Die Depotbank entnimmt für die Verwaltungsgesellschaft aus den Konten des Fonds nur die in dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt des UniBalance festgesetzten Entgelte und, jedoch nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft, für sich die ihr gemäss dem gesondert abgeschlossenen Depotbankvertrag zustehenden Entgelte, innerhalb der im Verwaltungsreglement festgelegten Höchstgrenze sowie die in Artikel 11 des Verwaltungsreglements des UniBalance aufgeführten sonstigen zu Lasten des Fonds zu zahlenden Kosten.

Auf nicht unverzüglich ausgeführte Kaufaufträge eingehende Ausgabepreis-Zahlungen wird die Depotbank unverzüglich zinslos zurückzahlen.

Die Verwaltungsgesellschaft wird die Depotbank über alle getroffenen Entscheidungen oder die den Anteilhabern des Fonds zu erteilenden Benachrichtigungen informieren. Die Verwaltungsgesellschaft wird die Depotbank ausserdem über alle Entscheidungen informieren, die die Rechte der Verwaltungsgesellschaft berühren, namentlich, wie in Artikel 6 des Verwaltungsreglements vorgesehen, bezüglich Ausgabebeschränkungen, Registrierung des Fonds in verschiedenen Jurisdiktionen, ferner über Forderungen eines Anteilhabers, die nicht innerhalb von 30 Tagen befriedigt werden oder deren Erfüllung von der Verwaltungsgesellschaft abgelehnt oder verweigert wird.

#### **Art. 4. Anlagepolitik und Anlagebeschränkungen**

Das Anlageziel des Fonds besteht in der Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite des angelegten Kapitals unter Beachtung der wirtschaftlichen und politischen Risiken. Zu diesem Zweck ist beabsichtigt, das Fondsvermögen nach dem Grundsatz der Risikostreuung anzulegen.

Mindestens 20 Prozent und höchstens 75 Prozent des Netto-Fondsvermögens werden in Form von handelbaren Wertpapieren, die weder an einer Wertpapierbörse amtlich notiert noch an einem anderen geregelten Markt im Sinne des Artikels 40, Abs. 1 des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über gemeinsame Anlagen gehandelt werden, angelegt. Hierbei handelt es sich bevorzugt um Inhaberschuldverschreibungen, die von deutschen genossenschaftlichen Kreditinstituten emittiert wurden.

Für den Fonds werden auch internationale Aktien, Aktienzertifikate, Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, verzinsliche Werte und, sofern diese als Wertpapiere Sinne von Artikel 40, Abs. 1 des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen gelten, Genuss- und Partizipationsscheinen von Unternehmen sowie daneben Indexzertifikate und Optionsscheine erworben.

Akzessorisch darf der Fonds flüssige Mittel bei der Depotbank oder anderen Kreditinstituten halten, soweit letztere einer geeigneten Einrichtung zur Sicherung der Einlagen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum angehören, oder bei Kreditinstituten, für die Kreditinstitute, die einer solchen Sicherungseinrichtung angehören, eine Patronats-/Garantieerklärung abgegeben haben. Die Einlagen müssen auf separaten Konten unterhalten werden, in vollem Umfang durch die vorerwähnte Sicherungseinrichtung geschützt sein und der Überwachung durch die Depotbank zugänglich sein. Die Verfügung über solche Einlagen bedarf jeweils der Zustimmung der Depotbank. Bei der Depotbank unterhaltene Guthaben sind derzeit nicht durch eine Sicherungseinrichtung geschützt.

1. Die Verwaltungsgesellschaft darf für den Fonds die nachfolgenden Techniken und Instrumente nutzen.

#### A. Definitionen

##### - Optionen

Eine Option ist ein Vertrag, in dem der Käufer/Verkäufer gegen Zahlung/Erhalt einer Prämie berechtigt ist/sich verpflichtet, bestimmte Werte zu einem fest vereinbarten Preis (Ausübungspreis) während einer vorher vereinbarten Zeitdauer oder an einem bestimmten Tag auf seinen Wunsch/auf Wunsch des Käufers zu liefern oder zu beziehen.

Zu unterscheiden sind:

- Der Verkauf von Kauf-Optionen verpflichtet, die vereinbarten Werte zum Ausübungspreis zu verkaufen. Das Fondsvermögen erhöht sich um die Optionsprämie. Bei steigenden Kursen besteht das Risiko, die Werte zum Ausübungspreis liefern zu müssen.

- Der Kauf von Kauf-Optionen beinhaltet das Recht, die vereinbarten Werte während der Laufzeit der Option zum Ausübungspreis zu kaufen. Bei gestiegenen Kursen können dadurch die Werte zu unter dem Marktpreis liegenden Einstandskursen erworben werden. Wenn die Ausübung des Optionsrechtes aufgrund der Kursentwicklung nicht sinnvoll ist, geht die Optionsprämie verloren.

- Der Kauf von Verkaufs-Optionen berechtigt, die vereinbarten Werte zum Ausübungspreis dem Kontrahenten zu verkaufen. Bei gesunkenen Kursen können dadurch die Werte zu dem über dem Marktpreis liegenden Ausübungspreis veräußert werden. Dem steht bei anderer Kursentwicklung der Verlust der Optionsprämie gegenüber.

- Der Verkauf von Verkaufs-Optionen verpflichtet, die vereinbarten Werte zum Ausübungspreis zu kaufen. Das Fondsvermögen erhöht sich um die Optionsprämie. Bei sinkenden Kursen besteht das Risiko, die Werte zum Ausübungspreis beziehen zu müssen.

##### - Terminkontrakte

Terminkontrakte sind standardisierte Verträge, die börsliche Termingeschäfte auf Geld- und Kapitalmärkten zum Gegenstand haben und sich auf Wertpapiere, Indices, Zinssätze oder Devisen beziehen.

Terminkontrakte eröffnen die Möglichkeit, durch ein entsprechendes Gegengeschäft bestehende Positionen gegen Kursverluste abzusichern. Verkäufe von Terminkontrakten als Mittel einer defensiven Anlagepolitik können dazu beitragen, den Wert des Fondsvermögens zu erhalten.

Der Handel mit Terminkontrakten zu anderen als zu Absicherungszwecken ist mit erheblichen Chancen, aber auch Risiken verbunden, weil jeweils nur ein Bruchteil der jeweiligen Kontraktgröße (Einschuss) sofort geleistet werden muss. Kursausschläge in die eine oder andere Richtung können, bezogen auf den Einschuss, zu erheblichen Gewinnen oder Verlusten führen.

#### B. Techniken und Instrumente, die Wertpapiere zum Gegenstand haben

Im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens darf die Verwaltungsgesellschaft nach Massgabe der Anlagebeschränkungen für den Fonds folgende Techniken und Instrumente, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, einsetzen:

##### 1. Wertpapieroptionsgeschäfte

Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds sowohl Kauf-Optionen als auch Verkaufs-Optionen kaufen und verkaufen, die an einer Börse oder einem geregelten Markt gehandelt werden, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist. Bei diesen Optionsgeschäften wird die Verwaltungsgesellschaft folgende Regeln einhalten:

a) Die Summe der Prämien, die für den Erwerb der laufenden, hier aufgeführten Kauf- und Verkaufs-Optionen gezahlt wurden, darf zusammen mit der Summe der Prämien, die für den Erwerb der laufenden, unter dem nachfolgenden Punkt 2.2 aufgeführten Kauf- und Verkaufs-Optionen gezahlt wurden («Trading»), 15 Prozent des Wertes des Netto-Fondsvermögens des Fonds nicht übersteigen.

b) Zum Zeitpunkt des Verkaufs von Kauf-Optionen muss der Fonds entweder die zugrundeliegenden Titel oder gleichwertige Kauf-Optionen oder andere Instrumente, die zur angemessenen Deckung seiner Verpflichtungen aus den jeweiligen Verträgen geeignet sind, im Bestand haben. Die den verkauften Kauf-Optionen zugrundeliegenden Titel dürfen solange nicht veräußert werden, wie diese Optionen bestehen, es sei denn, dass diese durch entgegengesetzte Optionen oder andere diesem Zweck dienende Instrumente gedeckt sind. Dies gilt auch für gleichwertige Kauf-Optionen

oder andere Instrumente, die der Fonds halten muss, wenn er die zugrundeliegenden Titel zum Zeitpunkt des Verkaufs der betreffenden Optionen nicht besitzt.

c) Wenn die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Verkaufs-Optionen verkauft, muss der Fonds während der gesamten Laufzeit der Option über die notwendigen liquiden Mittel verfügen, um die Wertpapiere bezahlen zu können, die im Falle der Optionsausübung durch die Gegenpartei geliefert werden.

d) Die Summe der Verpflichtungen, die sich aus Verkäufen von Kauf- und Verkaufs-Optionen ergeben (unter Ausschluss der Verkäufe von Kauf-Optionen, für die der Fonds über eine angemessene Deckung verfügt) und die Summe der Verpflichtungen, die sich aus den unter nachfolgendem Punkt 2.2 aufgeführten Geschäften ergeben, dürfen zu keinem Zeitpunkt zusammen das jeweilige Netto-Fondsvermögen übersteigen. In diesem Zusammenhang entsprechen die Verpflichtungen aus verkauften Kauf- und Verkaufs-Optionen der Summe der Basispreise der Optionen.

## 2. Termingeschäfte und Optionen auf Finanzinstrumente

Mit Ausnahme der vertraglich vereinbarten Geschäfte unter nachfolgendem Punkt 2.1 können sich die hier besprochenen Geschäfte nur auf Kontrakte und Optionen beziehen, die an einer Börse oder an einem geregelten Markt gehandelt werden, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist.

### 2.1 Geschäfte zur Deckung des Risikos aus Zinssatzänderungen

Mit dem Ziel, das Fondsvermögen des Fonds global gegen die Risiken aus Zinssatzänderungen abzusichern, kann die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Terminkontrakte auf Zinssätze verkaufen, Kauf-Optionen auf Zinssätze verkaufen oder Verkaufs-Optionen auf Zinssätze kaufen. Sie kann auch Zinstauschverträge mit erstklassigen Finanzinstituten abschliessen, die auf diese Geschäftsart spezialisiert sind. Grundsätzlich darf die Gesamtsumme der Verpflichtungen, die sich auf Zinsterminkontrakte, Zinsoptionen und Zinstauschverträge beziehen, nicht den Wert des zu deckenden Vermögens übersteigen, das der Fonds in der den jeweiligen Geschäften entsprechenden Währung hält.

### 2.2 Geschäfte, die mit einem anderen Ziel als der Deckung getätigt werden

Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds mit einem anderen Ziel als der Deckung Terminkontrakte und Optionen auf alle Arten von Finanzinstrumenten kaufen und verkaufen, sofern die Summe der Verpflichtungen aus diesen Kauf- und Verkaufsgeschäften und aus den Verkäufen von Kauf- und Verkaufs-Optionen auf Wertpapiere zu keinem Zeitpunkt das Netto-Fondsvermögen übersteigt. Die Verkäufe von Kauf-Optionen auf Wertpapiere, für die der Fonds über eine angemessene Deckung verfügt, werden bei der Berechnung der Summe der vorstehend aufgeführten Verpflichtungen nicht berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang werden die Verpflichtungen, die sich aus Geschäften ergeben, deren Gegenstand nicht Optionen auf Wertpapiere sind, wie folgt definiert:

- die Verpflichtungen aus Terminkontrakten entsprechen dem Marktwert der Nettopositionen der Kontrakte (nach Aufrechnung der Kauf- und Verkaufspositionen), die sich auf identische Finanzinstrumente beziehen, ohne dass die jeweiligen Fälligkeiten berücksichtigt werden sollen, und
- die Verpflichtungen aus gekauften und verkauften Optionen entsprechen der Summe der Basispreise der Optionen, die die Nettoverkaufspositionen bilden, und sich auf denselben zugrundeliegenden Vermögenswert beziehen, ohne dass die jeweiligen Fälligkeiten berücksichtigt werden sollen.

Die Summe der Prämien, die für den Erwerb der hier aufgeführten, noch laufenden Kauf- und Verkaufs-Optionen gezahlt wurden, darf zusammen mit der Summe der Prämien, die für den Erwerb der unter Punkt 1. genannten Kauf- und Verkaufs-Optionen auf Wertpapiere gezahlt wurden, 15 Prozent des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigen.

## 3. Die Verwaltungsgesellschaft darf für den Fonds nicht:

- (a) mehr als 10 Prozent des Netto-Fondsvermögens in Wertpapieren ein und desselben Emittenten anlegen;
- (b) mehr als 20 Prozent der Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten erwerben, wobei als Grundlage für die Berechnung sämtliche Emissionen eines Kreditinstitutes an Sparbriefen, Schuldverschreibungen und sonstigen uneingeschränkt verzinslichen verbrieften Rechten dienen. Diese Beschränkung braucht nicht eingehalten zu werden, wenn sich der Bruttobetrag der Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht ermitteln lässt.

Die Beschränkungen unter (a) und (b) sind nicht anzuwenden auf Wertpapiere, die von einem Mitgliedstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder dessen Gebietskörperschaften oder von internationalen Institutionen und Organismen gemeinschaftlichen, regionalen oder weltweiten Charakters begeben oder garantiert werden;

- (c) Kredite gewähren oder für Dritte als Bürge eintreten;
- (d) irgendwelche Vermögenswerte verpfänden oder belasten, zur Sicherung übereignen oder zur Sicherung abtreten, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen gemäss (i);
- (e) Leerverkäufe von Wertpapieren tätigen oder Kauf-Optionen auf Wertpapiere verkaufen, welche nicht zum Fondsvermögen gehören;
- (f) Waren oder Warenkontrakte erwerben oder verkaufen;
- (g) Edelmetalle oder Edelmetallzertifikate erwerben;
- (h) in Anteilen oder Aktien anderer Organismen für gemeinschaftliche Anlagen investieren;
- (i) Kredite aufnehmen, es sei denn für kurze Zeit bis zur Höhe von 10 Prozent des Netto-Fondsvermögens und mit Zustimmung der Depotbank zu den Darlehensbedingungen;
- (j) in Immobilien anlegen;
- (k) Wertpapiere zu erwerben, deren Veräusserung aufgrund vertraglicher Vereinbarungen irgendwelchen Beschränkungen unterliegt;
- (l) Wertpapierdarlehens- oder Pensionsgeschäfte zu tätigen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann während eines Zeitraumes von sechs Monaten nach der Zulassung des Fonds von den in diesem Artikel vorgesehenen Grenzen unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung abweichen.

Werden die in diesem Artikel genannten Grenzen unbeabsichtigt überschritten, so hat die Verwaltungsgesellschaft bei ihren Verkäufen als vorrangiges Ziel die Normalisierung der Lage unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber anzustreben.

Die Verwaltungsgesellschaft kann geeignete Verfügungen treffen und mit Einverständnis der Depotbank Änderungen der Anlagebeschränkungen und anderer Teile des Verwaltungsreglements vornehmen sowie weitere Anlagebeschränkungen aufnehmen, die erforderlich sind, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, wo Anteile vertrieben werden bzw. vertrieben werden sollen.

#### **Art. 5. Ausgabe von Anteilen**

Grundsätzlich kann jede natürliche oder juristische Person, vorbehaltlich von Artikel 6 des Verwaltungsreglements, Anteile zeichnen und durch Zahlung des Ausgabepreises je Anteil erwerben.

Alle ausgegebenen Anteile gewähren gleiche Rechte auf das Sondervermögen des Fonds.

Die Anteile werden von der Verwaltungsgesellschaft unverzüglich nach Eingang eines Zeichnungsantrages an einem Bewertungstag gemäss Artikel 8 des Verwaltungsreglements dem Zeichner zugeteilt. Der Ausgabepreis je Anteil ist zahlbar innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag. Die Anteile gemäss Artikel 7 des Verwaltungsreglements werden unverzüglich nach Eingang des Inventarwertes je Anteil bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank gutgeschrieben.

Der Ausgabepreis je Anteil der Anteile ist der Nettovermögenswert pro Anteil gemäss Artikel 8 des Verwaltungsreglements des entsprechenden Bewertungstages zuzüglich einem Ausgabekostenausschlag von bis zu 3 % des Anteilwertes.

Der Ausgabepreis je Anteil erhöht sich um Stempelgebühren, sonstige öffentliche Abgaben oder andere Belastungen, die in dem jeweiligen Land anfallen, in dem die Anteile verkauft werden. Im Zusammenhang mit Anlage- und Entnahmepänen wird der Ausgabeaufschlag nur auf die tatsächlich geleisteten Zahlungen berechnet.

#### **Art. 6. Beschränkungen der Ausgabe von Anteilen**

Die Verwaltungsgesellschaft hat bei der Ausgabe von Anteilen die Gesetze und Vorschriften des jeweiligen Landes, in welchem Anteile angeboten werden, zu beachten.

Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen einen Zeichnungsauftrag zurückweisen sowie die Ausgabe von Anteilen gemäss Artikel 10 des Verwaltungsreglements zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen.

Weiterhin kann die Verwaltungsgesellschaft jederzeit Anteile gegen Zahlung des Rücknahmepreises je Anteil zurückkaufen, die von Anteilhabern gehalten werden, welche vom Erwerb oder Besitz von Anteilen ausgeschlossen sind.

Auf nicht ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen werden von der Depotbank unverzüglich zinslos zurückgezahlt.

#### **Art. 7. Anteile**

Die Depotbank gibt nur Globalurkunden, die auf den Inhaber lauten, über jede von der Verwaltungsgesellschaft bestimmte Anzahl von Anteilen aus. Jede Globalurkunde trägt die handschriftlichen oder vervielfältigten Unterschriften der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

#### **Art. 8. Berechnung des Nettovermögenswertes**

Das Nettovermögen des Fonds ist in Euro ausgedrückt.

Der Nettovermögenswert wird unter Aufsicht der Depotbank von der Verwaltungsgesellschaft oder von einem von ihr Beauftragten in Luxemburg an jedem Bankarbeitstag und Börsentag in Frankfurt am Main («Bewertungstag») errechnet.

Die Berechnung des Wertes eines Anteils erfolgt durch Teilung des Nettovermögens (Wert der zu diesem gehörenden Vermögenswerte abzüglich Verbindlichkeiten) durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile.

Das Nettovermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a) Wertpapiere, die an einer Wertpapierbörse notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet. Wenn ein Wertpapier an mehreren Wertpapierbörsen notiert ist, ist der letzte Verkaufskurs an jener Börse massgebend, die der Hauptmarkt ist;

b) Wertpapiere, die nicht an einer Wertpapierbörse notiert sind, die aber aktiv an einem geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, gehandelt werden, werden zu dem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente verkauft werden können;

c) Wertpapiere, die weder an einer Börse amtlich notiert noch an einem anderen geregelten Markt gemäss Absatz b) gehandelt werden, werden ebenso wie alle anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfaren Bewertungsregeln festgelegt. Dies gilt auch für die unter a) und b) aufgeführten Wertpapiere, falls deren Kurse nicht marktgerecht sind;

Dementsprechend sind für die Bewertung von Schuldverschreibungen, die weder an einer Börse amtlich notiert noch an einem geregelten Markt gemäss Absatz b) gehandelt werden, die für vergleichbare Schuldverschreibungen vereinbarten Preise und ggfls. die Kurswerte von Anleihen vergleichbarer Aussteller und entsprechender Laufzeit und Verzinsung, erforderlichenfalls mit einem Abschlag zum Ausgleich für die geringere Liquidität, heranzuziehen;

d) Die Bewertungskurse der unter a) oder b) genannten Anlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als 6 Monaten, können, ausgehend von den jeweiligen Nettoerwerbiskursen, unter Konstanthaltung der daraus berechneten Anlagerendite, sukzessive dem Rückzahlungspreis angeglichen werden. Bei grösseren Änderungen der Marktverhältnisse kann die Bewertungsbasis der einzelnen Anlagen den aktuellen Markttrenditen angepasst werden.

e) Die Bankguthaben werden zum Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.

f) Anlagen, welche nicht auf die Fondswährung lauten, werden zum letzten bekannten Devisenmittelkurs in die Währung des Fonds umgerechnet. Gewinne und Verluste aus gemäss Art. 4 B abgeschlossenen Devisentransaktionen werden jeweils hinzugerechnet oder abgesetzt.

Falls aussergewöhnliche Umstände eintreten, welche die Bewertung gemäss den oben aufgeführten Kriterien unmöglich oder unsachgerecht machen, ist die Verwaltungsgesellschaft ermächtigt, andere von ihr nach Treu und Glauben festgelegte, allgemein anerkannte und von Wirtschaftsprüfern nachprüfbare Bewertungsregeln zu befolgen, um eine sachgerechte Bewertung des Fondsvermögens zu erreichen.

Für den Fonds kann ein Ertragsausgleichskonto geführt werden.

Die Verwaltungsgesellschaft kann bei umfangreichen Rücknahmeanträgen, die nicht aus den liquiden Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen befriedigt werden können, mit Einwilligung der Depotbank den Nettovermögenswert bestimmen, indem sie dabei die Kurse des Bewertungstages zugrunde legt, an dem sie für den Fonds die Vermögenswerte verkaufte, die je nach Lage verkauft werden mussten. In diesem Fall wird für gleichzeitig eingereichte Zeichnungs- und Rücknahmeanträge dieselbe Berechnungsweise angewandt.

Anteilkaufaufträge und Rücknahmeanträge, die bis zu einer von der Verwaltungsgesellschaft festgesetzten und im Verkaufsprospekt des jeweiligen Fonds genannten Zeit an einem Bewertungstag eingegangen sind, werden auf der Grundlage des an diesem Bewertungstag festgestellten Ausgabe- bzw. Rücknahmepreises abgerechnet. Schalteraufträge können auch nach diesem Zeitpunkt noch mit diesen Preisen abgerechnet werden, sofern keine besonderen Umstände auftreten, die auf eine erhebliche Änderung des Ausgabe- bzw. Rücknahmepreises pro Anteil schliessen lassen.

#### **Art. 9. Rücknahme von Anteilen**

Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag gemäss Artikel 8 des Verwaltungsreglements, und wird auf Basis des nächsten, gemäss Artikel 8 des Verwaltungsreglements errechneten Nettovermögenswert des Fonds, getätigt. Die Zahlung des Rücknahmepreises je Anteil erfolgt innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag.

Die Verwaltungsgesellschaft ist mit Einwilligung der Depotbank berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des Fonds ohne Verzögerung verkauft wurden. In diesem Falle erfolgt die Rücknahme gemäss den Bestimmungen des letzten Absatzes von Artikel 8 des Verwaltungsreglements zum dann geltenden Rücknahmepreis je Anteil.

Der Rücknahmepreis je Anteil wird in der Währung des Fonds vergütet.

Die Verwaltungsgesellschaft achtet darauf, dass das Fondsvermögen ausreichende flüssige Mittel umfasst, damit eine Rücknahme von Anteilen auf Antrag von Anteilinhabern, sofern nicht aussergewöhnliche Umstände entgegenstehen, unverzüglich erfolgen kann.

Anleger, die ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben, werden von einer Einstellung der Berechnung des Nettovermögenswertes gemäss Artikel 10 des Verwaltungsreglements umgehend benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Berechnung des Nettovermögenswertes unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt.

Die Depotbank ist nur soweit zur Zahlung verpflichtet, wie die jeweils anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften, oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Inventarwertes je Anteil in das Land des Antragstellers erlauben.

#### **Art. 10. Einstellung der Ausgabe und der Rücknahme von Anteilen und der Berechnung des Nettovermögenswertes**

Die Verwaltungsgesellschaft darf die Berechnung des Nettovermögenswertes, unbeschadet der ihr gemäss Artikel 6 zustehenden Befugnis, die Rücknahme von Anteilen vorübergehend aussetzen, wenn:

- a) ein Markt, welcher die Grundlage für die Bewertung eines wesentlichen Teiles des Fondsvermögens bildet, geschlossen ist, oder wenn der Handel an einem solchen Markt beschränkt oder ausgesetzt ist,
- b) aufgrund eines politischen, wirtschaftlichen, militärischen, monetären oder anderweitigen Notfalles ausserhalb der Kontrolle, Verantwortlichkeit und Einflussmöglichkeit der Verwaltungsgesellschaft Verfügungen über das Fondsvermögen nicht unter normalen Umständen möglich sind oder den Interessen der Anteilinhaber abträglich wären;
- c) im Falle einer Unterbrechung der Nachrichtenverbindungen oder aus irgendeinem Grund der Wert eines beträchtlichen Teils des Fondsvermögens nicht bestimmt werden kann;
- d) wegen Beschränkungen des Devisenverkehrs oder sonstiger Übertragungen von Vermögenswerten Geschäfte für den Fonds undurchführbar werden, oder falls es nach objektiv nachprüfbareren Massstäben feststeht, dass Käufe und Verkäufe von Fondsvermögen nicht zu normalen Umtauschraten getätigt werden können.

#### **Art. 11. Aufwendungen und Kosten des Fonds**

1.1 Aus dem Fondsvermögen erhält die Verwaltungsgesellschaft eine Vergütung von bis zu 1,25 % p.a. zuzüglich anfallender gesetzlicher Mehrwertsteuer, die auf der Basis des kalendertäglichen Nettovermögenswertes des Fonds während des entsprechenden Monats zu berechnen und am ersten Bewertungstag des Folgemonats zahlbar ist.

2. Die Depotbank erhält aus dem Fondsvermögen ein jährliches Entgelt für die Tätigkeit als Depotbank in Höhe von bis zu 0,10 %, das auf der Basis des kalendertäglichen Nettovermögens des Fonds während des entsprechenden Monats zu berechnen und am ersten Bewertungstag des Folgemonats zahlbar ist. Die Depotbank erhält ausserdem eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu Euro 125,- je Wertpapiertransaktion, die nicht über sie gehandelt wird.

Daneben werden ihr die an Broker zu zahlenden Kommissionen, Drittverwahrgebühren, ausgenommen soweit sie die im Clearstream Banking Aktiengesellschaft System verwahrfähigen Wertpapiere betreffen, sowie Transaktionskosten, die ihr in Rechnung gestellt werden, erstattet.

3. Die nachstehend aufgeführten, im Zusammenhang mit der Verwaltung des Fonds anfallenden Aufwendungen gehen zu Lasten des Fonds:



- a) bankübliche Spesen für Transaktionen in Wertpapieren, Geldmarktpapieren und sonstigen Vermögenswerten und Rechten des Fonds und für deren Verwahrung;
- b) Kosten der Vorbereitung, der amtlichen Prüfung, der Hinterlegung und Veröffentlichung der Fondsreglements einschliesslich eventueller Änderungsverfahren und anderer mit dem Fonds im Zusammenhang stehenden Verträge und Regelungen sowie der Abwicklung und Kosten von Zulassungsverfahren bei den zuständigen Stellen;
- c) Kosten für die Vorbereitung, den Druck und Versand der Verkaufsprospekte sowie der Jahres- und Zwischenberichte und anderer Mitteilungen an die Anteilhaber in den zutreffenden Sprachen, Kosten der Veröffentlichung der Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie aller anderen Bekanntmachungen;
- d) andere Kosten der Verwaltung;
- e) Honorare der Wirtschaftsprüfer;
- f) etwaige Kosten von Kurssicherungsgeschäften;
- g) ein angemessener Teil an den Kosten für die Werbung und an solchen, welche direkt in Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Anteilen anfallen;
- h) Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilhaber handeln;
- i) Kosten und evtl. entstehende Steuern, die auf das Fondsvermögen, dessen Einkommen und die Auslagen zu Lasten des Fonds erhoben werden;
- j) Kosten etwaiger Börsennotierung(en) und die Gebühren der Aufsichtsbehörden und/oder Kosten für die Registrierung der Anteile zum öffentlichen Vertrieb in verschiedenen Ländern, diejenigen der Repräsentanten und der Zahlstellen in den Ländern, in denen die Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind;
- k) Kosten für das Raten des Fonds durch international anerkannte Ratingagenturen;
- l) Kosten der Auflösung des Fonds.

Die als Entgelte und Kosten gezahlten Beträge werden in den Jahresberichten aufgeführt.

Alle Kosten und Entgelte werden zuerst dem laufenden Einkommen angerechnet, dann den Kapitalgewinnen und erst dann dem Fondsvermögen.

Die mit dem Erwerb oder der Veräusserung von Vermögenswerten verbundenen Kosten und Bearbeitungsgebühren werden in den Einstandspreis eingerechnet bzw. beim Verkaufserlös abgezogen.

#### **Art. 12. Rechnungsjahr und Revision**

Das Rechnungsjahr des Fonds endet jährlich am 30. September, zum ersten Mal am 30. September 2001. Die Bücher der Verwaltungsgesellschaft und des Fonds werden durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft, der von der Verwaltungsgesellschaft zu ernennen ist.

#### **Art. 13. Ertragsverwendung**

Die Verwaltungsgesellschaft beabsichtigt, den überwiegenden Teil der im Fonds vereinnahmten Zins- und Dividendenerträge sowie sonstige ordentliche Erträge abzüglich Kosten auf Anteile der Anteilklasse A auszuschütten und auf Anteile der Klasse T zu thesaurieren.

Die Verwaltungsgesellschaft kann neben den ordentlichen Nettoerträgen die realisierten Kapitalgewinne, die Erlöse aus dem Verkauf von Bezugsrechten und/oder die sonstigen Erträge nicht wiederkehrender Art abzüglich realisierter Kapitalverluste, soweit diese ausserordentlichen Netto-Erträge den Anteilen der Anteilklasse A zuzurechnen sind, ganz oder teilweise bar oder in Form von Gratisanteilen ausschütten.

#### **Art. 14. Änderung des Verwaltungsreglements**

Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Einwilligung der Depotbank dieses Verwaltungsreglement jederzeit im Interesse der Anteilhaber ganz oder teilweise ändern. Jegliche Änderungen des Verwaltungsreglements werden im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, am Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft. Die Verwaltungsgesellschaft kann weitere Veröffentlichungen analog zu Artikel 15 Absatz 1 des Verwaltungsreglements veranlassen.

#### **Art. 15. Veröffentlichungen**

Der Ausgabe- und Rücknahmepreis je Anteil ist jeweils am Sitz der Verwaltungsgesellschaft und der Repräsentanten des Fonds im Ausland verfügbar. Der Ausgabe- und Rücknahmepreis wird jeweils in einer Tageszeitung eines jeden Landes veröffentlicht, in dem die Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind. Der Nettoinventarwert kann am Sitz der Verwaltungsgesellschaft angefragt werden.

Nach Abschluss jedes Rechnungsjahres wird die Verwaltungsgesellschaft den Anteilhabern einen geprüften Jahresbericht zur Verfügung stellen, der Auskunft gibt über das Fondsvermögen, dessen Verwaltung und die erzielten Resultate. Nach Ende der ersten Hälfte jedes Rechnungsjahres stellt die Verwaltungsgesellschaft den Anteilhabern einen Halbjahresbericht zur Verfügung, der Auskunft über das Fondsvermögen und dessen Verwaltung während des entsprechenden Halbjahres gibt. Die Jahres- und Halbjahresberichte beinhalten die Berichterstattung über den Fonds. Die Jahresberichte und Halbjahresberichte des Fonds sind für die Anteilhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle erhältlich.

#### **Art. 16. Dauer des Fonds und Auflösung**

Der Fonds wurde auf unbestimmte Zeit errichtet; er kann jedoch jederzeit durch Beschluss der Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden. Eine Auflösung erfolgt zwingend, falls die Verwaltungsgesellschaft aus irgendeinem Grunde aufgelöst wird. Sie wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial veröffentlicht und in wenigstens drei dann zu bestimmenden Tageszeitungen mit breiter Streuung (davon mindestens einer luxemburgischen Tageszeitung) in solchen Ländern, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Liquidation des Fonds führt, werden die Ausgabe und der Rückkauf von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird diese Liquidationskosten und Honorare auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft

oder gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter die Anteilhaber nach Massgabe deren Anteil(e) an dem Fonds verteilen. Liquidationserlöse, die nicht zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen wurden, werden, soweit dann gesetzlich notwendig, in Luxemburger Franken umgewandelt und von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

Die Verwaltungsgesellschaft kann bestehende Fonds auflösen, sofern dies unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber, zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, zum Schutz des Fonds oder im Interesse der Anlagepolitik notwendig oder angebracht erscheint.

Weder Anteilhaber noch deren Erben bzw. Rechtsnachfolger können die Auflösung und Teilung des Fonds beantragen.

#### **Art. 17. Verjährung**

Forderungen der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von 5 Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; ausgenommen bleiben die in Artikel 13 und 16 des Verwaltungsreglements enthaltenen Regelungen.

#### **Art. 18. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache**

1. Dieses Verwaltungsreglement unterliegt dem Recht des Grossherzogtums Luxemburg und ist bei dem Bezirksgericht in Luxemburg hinterlegt. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg im Grossherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und jeden Fonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht jeden Landes zu unterwerfen, in dem Anteile dieses Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind, und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf diesen Fonds beziehen.

2. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können im Hinblick auf Anteile eines Fonds, die an Anleger in dem jeweiligen Land verkauft wurden, für sich selbst und diesen Fonds Übersetzungen in Sprachen solcher Länder als verbindlich erklären, in welchen solche Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

3. Das Verwaltungsreglement, das im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations» veröffentlicht ist, tritt erstmals am heutigen Tage in Kraft.

Luxemburg, den 18. Januar 2001.

UNION INVESTMENT LUXEMBOURG S.A.

Unterschriften

DG BANK LUXEMBOURG S.A.

als Depotbank

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 22 janvier 2001, vol. 548, fol. 67, case 11. – Reçu 500 francs.

Le Receveur ff. (signé): Signature.

(07387/685/510) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 24 janvier 2001.

### **CENTURY PUBLISHING, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-5810 Hesperange, 45A, rue de Bettembourg.

#### STATUTS

L'an deux mille, le dix-sept août.

Par-devant Maître Aloyse Biel, notaire de résidence à Capellen.

Ont comparu:

1.- Monsieur Michael Reichling, sans état, demeurant à L-5810 Hesperange, 45A, rue de Bettembourg.

2.- Monsieur Frédéric Reichling, sans état, demeurant à L-5810 Hesperange, 45A, rue de Bettembourg.

Lesquels comparants ont requis le notaire instrumentaire de documenter comme suit les statuts d'une société à responsabilité limitée qu'ils constituent entre eux, savoir:

**Art. 1<sup>er</sup>.** Il est formé par les présentes entre les propriétaires actuels des parts ci-après créées et tous ceux qui pourront le devenir dans la suite, une société à responsabilité limitée qui sera régie par les lois y relatives ainsi que par les présents statuts.

**Art. 2.** La société a pour objet l'exploitation d'une agence de publicité ainsi que d'une maison d'éditions et de publication et tout ce qui se rapporte à l'édition.

Elle pourra faire toutes les opérations mobilières et immobilières, financières et autres se rapportant directement ou indirectement à son objet.

**Art. 3.** La société est constituée pour une durée indéterminée.

**Art. 4.** La société prend la dénomination de CENTURY PUBLISHING, S.à r.l.

**Art. 5.** Le siège social est établi à Hesperange.

Il pourra être transféré en toute autre localité du Grand-Duché de Luxembourg en vertu d'une décision de l'assemblée générale des associés.

**Art. 6.** Le capital social est fixé à cinq cent mille francs (500.000,- LUF), divisé en cent (100) parts sociales de cinq mille francs (5.000,- LUF) chacune.

**Art. 7.** Les cent (100) parts sociales sont souscrites en espèces comme suit:

1.- Monsieur Michael Reichling, prénommé .....	50
2.- Monsieur Frédéric Reichling, prénommé.....	50
Total: cent parts sociales .....	<u>100</u>

Toutes les parts sociales ont été intégralement libérées en espèces de sorte que la somme de cinq cent mille francs (500.000,- LUF) est dès à présent à la libre disposition de la société ainsi qu'il en a été justifié au notaire qui le constate expressément.

**Art. 8.** Les parts sociales ne peuvent être cédées à un non-associé qu'avec le consentement des co-associés. Elles ne peuvent être cédées à un non-associé pour cause de mort, que moyennant l'agrément de tous les associés survivants.

**Art. 9.** Le décès, l'interdiction, la faillite ou la déconfiture de l'un des associés ne mettent pas fin à la société.

Les créanciers, ayants droit ou héritiers ne pourront pour quelque motif que ce soit, faire apposer des scellés sur les biens et documents de la société, ni s'immiscer d'aucune manière dans les actes de son administration. Pour faire valoir leurs droits, ils devront s'en tenir aux valeurs constatées dans le dernier bilan et inventaire de la société.

**Art. 10.** La société est administrée par un ou plusieurs gérants, associés ou non, nommés et révocables à tout moment par l'assemblée générale qui en fixe les pouvoirs et les rémunérations.

**Art. 11.** L'année sociale commence le premier janvier et se termine le trente et un décembre de chaque année.

**Art. 12.** Chaque année le trente et un décembre les comptes sont arrêtés et le ou les gérants dressent un inventaire comprenant l'indication des valeurs actives et passives de la société.

Les produits de la société, constatés dans l'inventaire annuel, déduction faite des frais généraux, amortissement et charges constituent le bénéfice net.

Sur le bénéfice net il est prélevé cinq pour cent (5%) pour la constitution d'un fonds de réserve jusqu'à ce que celui-ci atteigne dix pour cent (10%) du capital social.

Le solde est à la libre disposition de l'assemblée des associés.

**Art. 13.** Pour tout ce qui n'est pas prévu dans les présents statuts, les associés se réfèrent aux dispositions légales.

#### *Disposition transitoire*

Exceptionnellement le premier exercice commence aujourd'hui et finit le trente et un décembre 2000.

#### *Frais*

Les parties ont évalué le montant des frais, dépenses, rémunération et charges sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge, en raison de sa constitution à environ trente mille francs (30.000,- LUF).

Les frais et honoraires des présentes sont à la charge de la société. Elle s'engage solidairement ensemble avec les comparants au paiement desdits frais.

#### *Déclaration*

Le notaire soussigné déclare aussi avoir informé les comparants au sujet des formalités d'ordre administratif nécessaires en vue de l'obtention d'une autorisation d'établissement préalable à l'exercice de toute activité.

#### *Assemblée générale extraordinaire*

Et aussitôt les associés, représentant l'intégralité du capital social et se considérant comme dûment convoqués se sont réunis en assemblée générale extraordinaire et ont pris, à l'unanimité des voix, les résolutions suivantes:

1.- Est nommé gérant technique de la société pour une durée indéterminée:

Monsieur Pascal Laurent, sans état, demeurant à F-57330 Hettange-Grande, 3, rue de Lorraine.

2.- Sont nommés gérants administratifs de la société pour une durée indéterminée:

Messieurs Michael et Frédéric Reichling, prénommés.

3.- La société se trouve valablement engagée en toutes circonstances par la signature conjointe d'un des gérants administratifs et du gérant technique.

4.- Le siège social est établi à L-5810 Hesperange, 45A, rue de Bettembourg.

Dont acte, fait et passé à Capellen, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, tous connus du notaire par leurs nom, prénom, état et demeure, ils ont signé le présent acte avec le notaire.

Signé: M. Reichling, F. Reichling, A. Biel.

Enregistré à Capellen, le 18 août 2000, vol. 419, fol. 54, case 7. – Reçu 5.000 francs.

Le Receveur (signé): J. Medinger.

Pour expédition conforme, délivrée à la société sur sa demande, pour servir aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Capellen, le 13 septembre 2000.

A. Biel.

(49669/203/92) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 septembre 2000.

**FORTIS L CAPITAL, Société Anonyme,  
(anc. FORTIS FUND ADVISORY S.A.).**

Siège social: Luxembourg.  
R. C. Luxembourg B 49.137.

L'an deux mille, le vingt-huit décembre.

Par-devant Maître Frank Baden, notaire de résidence à Luxembourg,

S'est réunie, l'Assemblée Générale Extraordinaire des actionnaires de la société anonyme holding FORTIS FUND ADVISORY S.A., ayant son siège social à Luxembourg, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, sous le numéro B 49.137 constituée suivant acte reçu par le notaire soussigné en date du 10 novembre 1994, publié au Mémorial, Recueil Spécial C, numéro 523 du 13 décembre 1994 et dont les statuts ont été modifiés en dernier lieu suivant acte notarié en date du 26 octobre 1998, publié au Mémorial, Recueil C, numéro 5 du 5 janvier 1999.

L'Assemblée est ouverte à huit heures dix sous la présidence de Madame Cynthia Wald, employée privée, demeurant à Nospelt,

qui désigne comme secrétaire Monsieur Jean-Paul Rosen, employé privé, demeurant à Peppange.

L'Assemblée choisit comme scrutateur Monsieur Gérard Birchen, employé privé, demeurant à Oberkorn.

Le bureau ainsi constitué, le Président expose et prie le notaire instrumentant d'acter:

I.- Que la présente Assemblée Générale Extraordinaire a pour:

*Ordre du jour:*

1) Changement de la dénomination de la société en FORTIS L CAPITAL.

2) Modification de l'objet social de la société, pour abandonner le statut de la société holding au sens de la loi du 31 juillet 1929 et pour adopter celui d'une société imposable avec effet au 28.12.2000, de sorte que l'article 2 des statuts aura la teneur suivante:

«La société a pour objet la prise de participations sous quelque forme que ce soit dans des sociétés luxembourgeoises ou étrangères, l'acquisition par achat, souscription ou de toute autre manière, de valeurs mobilières de toutes espèces, la gestion ou la mise en valeur d'un portefeuille qu'elle possède et la détention de comptes bancaires.

D'une façon générale, elle peut prendre toutes mesures de contrôle, de surveillance et de documentation et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement ou au développement de son objet, en restant toutefois dans les limites tracées par la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.»

3) Modification de l'article 15 des statuts en supprimant toute mention faisant référence à la loi du 31 juillet 29 sur les sociétés holding.

4) Décharge à donner aux administrateurs actuellement en fonction.

5) Nomination de nouveaux administrateurs.

6) Modification de l'article 11 des statuts pour changer la date de l'assemblée annuelle statutaire qui est fixée au 4ème mardi du mois d'avril.

7) Divers.

II.- Que les actionnaires présents ou représentés, les mandataires des actionnaires représentés, ainsi que le nombre d'actions qu'ils détiennent sont indiqués sur une liste de présence; cette liste de présence, après avoir été signée par les actionnaires présents, les mandataires des actionnaires représentés ainsi que par les membres du bureau, restera annexée au présent procès-verbal pour être soumise avec lui à la formalité de l'enregistrement.

Resteront pareillement annexées aux présentes les procurations des actionnaires représentés, après avoir été paraphées ne varietur par les comparants.

III.- Que l'intégralité du capital social étant présente ou représentée à la présente assemblée, il a pu être fait abstraction des convocations d'usage, les actionnaires présents ou représentés se reconnaissant dûment convoqués et déclarant par ailleurs avoir eu connaissance de l'ordre du jour qui leur a été communiqué au préalable.

IV.- Que la présente Assemblée, réunissant l'intégralité du capital social, est régulièrement constituée et peut délibérer valablement, telle qu'elle est constituée, sur les points portés à l'ordre du jour.

L'Assemblée Générale, après avoir délibéré, prend à l'unanimité des voix les résolutions suivantes:

*Première résolution*

L'assemblée décide de changer la dénomination sociale de la société en FORTIS L CAPITAL et de modifier en conséquence le premier alinéa de l'article 1<sup>er</sup> des statuts comme suit:

**Art.1<sup>er</sup>. (premier alinéa).** «Il existe une société anonyme sous la dénomination de FORTIS L CAPITAL (ci-après dénommée «Société».)»

*Deuxième résolution*

L'assemblée décide d'adandonner le statut de société holding au sens de la loi du 31 juillet 1929 pour adopter celui d'une société imposable et de modifier en conséquence l'article 2 des statuts relatif à l'objet social comme suit le tout avec effet au 31 décembre 2000.

**Art. 2.** «La société a pour objet la prise de participations sous quelque forme que ce soit dans des sociétés luxembourgeoises ou étrangères, l'acquisition par achat, souscription ou de toute autre manière, de valeurs mobilières de toutes espèces, la gestion ou la mise en valeur d'un portefeuille qu'elle possède et la détention de comptes bancaires.

D'une façon générale, elle peut prendre toutes mesures de contrôle, de surveillance et de documentation et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement ou au développement de son objet, en restant toutefois dans les limites tracées par la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.»

*Troisième résolution*

L'assemblée décide de modifier l'article 15 des statuts en supprimant toute mention faisant référence à la loi du 31.07.29 sur les sociétés holding pour lui donner la teneur suivante:

**Art. 15.** «La loi du 10 août mil neuf cent quinze sur les sociétés commerciales ainsi que ses modifications ultérieures trouveront leur application partout où il n'y est pas dérogé par les présents statuts.»

*Quatrième résolution*

L'assemblée accepte la démission des administrateurs actuellement en fonction et leur donne décharge.

L'assemblée décide de nommer comme nouveaux administrateurs:

- a) Madame Brigitte Boone, directeur général, affaires fiscales, demeurant à B-Haasrode.
- b) Monsieur Bas Schreuders, administrateur-délégué, demeurant à Biwer.
- c) Monsieur Paul Wolff, ingénieur commercial, demeurant à Luxembourg.
- d) Monsieur Yves Van Langenhove, Fortis Investment Management, demeurant à B-Bruxelles.

Leur mandat expirera lors de l'assemblée générale annuelle de l'an 2001.

*Cinquième résolution*

L'assemblée décide de changer la date de l'assemblée annuelle statutaire au 4<sup>ème</sup> mardi du mois d'avril et de modifier en conséquence l'article 11 des statuts comme suit:

**Art. 11.** «L'assemblée générale annuelle des actionnaires se réunit au siège social ou à tout autre endroit à Luxembourg indiqué dans l'avis de convocation, le quatrième mardi du mois d'avril à 15 heures, et si ce jour n'est pas un jour ouvrable à Luxembourg, elle aura lieu le premier jour ouvrable suivant.»

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, les membres du bureau ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: C. Wald, J.-P. Rosen, G. Birchen, F. Baden.

Enregistré à Luxembourg, le 3 janvier 2001, vol. 7CS, fol. 91, case 8. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur (signé):* Muller.

Pour expédition conforme, délivrée à la société sur sa demande aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 24 janvier 2001.

F. Baden.

(08350/200/98) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2001.

**FORTIS L CAPITAL), Société Anonyme,  
(anc. FORTIS FUND ADVISORY S.A.).**

Siège social: Luxembourg.  
R. C. Luxembourg B 49.137.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 29 janvier 2001.

F. Baden.

(08351/200/8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2001.

**DekaBank (LUXEMBURG) S.A., Aktiengesellschaft.**

Gesellschaftssitz: L-2633 Senningerberg, 6C, route de Trèves.  
H. R. Luxemburg B 36.009.

*Auszug aus dem Protokoll der ausserordentlichen statutarischen Generalversammlung der Aktionäre vom 11. Januar 2001*

*Beschlussfassung*

Die Generalversammlung nimmt den Rücktritt von Herrn Manfred Zass zum 31. Dezember 2000 aus dem Verwaltungsrat der Gesellschaft zur Kenntnis.

Die Generalversammlung beschliesst die Bestellung von Herrn Axel Weber, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der DGZ-DekaBank Deutsche Kommunalbank, Frankfurt, zum neuen Mitglied des Verwaltungsrates mit Wirkung vom 1. Januar 2001.

Sämtliche Beschlüsse der Generalversammlung werden einstimmig gefasst.

Für die Richtigkeit des Auszugs

DekaBank (Luxemburg) S.A.

Ackermann / Schneider

Enregistré à Luxembourg, le 30 janvier 2001, vol. 549, fol. 1, case 12. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur (signé):* J. Muller.

(09237/775/20) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 31 janvier 2001.

**DEKA INTERNATIONAL S.A., Aktiengesellschaft.**

Siège social: L-2633 Senningerberg, 6C, route de Trèves.

H. R. Luxemburg B 28.599.

*Auszug aus dem Protokoll der ausserordentlichen statutarischen Generalversammlung der Aktionäre vom 11. Januar 2001**Beschlussfassung*

Die Generalversammlung nimmt den Rücktritt von Herrn Jörg-Peter Lühmann zum 31. Dezember 2000 aus dem Verwaltungsrat der Gesellschaft zur Kenntnis.

Die Generalversammlung beschliesst zum 1. Januar 2001 die Bestellung von Herrn Axel Weber, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der DGZ-DekaBank Deutsche Kommunalbank, Frankfurt, zum ordentlichen Mitglied des Verwaltungsrates der DEKA INTERNATIONAL S.A.

Für die Richtigkeit des Auszugs

DEKA INTERNATIONAL S.A.

Ackermann / Schneider

Enregistré à Luxembourg, le 30 janvier 2001, vol. 549, fol. 1, case 12. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(09238/775/20) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 31 janvier 2001.

**INDUSTRIAL INVESTMENTS CENTER S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3, boulevard du Prince Henri.

R.C. Luxembourg B 62.301.

Les comptes annuels au 31 décembre de l'année 1998, enregistrés à Luxembourg, le 12 septembre 2000, vol. 541, fol. 85, case 5, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 13 septembre 2000.

*Pour la société*

Signature

(49011/729/11) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 septembre 2000.

**INDUSTRIAL INVESTMENTS CENTER S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3, boulevard du Prince Henri.

R. C. Luxembourg B 62.301.

*Extrait du procès-verbal de l'Assemblée Générale Ordinaire des Actionnaires du 11 septembre 2000*

Il résulte du procès-verbal de l'Assemblée Générale Extraordinaire de la société INDUSTRIAL INVESTMENTS CENTER S.A. tenue à Luxembourg, le 11 septembre 2000, que:

- abstraction des délais et formalités de convocation a été faite,
- les comptes annuels au 31 décembre 1998 ont été approuvés,
- la perte de l'exercice 1998 a été reportée à l'exercice suivant,
- décision a été prise de poursuivre l'activité de la société,
- décision a été prise d'accepter la démission de M. Dennis Bosje de son poste d'administrateur, avec effet au 1<sup>er</sup> octobre 2000,
- décision a été prise d'accorder décharge pleine et entière à l'administrateur sortant pour la période de son mandat,
- décision a été prise de nommer M. Michal Wittmann, administrateur de sociétés, demeurant 27, rue de Trintange, L-5465 Waldbredimus, en tant qu'administrateur de la société, avec effet au 1<sup>er</sup> octobre 2000,
- décision a été prise d'accorder décharge pleine et entière aux autres membres du Conseil d'Administration pour la période de leur mandat,
- décision a été prise d'accorder décharge pleine et entière au commissaire aux comptes pour la période de son mandat,
- décision a été prise de renouveler le mandat des administrateurs pour une période courant jusqu'à la prochaine Assemblée Générale Ordinaire,
- décision a été prise de renouveler le mandat du Commissaire aux Comptes pour une période courant jusqu'à la prochaine Assemblée Générale Ordinaire.

Pour extrait conforme

*Pour la société*

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 12 septembre 2000, vol. 541, fol. 85, case 5. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(49012/729/31) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 septembre 2000.

**FORTIS L FUND.**  
**FORTIS AMERIKA FONDS *small caps*.**

In the year two thousand and one, on the second of February.  
 Before Us, M<sup>e</sup> Frank Baden, Notary, residing in Luxembourg.

There appeared:

- Mrs Anne Contreras, avocat, residing in Luxembourg.

Such appearer, acting on behalf of the Board of Directors of the investment company with variable share capital FORTIS AMERIKA FONDS SMALL CAPS, with registered office in Luxembourg, 14, rue Aldringen and on behalf of the Board of Directors of the investment company with variable share capital FORTIS L FUND, with registered office in Luxembourg, 14, rue Aldringen;

by virtue of a Board resolution of the said companies, as well as a proxy dated February 1, 2001. A copy of the Board resolutions and the said proxy will remain annexed to the present deed.

Such appearer, acting in the said capacity, has requested the undersigned notary to draw under the notarial form the merger project which has been signed by the two above mentioned companies in compliance with Article 261 of the Law of August 10, 1915 on commercial companies, as amended, and which will be published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, on February 19, 2001.

This merger project has the following content:

«MERGER PROJECT

between

a) FORTIS L FUND, («FORTIS L») société d'investissement à capital variable (absorbing company), having its registered office in Luxembourg, 14, rue Aldringen, FORTIS L FUND - EQUITY SMALL CAPS USA, a Sub-Fund of FORTIS L, to be created

and

b) FORTIS AMERIKA FONDS («FAF») *small caps*, société d'investissement à capital variable (absorbed company), having its registered office in Luxembourg, 14, rue Aldringen.

1. To effectuate on March 19, 2001 (or on April 23, 2001 to the extent the Extraordinary General Meeting of shareholders of FAF to be held on March 19, 2001 has not reached the legally required quorum in order to validly deliberate on the merger) the merger between the investment companies with variable share capital, FORTIS L (absorbing company) and FAF (absorbed company). The merger shall be effectuated by absorbing FAF into the newly created sub-fund FORTIS L FUND - EQUITY SMALL CAPS USA.

Holders of shares in FAF shall receive in exchange of their shares a number of distribution shares in the FORTIS L, FUND-EQUITY SMALL CAPS USA equal to the number of shares held in FAF. The exchange ratio of one share of FAF against one share of FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA will result from the division of the net asset value per share calculated on March 16, 2001 (respectively on April 20, 2001) in FAF by the initial net asset value per share in the FORTIS L FUND - EQUITY SMALL CAPS USA, to be created.

Holders of registered shares in FAF shall receive registered shares in FORTIS L; holders of bearer shares in FAF shall receive bearer shares in FORTIS L.

The investment policy of the FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA will not differ from the current investment policy of FAF.

2. The last available net asset value per share of FAF, calculated on March 16, 2001 (respectively on April 20, 2001), will be reviewed by COMPAGNIE DE REVISION, Luxembourg, the Auditors of FAF.

3. The net asset value per share of FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA will be calculated in USD in the same manner as the net asset value per share in FAF is calculated in USD. No exchange rate shall consequently need to be applied in order to calculate the value of the shares of the FORTIS L FUND - EQUITY SMALL CAPS USA to be issued on March 19, 2001 (respectively on April 23, 2001), the effective date of the merger, in exchange for the existing shares of FAF.

4. Holders of registered shares of FAF will be removed from the list of shareholders of FAF and registered for the number of shares of FORTIS L FUND - EQUITY SMALL CAPS USA (which they will receive as from the effective date of the merger) on the list of shareholders of FORTIS L. Holders of bearer shares shall have a period of three (3) months starting on the effective date of the merger (March 19, 2001, respectively April 23, 2001) in order to apply for the delivery of bearer certificates representing shares in FORTIS L, in exchange for the bearer certificates in FAF they hold, in accordance with the exchange ratio indicated under point 1. hereabove.

5. There does not exist any shareholder having special rights or holders of securities other than shares, to whom the absorbing company intends to confer special rights and no special advantages will be granted to the auditors in charge to establish the reports on the merger, to the members of the Board of Directors and to the auditors of the merging companies.

6. The date of March 19, 2001 (respectively April 23, 2001), being the effective date of the merger, is to be considered as the starting point for the fulfilment by FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA of the accounting operations of FAF. From that date on the new shares will participate in the results of the absorbing company.

7. At the date of the merger, i.e. March 19, 2001 (respectively April 23, 2001), FAF will cease to exist.»

The undersigned notary certifies the legality of the present merger project.

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on request of the above appearing person, the present deed is worded in English, followed by a French translation; on request of the same appearing person and in case of divergence between the French text and the English text, the English text shall prevail.

Whereof the present deed is drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document. The document having been read to the person appearing, known to the notary by his surname, name, civil status and residence, the said person signs together with the notary the present deed.

**Follows the French translation:**

L'an deux mille un, le deux février.

Par-devant Maître Frank Baden, notaire de résidence à Luxembourg.

A comparu:

- Madame Anne Contreras, avocat, demeurant à Luxembourg.

Laquelle comparante, agissant pour le compte du Conseil d'Administration de la société d'investissement à capital variable FORTIS AMERIKA FONDS SMALL CAPS, ayant son siège social à Luxembourg, 14, rue Aldringen et pour compte du Conseil d'Administration de la société d'investissement à capital variable FORTIS L FUND, ayant son siège social à Luxembourg, 14, rue Aldringen;

en vertu d'une résolution du Conseil d'Administration desdites sociétés et d'une procuration datée du 1<sup>er</sup> février 2001. Une copie des résolutions du Conseil d'Administration ainsi que de ladite procuration resteront annexées au présent acte.

Laquelle comparante, aux termes de la capacité avec laquelle il agit, a requis le notaire instrumentaire d'arrêter, sous forme d'un acte notarié, le projet de fusion qui a été signé par les deux sociétés susmentionnées en conformité avec l'Article 261 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle que modifiée, et qui sera publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, le 19 février 2001.

Ce projet de fusion a le contenu suivant:

«PROJET DE FUSION

entre

a) FORTIS L FUND («FORTIS L»), société d'investissement à capital variable (société absorbante), ayant son siège social à Luxembourg, 14, rue Aldringen, FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA, un compartiment de FORTIS L, à créer,

et

b) FORTIS AMERIKA FONDS *small caps* («FAF»), société d'investissement à capital variable (société absorbée), ayant son siège social à Luxembourg, 14, rue Aldringen.

1. Le 19 mars 2001 (ou le 23 avril 2001 dans la mesure où l'Assemblée Générale Extraordinaire des actionnaires de FAF devant se tenir le 19 mars 2001 n'a pas atteint le quorum légalement requis pour délibérer valablement sur la fusion) sera effectuée la fusion des sociétés d'investissement à capital variable FORTIS L (société absorbante) et FAF (société absorbée). Cette fusion sera effectuée par l'absorption de FAF dans le compartiment FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA nouvellement créé.

Les titulaires d'actions de FAF recevront en échange de leurs actions un nombre d'actions de distribution du compartiment FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA égal au nombre d'actions détenues dans FAF. Le rapport d'échange d'une action de FAF contre une action de FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA résultera de la division de la valeur nette d'inventaire par action telle que calculée le 16 mars 2001 (respectivement le 20 avril 2001) dans FAF par la valeur nette d'inventaire initiale par action dans le compartiment FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA, à créer.

Les titulaires d'actions nominatives de FAF recevront des actions nominatives dans FORTIS L; les détenteurs d'actions au porteur de FAF recevront des actions au porteur dans FORTIS L.

La politique d'investissement du compartiment FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA ne différera pas de la politique d'investissement actuelle de FAF.

2. La dernière valeur nette d'inventaire par action de FAF, calculée le 16 mars 2001 (respectivement le 20 avril 2001) sera vérifiée par COMPAGNIE DE REVISION, Luxembourg, le réviseur d'entreprises de FAF.

3. La valeur nette d'inventaire par action du compartiment FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA sera calculée en USD de la même façon que la valeur nette d'inventaire par action dans FAF est calculée en USD. Par conséquent, aucun taux de change ne devra être appliqué pour calculer la valeur des actions du compartiment FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA à émettre le 19 mars 2001 (ou le 23 avril 2001), date effective de la fusion, en échange des actions existantes de FAF.

4. Les détenteurs d'actions nominatives de FAF seront rayés de la liste des actionnaires de FAF et seront enregistrés pour le nombre d'actions du compartiment FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA (qu'ils recevront à la date de la fusion) sur la liste des actionnaires de FORTIS L. Les détenteurs d'actions au porteur disposeront d'une période de trois (3) mois à compter de la date de la fusion (19 mars 2001, respectivement 23 avril 2001) afin de demander la délivrance de certificats au porteur représentant les actions de FORTIS L, en échange des certificats au porteur qu'ils détiennent dans FAF, conformément au ratio d'échange indiqué au point 1. ci-dessus.

5. Aucun actionnaire ne dispose de droits spéciaux et il n'existe aucun détenteur de titres autres que des actions auxquels la société absorbante a l'intention de conférer des droits spéciaux et aucun avantage particulier ne sera accordé aux réviseurs en charge des rapports de fusion, aux membres du Conseil d'Administration et aux réviseurs des sociétés qui fusionnent.

6. La date du 19 mars 2001 (respectivement le 23 avril 2001), date de la fusion, est à considérer comme le point de départ de l'accomplissement par FORTIS L FUND-EQUITY SMALL CAPS USA des opérations comptables de FAF. A partir de cette date les nouvelles actions participeront aux résultats de la société absorbante.

7. A la date de la fusion, c'est-à-dire le 19 mars 2001 (respectivement le 23 avril 2001), FAF cessera d'exister.»

Le notaire soussigné certifie la légalité du présent projet de fusion.



Fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Le notaire instrumentaire qui parle et comprend la langue anglaise, constate par les présentes qu'à la requête de la personne comparante, le présent acte est rédigé en langue anglaise suivi d'une version française; à la requête de la même personne comparante et en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, la version anglaise fera foi.

L'acte ayant été lu à la personne comparante, connue du notaire par ses nom, prénom, état civil et résidence, cette même personne a signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: A. Contreras, F. Baden.

Enregistré à Luxembourg, le 2 février 2001, vol. 128S, fol. 17, case 10. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur (signé):* J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée à la société sur sa demande, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 2 février 2001.

F. Baden.

(10984/200/148) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 février 2001.

**SAGOS S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1855 Luxembourg, 46A, avenue J.F. Kennedy.

R. C. Luxembourg B 68.741.

*Notification du Conseil d'Administration*

Il résulte de la Décision du Conseil d'Administration de la société SAGOS S.A., du 7 août 2000, que les Administrateurs, à l'unanimité des voix, ont pris la résolution suivante:

Modification de l'adresse de la société:

46A, avenue J.F. Kennedy

L-1855 Luxembourg

Grand-Duché de Luxembourg

Cette modification prendra effet en date du 1<sup>er</sup> septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

*Pour SAGOS S.A.*

MANACOR (LUXEMBOURG) S.A. / FIDES (LUXEMBOURG) S.A.

*Director / Director*

*Signatures / Signatures*

Enregistré à Luxembourg, le 17 août 2000, vol. 541, fol. 7, case 12. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur (signé):* J. Muller.

(49626/683/21) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 septembre 2000.

**S.L.T. S.A., SOCIETE LUXEMBOURGEOISE DE TOURISME, Société Anonyme.**

Siège social: L-2561 Luxembourg, 33, rue de Strasbourg.

L'an deux mille, le sept septembre.

Par-devant Maître Norbert Muller, notaire de résidence à Esch-sur-Alzette.

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme de droit luxembourgeois dénommée SOCIETE LUXEMBOURGEOISE DE TOURISME, en abrégé S.L.T. S.A. avec siège social à L-2561 Luxembourg, 33, rue de Strasbourg,

constituée en vertu d'un acte reçu par le notaire Marc Elter, de résidence à Luxembourg, en date du 12 juin 1995, publié au Mémorial C, Recueil numéro 444 du 9 septembre 1995.

L'assemblée est ouverte et présidée par Monsieur Fernando Manuel Martins Dos Santos, employé privé, demeurant à L-1236 Luxembourg, 20, rue de Bonnevoie, qui désigne comme secrétaire Monsieur Joao Antunes Tezo, administrateur de société, demeurant à L-1471 Luxembourg, 105, route d'Esch.

Il est appelé aux fonctions de scrutateur Monsieur Aldo Lumia, employé privé, demeurant à L-4140 Esch-sur-Alzette, 5, rue Victor Hugo.

Le bureau ayant été constitué, Monsieur le président expose et prie le notaire instrumentaire d'acter:

1.- Que tous les actionnaires présents ou représentés et le nombre d'actions détenues par eux figurent sur une liste de présence signée par le président, le secrétaire et le scrutateur, les actionnaires présents ou représentés.

La liste de présence, après avoir été signée ne varietur par tous les comparants et le notaire instrumentant, restera annexée au présent procès-verbal pour être soumise aux formalités d'enregistrement.

2.- Qu'il appert de la prédite liste de présence que toutes les actions sont représentées à l'assemblée générale extraordinaire, qui peut décider valablement sans convocation préalable sur les points figurant à l'ordre du jour, tous les actionnaires ayant consenti à se réunir sans autres formalités, après examen de l'ordre du jour suivant:

*Ordre du jour:*

1.- Démission de deux administrateurs et de l'administrateur-délégué.

2.- Nomination de deux nouveaux administrateurs.

3.- Composition du nouveau conseil d'administration et nomination d'un nouvel administrateur-délégué.

*Première résolution*

L'assemblée générale extraordinaire de la prédite société, à l'unanimité des voix, accepte, à compter de ce jour, les démissions, savoir:

- de Madame Maria Clara De Sousa Mateus, agent de voyages, demeurant à L-1236 Luxembourg, 20, rue de Bonnevoie,
- de sa fonction d'administrateur-délégué de la prédite société et lui donne quitus de sa gestion jusqu'à ce jour
- et de Monsieur Aldo Lumia, employé privé, demeurant à L-4140 Esch-sur-Alzette, 5, rue Victor Hugo, de sa fonction d'administrateur de la prédite société et lui donne quitus de sa gestion jusqu'à ce jour.

*Deuxième résolution*

L'assemblée générale extraordinaire de la prédite sociale décide, à l'unanimité des voix, de nommer comme nouveaux administrateurs de la prédite société pour une durée de six ans, savoir:

- Monsieur Fernando Manuel Martins Dos Santos, prêtre; et
- Monsieur Joao Antunes Tezo, prêtre.

*Composition du conseil d'administration*

Le conseil d'administration de la prédite société s'établit actuellement comme suit:

- Madame Maria Clara De Sousa Mateus, prêtre;
- Monsieur Fernando Manuel Martins Dos Santos, prêtre; et
- Monsieur Joao Antunes Tezo, prêtre.

*Réunion du conseil d'administration*

Les administrateurs, présents ou représentés ont, à l'unanimité des voix, nommé comme nouvel administrateur-délégué pour une période de six ans Monsieur Fernando Manuel Martins Dos Santos, prêtre.

Les mandats des administrateurs et de l'administrateur-délégué expireront lors de l'assemblée générale de l'année 2006.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour et plus personne ne demandant la parole, la séance a été levée.

*Evaluation des frais*

Le montant des frais, dépenses, rémunérations et charges sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou sont mis à sa charge en raison de la présente modification des statuts, s'élève approximativement à la somme de trente mille (30.000,-) francs.

Dont acte, fait et passé à Esch-sur-Alzette, en l'étude du notaire instrumentant, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite aux comparants, tous connus du notaire par leurs nom, prénom, état et demeure, ils ont signé avec lui le présent acte.

Signé: M. Dos Santos, J. Antunes Tezo, A. Lumia, N. Muller.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 8 septembre 2000, vol. 862, fol. 50, case 6. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur ff. (signé): M. Oehmen.*

Pour copie conforme, délivrée sur demande, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Esch-sur-Alzette, le 13 septembre 2000.

N. Muller.

(49640/224/72) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 septembre 2000.

**DE BEAUMONT ELECTRONIQUE S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-8410 Steinfort, 39, route d'Arlon.

## STATUTS

L'an deux mille, le vingt-deux août.

Par-devant Maître Aloyse Biel, notaire de résidence à Capellen.

Ont comparu:

1. WORLDWIDE DATABASE COMPANY LIMITED avec siège social à 103, Kingsway WC2B 6AW London STE, ici représentée par Monsieur Brian Wadlow, directeur, demeurant à GB-Londres,

lequel a délégué aux fins des présentes Monsieur Julien Clément, administrateur de sociétés, demeurant à B-6840 Neufchâteau, 125, avenue de la Gare,

en vertu d'un pouvoir sous seing privé lui délivré à Londres, le 31 juillet 2000,

lequel pouvoir, après avoir été signé ne varietur par son porteur et le notaire soussigné, restera annexé aux présentes aux fins de formalisation.

2. CYBER FINANCIAL SOLUTIONS LIMITED avec siège social à Kingsway House, 103, Kingsway Holborn London WC2B 6AW, ici représentée par son directeur Monsieur Brian Wadlow, directeur, demeurant à GB-Londres,

lequel a délégué aux fins des présentes Monsieur Julien Clément, administrateur de sociétés, demeurant à B-6840 Neufchâteau, 125, avenue de la Gare,

en vertu d'un pouvoir sous seing privé lui délivré à Londres, le 31 juillet 2000,

lequel pouvoir, après avoir été signé ne varietur par son porteur et le notaire soussigné, restera annexé aux présentes aux fins de formalisation.

3. Monsieur Mickaël Kerger, administrateur de sociétés, demeurant à B-6840 Hamipré, 23, rue du Centenaire. Lesquels comparants ont arrêté ainsi qu'il suit les statuts d'une société qu'ils vont constituer entre eux:

### **Dénomination - Siège - Durée - Objet - Capital**

**Art. 1<sup>er</sup>.** Il est formé une société anonyme sous la dénomination de DE BEAUMONT ELECTRONIQUE S.A.

**Art. 2.** Le siège social est établi à Steinfort.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, sans que toutefois cette mesure ne puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise.

**Art. 3.** La durée de la société est illimitée.

**Art. 4.** La société a pour objet la création de multimédia ainsi que la vente de produits et services Internet sur l'Europe.

Elle peut faire toutes opérations commerciales et financières, mobilières ou immobilières pouvant se rattacher directement ou indirectement, en tout ou en partie à son objet social.

**Art. 5.** Le capital social est fixé à un million deux cent cinquante mille francs (1.250.000,- francs) représenté par cent (100) actions d'une valeur nominale de douze mille cinq cents francs (12.500,- francs) chacune.

Les actions sont nominatives ou au porteur, aux choix de l'actionnaire, à l'exception de celles pour lesquelles la loi prescrit la forme nominative.

Les actions de la société peuvent être créées, aux choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

La société peut procéder au rachat de ses propres actions dans les conditions prévues par la loi.

### **Titre II. Administration - Surveillance**

**Art. 6.** La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non.

Les administrateurs sont nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans; ils sont rééligibles et toujours révocables.

En cas de vacance d'une place d'administrateur, les administrateurs restants ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas, l'assemblée générale, lors de sa première réunion, procède à l'élection définitive.

**Art. 7.** Le conseil d'administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social; tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de sa compétence.

**Art. 8.** Le conseil d'administration désigne parmi ses membres un président; en cas d'absence du président, la présidence de la réunion peut être conférée à un administrateur présent.

Le conseil d'administration ne peut délibérer que si la majorité des membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs, qui peut être donné par écrit, télégramme, télex ou téléfax, étant admis. En cas d'urgence, les administrateurs peuvent émettre leur vote par écrit, télégramme, télex ou téléfax.

Les décisions du conseil d'administration sont prises à la majorité des voix; la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante.

**Art. 9.** Le conseil peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs concernant la gestion journalière ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs administrateurs, directeurs, gérants ou autres agents, actionnaires ou non.

La délégation à un membre du conseil d'administration est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

**Art. 10.** La société se trouve engagée soit par la signature collective de deux administrateurs, soit par la signature individuelle d'un des délégués du conseil.

**Art. 11.** La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommé(s) pour une durée qui ne peut dépasser six ans, rééligibles et toujours révocables.

### **Année sociale - Assemblée Générale**

**Art. 12.** L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre.

**Art. 13.** Les convocations pour les assemblées générales sont faites conformément aux dispositions légales. Elles ne sont pas nécessaires lorsque tous les actionnaires sont présents ou représentés, et qu'ils déclarent avoir eu préalablement connaissance de l'ordre du jour.

Le conseil d'administration peut décider que pour pouvoir assister à l'assemblée générale, le propriétaire d'actions doit en effectuer le dépôt cinq jours francs avant la date fixée pour la réunion; tout actionnaire aura le droit de voter en personne ou par mandataire, actionnaire ou non.

Chaque action donne droit à une voix.

**Art. 14.** L'assemblée des actionnaires de la société régulièrement constituée représente tous les actionnaires de la société. Elle a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

**Art. 15.** L'assemblée générale décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

Le conseil d'administration est autorisé à verser des acomptes sur dividendes en se conformant aux conditions prescrites par la loi.

**Art. 16.** L'assemblée générale annuelle se réunit de plein droit le 10 janvier à 09.30 heures à Steinfort au siège social ou à tout autre endroit à désigner par les convocations.

Si ce jour est un jour férié, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable suivant.

**Art. 17.** La loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales ainsi que leurs modifications ultérieures, trouveront leur application partout où il n'y est pas dérogé par les présents statuts.

#### *Dispositions transitoires*

1. Le premier exercice social commence le jour de la constitution et se termine le trente et un décembre 2001.
2. La première assemblée générale ordinaire annuelle se tiendra en 2001.

#### *Souscription et libération*

Les statuts de la société ayant ainsi été arrêtés, les comparants préqualifiés déclarent souscrire les actions comme suit:

1) WORLDWIDE DATABASE COMPANY LIMITED, prénommée .....	45
2) CYBER FINANCIAL SOLUTIONS LIMITED, prénommée .....	45
3) Monsieur Mickaël Kerger, prénommé .....	10
Total: cent actions .....	100

Toutes les actions ont été libérées à raison de 50 % par des versements en espèces, de sorte que la somme de six cent vingt-cinq mille francs (625.000,- Francs) se trouve dès maintenant à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en est justifié au notaire soussigné.

#### *Déclaration*

Le notaire rédacteur de l'acte déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales, et en constate expressément l'accomplissement.

#### *Estimation des frais*

Le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à charge en raison de sa constitution, s'élève approximativement à la somme de soixante mille francs (60.000,- Francs).

Les frais et honoraires des présentes sont à charge de la société. Elle s'engage solidairement ensemble avec les comparants au paiement desdits frais.

#### *Déclaration*

Le notaire soussigné déclare aussi avoir informé les comparants au sujet des formalités d'ordre administratif nécessaires en vue de l'obtention d'une autorisation d'établissement préalable à l'exercice de toute activité.

#### *Assemblée générale extraordinaire*

Et à l'instant les comparants, préqualifiés, représentant l'intégralité du capital social, se sont constitués en assemblée générale extraordinaire à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués, et après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris, à l'unanimité les résolutions suivantes:

1) Le nombre des administrateurs est fixé à trois et celui des commissaires à un.

2) Sont appelés aux fonctions d'administrateur:

a) WORLDWIDE DATABASE COMPANY LIMITED, prénommée.

b) Monsieur Julien Clément, prénommé.

c) Monsieur Mickaël Kerger, prénommé.

Messieurs Mickaël Kerger et Julien Clément, prénommés, sont nommés administrateurs-délégués.

3) Est appelé aux fonctions de commissaire:

Monsieur Philippe Cuccu, comptable, demeurant à La Croix Verte Bât. 10, 7, rue Raoul Follereau F-13090 Aix en Provence.

4) Les mandats des administrateurs et commissaire prendront fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle de 2005.

5) Le siège social de la société est fixé à L-8410 Steinfort, 39, route d'Arlon.

Dont acte, fait et passé à Capellen, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, tous connus du notaire instrumentant par leurs nom, prénom usuel, état et demeure ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: J. Clément, M. Kerger, A. Biel.

Enregistré à Capellen, le 25 août 2000, vol. 419, fol. 57, case 12. – Reçu 12.500 francs.

Le Receveur (signé): J. Medinger.

Pour expédition conforme, délivrée à la société sur sa demande pour servir aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Capellen, le 13 septembre 2000.

A. Biel.

(49671/203/150) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 septembre 2000.

**ODYSSEY VENTURES ONLINE HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.**

Siège social: L-1510 Luxembourg, 8, avenue de la Faiencerie.

R. C. Luxembourg B 75.175.

L'an deux mille, le trente août.

Par-devant Maître Reginald Neuman, notaire de résidence à Luxembourg.

A comparu:

Monsieur Claude Schmit, directeur de société, demeurant à Senningerberg, agissant comme mandataire spécial du conseil d'administration de la société anonyme holding ODYSSEY VENTURES ONLINE HOLDING S.A., ayant son siège social à Luxembourg, 8, avenue de la Faiencerie, inscrite au registre de commerce et des sociétés à Luxembourg, section B, sous le numéro 75.175, ci-après la «Société»,

en vertu d'un premier pouvoir lui conféré par décision du conseil d'administration, prise en sa réunion du 30 juin 2000 pour les points sub a dont question ci-après et d'un deuxième pouvoir lui conféré par décision du conseil d'administration, prise en sa réunion du 18 août 2000 pour les points sub b dont question ci-après; des extraits des procès-verbaux desdites réunions resteront annexés aux présentes.

Lequel comparant, ès qualités qu'il agit, a requis le notaire instrumentant de documenter les déclarations et constatations suivantes:

Sub a:

1.- Le capital souscrit, le capital autorisé de la société et les conditions d'émission d'actions nouvelles sont relatés à l'article cinq des statuts dressés le 24 mars 2000, publiés au Mémorial C numéro 527 du 22 juillet 2000.

2.- En vertu des dispositions de l'article cinq des statuts, le conseil d'administration a décidé lors de sa réunion du 24 juin 2000, dont un extrait du procès-verbal restera annexé aux présentes, d'augmenter le capital social à concurrence d'un montant en dollars US correspondant à la valeur de cotation au 29 juin 2000 de deux millions (2.000.000,-) d'actions de la société ODYSSEY PICTURES CORP., une société de droit du Nevada, Etats-Unis d'Amérique, ayant son siège social à 1601 Elm Street Suit 4000, Dallas, Texas, Etats-Unis d'Amérique.

Le conseil d'administration a constaté lors de sa réunion du 30 juin 2000 que, vu le cours de clôture d'un virgule quarante-neuf dollars US (1,49 USD) de l'action de la société ODYSSEY PICTURES CORP., préqualifiée, au Nasdaq en date du 29 juin 2000, le montant de l'augmentation du capital s'élève à deux millions neuf cent quatre-vingt mille dollars US (2.980.000,- USD).

En conséquence, il a décidé de porter le capital social de la Société de cinq cent cinquante mille dollars US (550.000,- USD) à trois millions cinq cent trente mille dollars US (3.530.000,- USD) par la création et l'émission au pair comptable de deux dollars US (2,- USD) d'un million quatre cent quatre-vingt-dix mille (1.490.000) actions nouvelles sans désignation de valeur nominale, à libérer intégralement par l'apport en nature des deux millions (2.000.000) d'actions au porteur précitées de la société ODYSSEY PICTURES CORP., préqualifiée.

Les actions nouvelles jouissent des mêmes droits et avantages que les actions anciennes.

Le conseil d'administration a décidé d'admettre à la souscription des un million quatre cent quatre-vingt-dix mille (1.490.000) actions nouvelles la société ODYSSEY PICTURES CORP., préqualifiée, qui détient elle-même les actions à apporter.

Le conseil d'administration a conféré en outre tous pouvoirs à Monsieur Claude Schmit, préqualifié, à comparaître par-devant notaire aux fins de documenter la réalisation de cette augmentation de capital et d'adapter l'article cinq des statuts à la réalisation de cette augmentation de capital.

3.- Les un million quatre cent quatre-vingt-dix mille (1.490.000) actions nouvelles ont été souscrites et libérées intégralement au pair comptable de deux dollars (2,- USD) par la société ODYSSEY PICTURES CORP., préqualifiée, par l'apport en nature de deux millions (2.000.000) de ses propres actions bloquées sur un dépôt-titres de la société ODYSSEY VENTURES ONLINE HOLDING S.A., préqualifiée, auprès de la société anonyme BANQUE GENERALE DU LUXEMBOURG S.A., avec siège social à Luxembourg,

ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant, qui le constate expressément sur base d'un certificat bancaire émis par la BANQUE GENERALE DU LUXEMBOURG S.A., préqualifiée, en date du 28 août 2000 et des documents de souscription. Ces deux documents resteront annexés aux présentes.

Conformément aux dispositions des articles 26-1 et 32-1 de la loi sur les sociétés commerciales, l'apport en nature des deux millions (2.000.000) d'actions de la société ODYSSEY PICTURES CORP., préqualifiée, a fait l'objet d'un rapport d'un réviseur d'entreprises, à savoir EURO REVISION S.A., société anonyme avec siège social à Luxembourg, 8, avenue de la Faiencerie.

Ce rapport daté au 30 juin 2000 restera annexé aux présentes et conclut comme suit:

*III. Conclusion:*

«Sur base des vérifications effectuées telles que décrites ci-dessus, nous n'avons pas d'observation à formuler sur la valeur de l'apport qui correspond au moins au nombre d'actions sans désignation de valeur nominale à émettre en contrepartie au pair comptable.

Le 30 juin 2000.

*Pour EURO REVISION S.A**M. Ries**Réviseur d'entreprises»*

4.- Eu égard à l'article 49-bis de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales la société ODYSSEY PICTURES CORP., préqualifiée, a certifié à Maître Reginald Neuman dans sa lettre du 18 août 2000 qui restera annexée aux présentes, que

i.- ODYSSEY VENTURES ONLINE HOLDING S.A. ne disposera ni directement ni indirectement de la majorité des droits de vote dans ODYSSEY PICTURES CORP. et que

ii.- ODYSSEY VENTURES ONLINE HOLDING S.A. ne pourra exercer directement ou indirectement une influence sur ODYSSEY PICTURES CORP., c'est-à-dire

- qu'elle n'aura pas le droit de nommer ou de révoquer la majorité des membres de l'organe d'administration, de direction ou de surveillance d'ODYSSEY PICTURES CORP. ou

- qu'elle ne contrôlera pas seule la majorité des droits de vote chez ODYSSEY PICTURES CORP. en vertu d'un accord conclu avec d'autres actionnaires d'ODYSSEY PICTURES CORP.

5.- Suite à la réalisation de cette augmentation de capital, le premier alinéa de l'article cinq des statuts est modifié et a la teneur suivante:

«Le capital souscrit est fixé à trois millions cinq cent trente mille dollars US (3.530.000,- USD), représenté par un million sept cent soixante-cinq mille (1.765.000,-) actions sans désignation de valeur nominale.»

Sub b:

1.- Le capital souscrit, le capital autorisé de la société et les conditions d'émission d'actions nouvelles sont relatés à l'article cinq des statuts tel que modifié ci-avant.

2.- En vertu des dispositions de l'article cinq des statuts, le conseil d'administration a décidé lors de la précédente réunion du 18 août 2000 d'augmenter le capital social à concurrence de cent quatre-vingt-six mille dollars US (186.000,- USD) pour le porter du montant de trois millions cinq cent trente mille dollars US (3.530.000,- USD) à trois millions sept cent seize mille dollars US (3.716.000,- USD) par la création et l'émission au pair comptable de quatre-vingt-treize mille (93.000) actions nouvelles sans désignation de valeur nominale, à libérer intégralement en numéraire au pair, et jouissant des mêmes droits et avantages que les actions anciennes.

Le conseil d'administration a décidé d'admettre à la souscription des quatre-vingt-treize mille (93.000) actions nouvelles:

- ODYSSEY PICTURES CORP., une société de droit du Nevada, Etats-Unis d'Amérique, ayant son siège social à 1601 Elm Street Suite 4000, Dallas, Texas, Etats-Unis d'Amérique pour quatre-vingt-dix mille (90.000) actions nouvelles, et

- Dr Catherine Blum, banquier, demeurant à CH-8032 Zurich, Englischviertelstrasse 19 pour trois mille (3.000) actions nouvelles,

l'unique autre actionnaire, MEDIA TRUST S.A., société anonyme, ayant son siège social à L-1510 Luxembourg, 10, avenue de la Faïencerie, ayant renoncé à son droit de souscription préférentiel.

Le conseil d'administration a conféré en outre tous pouvoirs à Monsieur Claude Schmit, préqualifié, à comparaître par-devant notaire aux fins de documenter la réalisation de cette augmentation de capital et d'adapter l'article cinq des statuts à la réalisation de cette augmentation de capital.

3.- Les quatre-vingt-treize mille (93.000) actions nouvelles ont été souscrites et libérées intégralement au pair par ODYSSEY PICTURES CORP., préqualifiée, et par Dr Catherine Blum, préqualifiée, de sorte que le montant total de cent quatre-vingt-six mille dollars US (186.000,- USD) a été versé en espèces à un compte bancaire au nom de ODYSSEY VENTURES ONLINE HOLDING S.A. ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant, qui le constate expressément sur base d'un certificat bancaire émis par la BANQUE GENERALE DU LUXEMBOURG, société anonyme, avec siège social à Luxembourg, en date du 28 août 2000 et des documents de souscription et de renonciation. Ces quatre documents resteront annexés aux présentes.

4.- Suite à la réalisation de cette augmentation de capital, le premier alinéa de l'article cinq des statuts est modifié et aura désormais la teneur suivante:

«Le capital souscrit est fixé à trois millions sept cent seize mille dollars US (3.716.000,- USD), représenté par un million huit cent cinquante-huit mille (1.858.000) actions sans désignation de valeur nominale.»

#### *Frais*

Les frais, dépenses, rémunérations ou charges sous quelque forme que ce soit, incombant à la société et mis à sa charge en raison des présentes, sont évalués à un million quatre cent soixante-quinze mille (1.475.000,-) francs luxembourgeois.

Le montant de l'augmentation du capital social de la Société de trois millions cent soixante-six mille dollars US (3.166.000,- USD) est évalué à cent quarante-trois millions huit cent quinze mille cinq cent cinquante francs (143.815.550,- LUF).

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée au comparant, connu du notaire par ses nom, prénom usuel, état et demeure, il a signé avec le notaire le présent acte.

Signé: C. Schmit, R. Neuman.

Enregistré à Luxembourg, le 5 septembre 2000, vol. 125S, fol. 67, case 7. – Reçu 1.433.562 francs.

*Le Receveur (signé): J. Muller.*

Pour copie conforme, délivrée à la société, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 13 septembre 2000.

R. Neuman.

(49604/226/132) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 septembre 2000.

**ODYSSEY VENTURES ONLINE HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.**

Siège social: L-1510 Luxembourg, 8, avenue de la Faïencerie.  
R. C. Luxembourg B 75.175.

Le texte des statuts coordonnés a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.  
(49605/226/8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 septembre 2000.

---

**SALVIA EUROPE S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1855 Luxembourg, 46A, avenue J.F. Kennedy.  
R. C. Luxembourg B 66.133.

*Notification du Conseil d'Administration*

Il résulte de la Décision du Conseil d'Administration de la société SALVIA EUROPE S.A., du 7 août 2000, que les Administrateurs, à l'unanimité des voix, ont pris la résolution suivante:

Modification de l'adresse de la société:

46A, avenue J.F. Kennedy

L-1855 Luxembourg

Grand-Duché de Luxembourg

Cette modification prendra effet en date du 1<sup>er</sup> septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

*Pour SALVIA EUROPE S.A.*

MANACOR (LUXEMBOURG) S.A. / FIDES (LUXEMBOURG) S.A.

*Director / Director*

Signatures / Signatures

Enregistré à Luxembourg, le 17 août 2000, vol. 541, fol. 7, case 12. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur (signé): J. Muller.*

(49628/683/21) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 septembre 2000.

---

**COFIBA LUXEMBOURG S.A., Société Anonyme.**

Registered office: L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert.  
R. C. Luxembourg B 50.951.

**RELOU INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.**

Registered office: L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert.  
R. C. Luxembourg B 73.575.

**PROJET DE FUSION**

In the year two thousand and one, on the thirtieth of January.

Before Maître Alex Weber, notary residing in Bascharage.

There appeared:

1) The company COFIBA LUXEMBOURG S.A., having its registered office in L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert,

here represented by Alex Schmitt, Director, and Camille Paulus, Director, pursuant to a resolution of the Board of Directors taken on January 25th, 2001;

2) The company RELOU INTERNATIONAL S.A., having its registered office in L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert,

here represented by Alex Schmitt, Director, and Camille Paulus, Director, pursuant to a resolution of the Board of Directors taken on January 25th, 2001, a copy of which resolutions, after having been signed *in varietur* by the appearing person and the undersigned notary will be annexed to the present deed.

The appearing person requested the undersigned notary to record that COFIBA LUXEMBOURG S.A. and RELOU INTERNATIONAL S.A., being referred to herein collectively as the Merging Companies, have adopted a draft Merger Proposal as follows:

Whereas :

1.- COFIBA LUXEMBOURG S.A. is a Luxembourg company established in the form of a «société anonyme», on April 5, 1995. The articles of association of COFIBA LUXEMBOURG S.A. have been published in the Mémorial C, number 366 on August 4, 1995. The articles have been amended several times and for the last time on June 7, 1999, published in the Mémorial C, number 615 on August 16, 1999.

COFIBA LUXEMBOURG S.A. is registered with the Luxembourg Trade Register under number B 50.951.

COFIBA LUXEMBOURG S.A. has its registered office at 5, rue Eugène Ruppert, L-2453 Luxembourg.

2.- RELOU INTERNATIONAL S.A. is a Luxembourg company which was established in Curaçao on October 4, 1978 and which adopted the form of a Luxembourg «société anonyme» pursuant to a notarial deed dated December, 22, 1999 published in the Mémorial C, number 199 on March 9, 2000.

RELOU INTERNATIONAL S.A. is registered with the Luxembourg Trade Register under number B 73.575.

RELOU INTERNATIONAL S.A. has its registered office at 5, rue Eugène Ruppert, L-2453 Luxembourg.

The Boards of Directors of the two companies (the «Boards») propose a merger (the «Merger») of COFIBA LUXEMBOURG S.A. and RELOU INTERNATIONAL S.A.

The Merger shall be effective one month after the publication of the present deed in the Mémorial C (the «Effective Date»).

COFIBA LUXEMBOURG S.A. is the sole owner of the totality of the shares of RELOU INTERNATIONAL S.A. and the simplified merger by absorption process of RELOU INTERNATIONAL S.A. by COFIBA LUXEMBOURG S.A., described in Articles 278 and following of the Luxembourg law on commercial companies (the «Law»), becomes therefore applicable.

It was agreed that:

1.- On the Effective Date the assets and liabilities of RELOU INTERNATIONAL S.A. will be contributed to COFIBA LUXEMBOURG S.A.

2.- As a result of the Merger, RELOU INTERNATIONAL S.A. shall cease to exist and all its shares in issue shall be cancelled.

3.- The Merger shall further be subject to the following additional terms and conditions:

a) COFIBA LUXEMBOURG S.A. shall acquire the assets contributed by RELOU INTERNATIONAL S.A. «as is where is», i.e. in the state in which they are on the Effective Date.

b) COFIBA LUXEMBOURG S.A. shall, from the Effective Date onwards, pay all taxes, contributions, duties, levies, insurance and other premiums, annuities and royalties, whether ordinary or extraordinary, which are due or may become due with respect to the property of the assets contributed.

c) COFIBA LUXEMBOURG S.A. shall carry out all the agreements and obligations of any kind of RELOU INTERNATIONAL S.A. such as these agreements and obligations exist on the Effective Date.

d) COFIBA LUXEMBOURG S.A. shall, in particular, carry out all agreements existing with the suppliers and creditors of RELOU INTERNATIONAL S.A. and it shall be subrogated to all rights and duties resulting therefrom, at its own risk.

4.- For accounting purposes, the Merger shall be deemed to be effective from the Effective Date.

5.- No special advantages are granted to the members of the Board of Directors or to the statutory auditor of the Merging Companies.

6.- The Merging Companies do not comprise shareholders having special rights. Furthermore no securities other than shares have been issued.

7.- COFIBA LUXEMBOURG S.A. shall itself carry out all formalities, including such announcements as are prescribed by law, which are necessary or useful to carry into effect the Merger and the transfer and assignment of the assets and liabilities by RELOU INTERNATIONAL S.A.

In so far as required by law or deemed necessary or useful, appropriate transfer instruments shall be executed by the Merging Companies to effect the transfer of the assets and liabilities contributed to COFIBA LUXEMBOURG S.A. and to execute such transfer instruments and assignments.

8.- All corporate documents, files and records of RELOU INTERNATIONAL S.A. shall be kept at the registered office of COFIBA LUXEMBOURG S.A. for the duration prescribed by Luxembourg law.

9.- COFIBA LUXEMBOURG S.A., as the absorbing company, is the owner of all the shares of RELOU INTERNATIONAL S.A., the company to be absorbed, and as the conditions of Article 279 of the Law have been fulfilled, the Merger need not be approved by the General Meeting of Shareholders of the Merging Companies. Consequently, the Merger will be effective one month after the publication of the present Merger Proposal in the Mémorial C.

The conditions set forth in Article 279 are as follows:

- The publication provided for in Article 262 has been made regarding COFIBA LUXEMBOURG S.A. and RELOU INTERNATIONAL S.A. at least one month before the operation takes effect between the parties;

- All the Shareholders of COFIBA LUXEMBOURG S.A. are entitled to inspect the documents specified in Article 267, paragraph 1) a), b) and c) at least one month before the operation takes effect, at the registered office of COFIBA LUXEMBOURG S.A. Those documents are: the merger proposal, the audited annual accounts and directors reports of each company for the periods ending December 31st, 1997, 1998, 1999 and an accounting statement dated December 31st, 2000. Each shareholder may obtain a copy of the above referred documents upon request and free of charge;

- One or more of the Shareholders of COFIBA LUXEMBOURG S.A. holding at least 5 % of the shares in the subscribed capital are entitled, at least one month before the operation takes effect, to require that a General Meeting of Shareholders of the absorbing company be called in order to resolve on the approval of the merger. The Meeting must be convened so as to be held within one month as of the request for it to be held.

#### *Expenses*

The expenses, costs, remunerations or charges in any form whatsoever, which shall be borne by COFIBA LUXEMBOURG S.A. as a result of the present deed are estimated at approximately two hundred and sixty thousand Luxembourg francs (260,000.- LUF).

The undersigned notary, who understands and speaks English, states herewith that on request of the above appearing person, the present deed is worded in English, followed by a French version. On request of the same appearing person and in case of divergences between the English and the French text, the English version will prevail.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the person appearing, known to the notary by name, Christian name, civil status and residence, the said person appearing signed together with the notary the present deed.



**Suit la traduction française du texte qui précède:**

L'an deux mille un, le trente janvier.

Par-devant Maître Alex Weber, notaire de résidence à Bascharage.

Ont comparu:

1.- La société COFIBA LUXEMBOURG S.A., ayant son siège social à L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert, représentée par Alex Schmitt, directeur et Camille Paulus, directeur, en vertu d'une décision du Conseil d'Administration adoptée le 25 janvier 2001;

2.- La société RELOU INTERNATIONAL S.A., ayant son siège social à L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert, représentée par Alex Schmitt, directeur et Camille Paulus, directeur, en vertu d'une décision du Conseil d'Administration adoptée le 25 janvier 2001, une copie desdites décisions, après avoir été signée ne varietur par le comparant et le notaire soussigné, restera annexée aux présentes.

Le comparant a requis le notaire d'acter que COFIBA LUXEMBOURG S.A. et RELOU INTERNATIONAL S.A., ci-après dénommées les sociétés fusionnantes, ont adopté le projet de fusion suivant:

1.- COFIBA LUXEMBOURG S.A. est une société anonyme de droit luxembourgeois ayant été constituée le 5 avril 1995. Les statuts de COFIBA LUXEMBOURG S.A. ont été publiés au Mémorial C, numéro 366 du 4 août 1995. Les statuts ont été modifiés à plusieurs reprises et pour la dernière fois le 7 juin 1999, publié au Mémorial C, numéro 615 du 16 août 1999.

COFIBA LUXEMBOURG S.A. est inscrite au registre de commerce de Luxembourg sous le numéro B 50.951.

COFIBA LUXEMBOURG S.A. a son siège social à L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert.

2. RELOU INTERNATIONAL S.A. est une société de droit luxembourgeois ayant été constituée à Curaçao le 4 octobre 1978 et qui a adopté la forme d'une société anonyme luxembourgeoise en vertu d'un acte notarié du 22 décembre 1999 publié au Mémorial C, numéro 199 du 9 mars 2000.

RELOU INTERNATIONAL S.A. est inscrite au Registre du commerce de Luxembourg sous le numéro B 73.575.

RELOU INTERNATIONAL S.A. a son siège social à L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert.

Les Conseils d'Administration des deux sociétés (les «Conseils») proposent une fusion (la «Fusion») de COFIBA LUXEMBOURG S.A. et RELOU INTERNATIONAL S.A.

La Fusion prendra effet un mois après la publication du présent acte au Mémorial C (la «Date Effective»).

COFIBA LUXEMBOURG S.A. est seule propriétaire de la totalité des actions de RELOU INTERNATIONAL S.A. et la procédure de fusion par absorption simplifiée de RELOU INTERNATIONAL S.A. par COFIBA LUXEMBOURG S.A., décrite aux articles 278 et suivants de la loi sur les sociétés commerciales (la «Loi»), est dès lors applicable.

A ces fins, il a été convenu ce qui suit:

1.- A la Date Effective, les actifs et passifs de RELOU INTERNATIONAL S.A. seront attribués à COFIBA LUXEMBOURG S.A.

2.- Suite à la Fusion, RELOU INTERNATIONAL S.A. cessera d'exister et ses actions seront annulées.

3.- La Fusion sera en outre soumise aux charges et conditions suivantes:

a) COFIBA LUXEMBOURG S.A. prendra à sa charge le patrimoine cédé par RELOU INTERNATIONAL S.A. dans l'état où il se trouve à la Date Effective,

b) COFIBA LUXEMBOURG S.A. supportera à partir de la Date Effective tous les impôts, taxes, contributions, assurances et autres primes, annuités et royalties, ordinaires ou extraordinaires, qui sont dus ou pourraient être dus en vertu du patrimoine attribué.

c) COFIBA LUXEMBOURG S.A. exécutera toutes les conventions et engagements, de quelque nature que ce soit, de RELOU INTERNATIONAL S.A. telles que ces conventions et engagements se sont présentés à la Date Effective.

d) COFIBA LUXEMBOURG S.A. respectera, plus particulièrement, toutes les conventions conclues avec les fournisseurs et les créanciers de RELOU INTERNATIONAL S.A. et sera subrogée dans tous les droits et obligations y afférents, à ses propres risques et périls.

4.- Du point de vue comptable, la Fusion sera considérée comme étant effective à partir de la Date Effective.

5.- Aucun avantage particulier n'a été octroyé aux membres du Conseil d'Administration ou au Commissaire aux comptes des sociétés.

6.- Les sociétés fusionnantes n'ont pas d'actionnaires ayant des droits spéciaux. De plus aucun titre autre que des actions n'a été émis.

7.- COFIBA LUXEMBOURG S.A. s'occupera de toutes les formalités, y compris les publications prescrites par la loi, qui sont indispensables ou utiles pour la réalisation de la fusion et le transfert et l'attribution de l'actif et du passif de RELOU INTERNATIONAL S.A.

Pour autant que la loi l'exige ou qu'il est considéré comme nécessaire ou utile, des instruments de transfert adéquats seront exécutés par les sociétés fusionnantes pour réaliser le transfert et l'attribution de l'actif et du passif à COFIBA LUXEMBOURG S.A.

8.- Tous les livres et documents sociaux seront conservés au siège social de COFIBA LUXEMBOURG S.A. pour la durée exigée par la loi luxembourgeoise.

9.- COFIBA LUXEMBOURG S.A., société absorbante, est la propriétaire de la totalité des actions de RELOU INTERNATIONAL S.A., la société absorbée, et étant donné que les conditions de l'article 279 de la loi ont été observées, la Fusion ne doit pas être approuvée par l'Assemblée Générale des Actionnaires des sociétés fusionnantes. Par conséquent, la Fusion sera effective un mois après la publication du présent Projet de Fusion au Mémorial C.

Les conditions prévues par l'article 279 sont les suivantes:

- la publication prescrite par l'article 262 doit être faite pour COFIBA LUXEMBOURG S.A. et RELOU INTERNATIONAL S.A. au moins un mois avant que l'opération ne prenne effet entre parties;

- tous les actionnaires de COFIBA LUXEMBOURG S.A., doivent avoir le droit, un mois au moins avant que l'opération ne prenne effet entre parties, de prendre connaissance, au siège social de cette société, des documents indiqués à l'article 267 paragraphe 1 a), b) et c). Il s'agit des documents suivants: le projet de fusion, les comptes annuels ainsi que les rapports de gestion des exercices se terminant les 31 décembre 1997, 1998 et 1999 et un état comptable arrêté à la date du 31 décembre 2000. Chaque actionnaire peut obtenir une copie de ces documents sans frais et sur simple demande;

- un ou plusieurs actionnaires de COFIBA LUXEMBOURG S.A. disposant d'au moins 5 % des actions du capital souscrit ont le droit de requérir pendant le délai prévu ci-dessus la convocation d'une assemblée générale de la société absorbante appelée à se prononcer sur l'approbation de la fusion. L'assemblée doit être convoquée de façon à être tenue dans le mois de la réquisition.

#### *Estimation des frais*

Le montant des frais, dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à COFIBA LUXEMBOURG S.A. ou qui sont mis à sa charge en raison des présentes, s'élève approximativement à la somme de deux cent soixante mille francs luxembourgeois (260.000,- LUF).

Le notaire instrumentant, qui parle et comprend l'anglais, déclare par la présente que sur la demande du comparant, le présent document a été établi en langue anglaise suivi d'une version française. Sur demande de la même personne comparante et en cas de divergences entre la version anglaise et la version française, le texte anglais prévaudra.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite au comparant, connu de Nous, notaire, par ses nom, prénom, état et demeure, il a signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: A. Schmitt, A. Weber.

Enregistré à Capellen, le 1<sup>er</sup> février 2001, vol. 420, fol. 92, case 9. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur* (signé): J. Medinger.

Pour expédition conforme, délivrée à la société à sa demande, sur papier libre, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Bascharage, le 2 février 2001.

A. Weber.

(10684/236/200) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 février 2001.

## **BASKET-BALL CLUB BBC TELSTAR HESPERANGE-HOWALD, Association sans but lucratif.**

Siège social: Hesperange, 18, rue du Couvent.

### STATUTS

#### **Chapitre I<sup>er</sup>.- Dénomination, Siège, Durée**

**Art. 1<sup>er</sup>.** L'association porte la dénomination BASKET BALL CLUB BBC TELSTAR HESPERANGE-HOWALD, Association sans but lucratif. Elle a son siège à Hesperange. Sa durée est illimitée.

#### **Chapitre II.- But et Objet**

**Art. 2.** Elle a pour but de favoriser l'éducation par le développement de l'éducation physique moderne et particulièrement d'organiser et de propager la pratique du jeu de basket-ball. Tout gain matériel dans le chef de ses associés est exclu. Elle s'interdit toute discussion politique ou confessionnelle.

**Art. 3.** Le conseil d'administration peut prendre des mesures utiles à l'adoption d'un nouveau sport à condition d'en soumettre l'adoption définitive à l'assemblée générale annuelle.

**Art. 4.** L'association réalise son objet par la création, la gestion, l'organisation, l'entretien et la direction de toute oeuvre poursuivant le même but. Elle peut prêter tout concours et s'intéresser de toute oeuvre sans but lucratif ayant un objet identique ou analogue au sien. Elle peut acquérir ou louer des meubles ou immeubles de nature à favoriser l'accomplissement de son objet social.

**Art. 5.** Le BBC TELSTAR HESPERANGE-HOWALD est affilié à la Fédération Luxembourgeoise de Basket-Ball (F.L.B.B.).

#### **Chapitre III.- Composition**

**Art. 6.** L'association se compose:

- 1) de membres actifs,
- 2) de membres honoraires,
- 3) de membres protecteurs.

**Art. 7.** Les membres actifs comprennent:

Les membres du conseil d'administration, les joueuses, les joueurs, les arbitres, les officiels du club et les entraîneurs. Les membres actifs participent aux organisations locales, nationales et internationales, sportives ou autres de la fédération et de l'association.

**Art. 8.** Les membres honoraires et protecteurs contribuent à la prospérité de l'association par un appui moral et pécuniaire. Le conseil d'administration fixe les modalités menant à la qualité de membre honoraire.

**Art. 9.** Le titre de membre protecteur peut être conféré par le conseil d'administration aux personnes qui par leur conseil, leur dévouement ou leur générosité ont rendu des services exceptionnels à l'association. Le titre honorifique

de «Président d'honneur» peut être conféré par l'assemblée générale sur proposition du conseil d'administration à une personne exceptionnellement méritante de l'association.

**Art.10.** Le nombre de membres actifs ne peut être inférieur à 3.

#### **Chapitre IV.- Admission, Démission, Radiation, Suspension, Cotisation**

**Art. 11.** Toute personne désirant devenir membre actif devra introduire une demande de licence qui est subordonnée à l'agrément par le conseil d'administration. Pour devenir membre, le candidat doit jouir d'une réputation irréprochable. Toute demande d'admission d'un candidat au-dessous de 18 ans, doit contenir l'assentiment des parents ou tuteurs. La décision du comité d'administration est irrévocable et sans appel.

**Art. 12.** Un candidat devient membre actif avec l'établissement de la licence par les organes de la F.L.B.B.

**Art. 13.** La qualité de membre se perd:

- 1) par démission,
- 2) par radiation,
- 3) par décès.

**Art. 14.** La démission des membres actifs doit être envoyée par lettre au président ou secrétaire du conseil d'administration. Elle ne peut être acceptée que si le membre a liquidé toutes ses dettes contractées auprès de l'association et de la fédération. L'acceptation ou le refus de la démission sont réservés au conseil d'administration.

**Art. 15.** La radiation des membres pourra être prononcée par le conseil d'administration dans les cas suivants:

- 1) pour non-paiement des cotisations et dettes,
- 2) pour infraction grave aux statuts et bonnes moeurs,
- 3) pour agissement contraire aux intérêts du basket-ball et de l'association.

Toutefois elle ne pourra être prononcée qu'après que le conseil d'administration n'ait entendu la défense du membre inculqué.

**Art. 16.** Les membres démissionnaires ou exclus et les ayants droit d'un associé démissionnaire ou défunt n'ont aucun droit à faire valoir sur l'avoir de l'association et ne peuvent prétendre à aucun remboursement des cotisations versées.

**Art. 17.** Les membres actifs pourront être astreints par une décision de l'assemblée générale, à une cotisation annuelle dont le montant est fixé par l'A.G. sur proposition du conseil d'administration.

**Art. 18.** Les membres qui n'ont pas rempli leurs obligations dans un délai fixé par le conseil d'administration peuvent être suspendus par celui-ci. Les obligations remplis, la suspension est levée d'office.

**Art. 19.** L'association est administrée et dirigée par un conseil d'administration.

**Art.20.** Le conseil d'administration se compose de 5 membres au minimum et de 19 au maximum. Le conseil d'administration comprend un président, un ou deux vice-présidents, un secrétaire, un trésorier et des assesseurs. Les membres du conseil d'administration doivent avoir atteint l'âge de 18 ans révolus. Ils sont élus par l'assemblée générale au vote secret pour une durée de deux ans. Si deux ou plusieurs candidats ont obtenus le même nombre de voix, un scrutin de barrage détermine celui ou ceux dont la candidature sera prise en considération. Le conseil d'administration est renouvelé par moitié chaque année. Les membres sortants sont rééligibles.

**Art. 21.** Le conseil d'administration ne peut comprendre que deux membres unis par des liens de parenté directe.

**Art. 22.** Le président, le ou les vice-présidents, le secrétaire et le trésorier sont choisis parmi les membres du conseil d'administration. En cas de plusieurs candidatures pour un poste, un vote secret va déterminer le choix par majorité simple.

**Art. 23.** Au cas ou un des membres du conseil d'administration est démissionnaire au cours de l'exercice, le conseil d'administration peut coopter un nouveau membre qui termine le mandat du membre démissionnaire. Le nouveau membre a tous les droits de membre du conseil d'administration. Si un ou plusieurs sièges restent vacants lors de l'assemblée générale, le conseil d'administration peut agir de la même façon.

**Art. 24.** Les fonctions du conseil d'administration sont:

- 1) l'administration générale et la gérance des fonds de l'association,
- 2) les pourparlers avec la F.L.B.B. et les autorités,
- 3) l'admission, la démission, la radiation et la suspension des membres,
- 4) l'organisation de toutes les rencontres sportives et extrasportives,
- 5) les relations publicitaires,
- 6) la distribution des récompenses,
- 7) les décisions sur toutes les questions se rapportant aux statuts de l'association,
- 8) l'exécution des décisions prises par l'assemblée générale.

**Art. 25.** Le président préside et dirige les travaux du conseil d'administration et des assemblées générales. Il signe conjointement avec le secrétaire ou le trésorier tous les documents et toutes les lettres engageant la responsabilité morale et financière de l'association. Il représente l'association officiellement dans ses rapports avec les autorités. En cas d'absence il est remplacé par un vice-président.

**Art. 26.** Les décisions du conseil d'administration sont prises à la majorité des voix présentes. En cas de partage des voix, la voix du président est prépondérante. Le conseil d'administration est en nombre si la majorité de ses membres est présente. Le rapport des séances du conseil d'administration sera établi par un des membres présents.

**Art. 27.** La gestion matérielle des affaires de l'association est assurée par le secrétaire et le trésorier, le secrétaire est chargé de la correspondance générale. Le trésorier assure la gestion financière du club. Il s'occupe de tous les encaissements et fait les paiements de toutes les dépenses ordonnées par le conseil d'administration.

**Art. 28.** L'année comptable se termine le 31 mai.

**Art. 29.** La gestion financière du trésorier est contrôlée par deux vérificateurs des comptes qui sont nommés annuellement par l'assemblée générale. Ils ne peuvent pas être membre du conseil d'administration. Le bilan leur devra être remis en temps utile, et leur rapport devra être présenté lors de l'assemblée générale.

**Art. 30.** Le conseil d'administration peut s'adjoindre des commissions qui restent soumises à son contrôle.

**Art. 31.** Les membres du conseil d'administration absents trois fois consécutivement sans excuse justifiée aux séances peuvent être suspendus de leurs fonctions. Pour une telle décision, la majorité absolue des voix du conseil d'administration est requise.

**Art. 32.** Le conseil d'administration veille à la discipline de ses membres et peut prendre les mesures adéquates.

**Art. 33.** Le conseil d'administration se réunit sur la convocation du président ou du secrétaire aussi souvent que l'exige l'intérêt de l'association. Il est convoqué également sur la demande écrite d'un tiers de ses membres.

**Art. 34.** Les membres du conseil d'administration ne contractent aucune obligation personnelle relativement aux engagements de l'association. Leur responsabilité se limite à l'exécution du mandat qu'ils ont reçu et aux fautes commises dans leur gestion.

**Art. 35.** Les ressources annuelles de l'association se composent:

- 1) des cotisations annuelles,
- 2) des recettes des rencontres organisées par l'association,
- 3) des dons et subventions,
- 4) des intérêts produits par les fonds,
- 5) de la publicité faite par le club et ses équipes,
- 6) des recettes des organisations extrasportives.

#### **Chapitre V.- Assemblée générale**

**Art. 36.** L'assemblée générale annuelle se tient avant le 15 juillet. Elle est convoquée par le conseil d'administration.

**Art. 37.** Tout membre actif majeur peut voter aux assemblées générales. Ceux qui n'ont pas atteint l'âge de 18 ans ainsi que les membres honoraires et les membres protecteurs ont le droit d'assister aux assemblées générales, avec voix consultative.

**Art. 38.** L'assemblée générale est en nombre si la majorité des membres ayant droit de vote est présente. Si la majorité n'est pas présente à la première réunion, une deuxième assemblée générale peut valablement délibérer quel que soit le nombre de membres présents.

**Art. 39.** La date, l'heure et l'endroit de l'assemblée générale ainsi que l'ordre du jour détaillé sont portés à la connaissance des intéressés au moins huit jours d'avance.

**Art. 40.** Les décisions de l'assemblée générale sont souveraines. Elles sont prises à la majorité absolue des membres présents et au vote secret si la demande en est faite par au moins dix membres présents.

**Art. 41.** Les décisions de l'assemblée générale les modifications et ajouts aux statuts de l'association sont portés à la connaissance des membres dans le mois qui suit l'assemblée générale.

**Art. 42.** Le conseil d'administration fixe conformément aux stipulations de l'article 20 des présents statuts, le nombre exact des membres du conseil d'administration à élire. Il fixe également les modalités de réception des candidatures.

**Art. 43.** Sont portées à l'ordre du jour toutes les questions et propositions adressées au conseil d'administration comme n'étant pas contraire aux intérêts de l'association.

**Art. 44.** L'ordre du jour de l'assemblée générale comprend:

- 1) allocution du président,
- 2) rapport du secrétaire sur l'activité de l'exercice écoulé,
- 3) rapport du trésorier sur l'exercice financier écoulé,
- 4) rapport des vérificateurs des comptes,
- 5) approbation du bilan,
- 6) élections,
- 7) modifications aux statuts,
- 8) divers.

Cette liste peut être complétée par le conseil d'administration.

**Art. 45.** Toute discussion sur des objets étrangers au but de l'association est interdite.

**Art. 46.** Le conseil d'administration a le droit de convoquer des assemblées générales extraordinaires. Il est tenu de le faire si un cinquième des membres ayant droit de vote en fait la demande, dans ce cas l'assemblée doit se faire dans le mois qui suit la demande. Les modalités de convocation et de délibération des assemblées générales extraordinaires sont les mêmes que pour les assemblées générales annuelles.

### Chapitre VI.- Modifications aux statuts

**Art. 47.** Aucune modification ne peut être apportée aux présents statuts qu'à l'assemblée générale annuelle et aux deux tiers des suffrages exprimés. L'assemblée générale doit réunir les deux tiers des membres ayant droit au vote. Si les deux tiers ne sont pas réunis à la première réunion, une deuxième assemblée générale pourra valablement délibérer quel que soit le nombre de membres présents.

### Chapitre VII.- Dissolution

**Art. 48.** La dissolution de l'association ne peut être prononcée qu'en assemblée générale, spécialement convoquée à cette fin. La délibération est soumise aux réglementations décrites à l'Article 47. La dissolution ne sera admise que si elle est votée à la majorité des deux tiers des membres présents. En cas de dissolution, l'avoir de la société est réalisé et le solde créditeur est versé à l'Office Social de la Commune de Hesperange.

### Chapitre VIII.- Dispositions diverses

**Art. 49.** L'association décline toute responsabilité au sujet des accidents qui pourront se produire dans les épreuves, réunions et manifestations organisées par elle, par ses membres ou son patronage.

**Art. 50.** Tous les cas non prévus par les présents statuts sont tranchés par le conseil d'administration.

*Le Conseil d'administration:*

Pleimling Henri, 21, rue de Roeser, L-5865 Alzingen, Président,  
 Engel Alexis, 18, rue du Couvent, L-1363 Howald, Vice-Président,  
 Engel Robert, 26, rue Fernand Huart, L-1739 Luxembourg, Trésorier,  
 Wirtz Claude, 231, rue des Romains, L-8041 Bertrange, Secrétaire,  
 Longo Antonio, 22, rue de la Paix, L-2312 Luxembourg, Membre,  
 Minden Claude, 16, rue de Kockelscheuer, L-5853 Fentange, Membre,  
 Schockweiler Manou, 27, rue Jean Wolter, L-5892 Alzingen, Membre.  
 Enregistré à Luxembourg, le 29 août 2000, vol. 541, fol. 44, case 12. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur (signé): J. Muller.*

(49692/000/197) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 septembre 2000.

## VILLAGES DU MONDE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2519 Luxembourg, 9, rue Schiller.

### STATUTS

L'an deux mille, le neuf août.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Hesperange.

Ont comparu:

1. LUXEMBOURG CORPORATION COMPANY S.A., ayant son siège social à Luxembourg, ici représentée par Madame Christelle Ferry, juriste, demeurant à Luxembourg et Mademoiselle Céline Bertolone, employée privée, demeurant à Hayange (France), agissant conjointement en leurs qualités respectives de fondés de pouvoir A et B.

2. T.C.G. GESTION S.A., ayant son siège social à Luxembourg, ici représentée par Madame Christelle Ferry, prénommée, et Mademoiselle Céline Bertolone, prénommée, agissant conjointement et en leurs qualités respectives de fondés de pouvoir A et B.

Lesquelles comparantes, ès qualités qu'elles agissent ont requis le notaire instrumentant de dresser l'acte constitutif d'une société anonyme qu'elles déclarent constituer entre elles et dont elles ont arrêté les statuts comme suit :

#### Titre I<sup>er</sup>. Dénomination, Siège social, Objet, Durée

**Art. 1<sup>er</sup>.** Il est formé une société anonyme sous la dénomination de VILLAGES DU MONDE S.A.

**Art. 2.** Le siège de la société est établi à Luxembourg.

Il pourra être transféré à tout autre lieu de la commune par simple décision du conseil d'administration.

Au cas où des événements extraordinaires d'ordre politique ou économique, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger, se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales.

Une telle décision n'aura pas d'effet sur la nationalité de la société. La déclaration de transfert du siège sera faite et portée à la connaissance des tiers par l'organe de la société qui se trouvera le mieux placé à cet effet dans les circonstances données.

**Art. 3.** La société est constituée pour une durée illimitée.

**Art. 4.** La société pourra accomplir toutes opérations commerciales, industrielles ou financières, ainsi que tous transferts de propriété immobiliers ou mobiliers.

La société a en outre pour objet toutes les opérations se rapportant directement ou indirectement à la prise de participations sous quelque forme que ce soit, dans toute entreprise, ainsi que l'administration, la gestion, le contrôle et le développement de ces participations.

Elle pourra notamment employer ses fonds à la création, à la gestion, à la mise en valeur et à la liquidation d'un portefeuille se composant de tous titres et brevets de toute origine, participer à la création, au développement et au con-

trôle de toute entreprise, acquérir par voie d'apport, de souscription, de prise ferme ou d'option d'achat et de toute autre manière, tous titres et brevets, les réaliser par voie de vente, de cession, d'échange ou autrement, faire mettre en valeur ces affaires et brevets, accorder aux sociétés auxquelles elle s'intéresse tous concours, prêts, avances ou garanties.

## **Titre II. Capital, Actions**

**Art. 5.** Le capital social est fixé à trente-trois mille Euro (33.000,- EUR), représenté par trente-trois (33) actions d'une valeur nominale de mille Euro (1.000,- EUR) chacune.

Les actions de la société peuvent être créées au choix du propriétaire en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

Les titres peuvent aussi être nominatifs ou au porteur, au gré de l'actionnaire.

La société peut procéder au rachat de ses propres actions, sous les conditions prévues par la loi.

## **Titre III. Administration**

**Art. 6.** La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, associés ou non, nommés pour un terme qui ne peut excéder six années, par l'assemblée générale des actionnaires. Ils peuvent être réélus et révoqués à tout moment par l'assemblée générale.

Le nombre des administrateurs et la durée de leur mandat sont fixés par l'assemblée générale de la société.

En cas de vacance au sein du conseil d'administration, les administrateurs restants ont le droit provisoirement d'y pourvoir, et la décision prise sera ratifiée à la prochaine assemblée.

**Art. 7.** Le conseil d'administration choisit parmi ses membres un président.

Le conseil d'administration se réunit sur la convocation du président ou sur la demande de deux administrateurs.

Le conseil d'administration ne peut valablement délibérer et statuer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, une procuration entre administrateurs étant permise, laquelle procuration peut être donnée par lettre, télégramme, télex ou fax.

En cas d'urgence, les administrateurs peuvent voter par lettre, télégramme, telex ou fax.

Les résolutions sont prises à la majorité des voix.

En cas de partage, le président a une voix prépondérante.

**Art. 8.** Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour faire tous actes d'administration et de disposition qui rentrent dans l'objet social conformément à l'article 4 ci-dessus.

Il a dans sa compétence tous les actes qui ne sont pas réservés expressément par la loi et les statuts à l'assemblée générale.

Le conseil d'administration est autorisé à verser des acomptes sur dividendes, aux conditions prévues par la loi.

**Art. 9.** La société est engagée en toutes circonstances par la signature conjointe de deux administrateurs, ou par la signature d'un administrateur-délégué, sans préjudice des décisions à prendre quant à la signature sociale en cas de délégation de pouvoirs et mandats conférés par le conseil d'administration en vertu de l'article 10 des statuts.

**Art. 10.** Le conseil d'administration peut déléguer la gestion journalière de la société à un ou plusieurs administrateurs qui prendront la dénomination d'administrateur-délégués.

Le conseil d'administration peut aussi confier la direction de l'ensemble ou de telle partie ou branche spéciale des affaires sociales à un ou plusieurs directeurs, et donner des pouvoirs spéciaux pour des affaires déterminées à un ou plusieurs fondés de pouvoir. Le fondé de pouvoir ou le directeur ne doit pas être nécessairement un administrateur ou un actionnaire.

La délégation à un membre du conseil d'administration est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

**Art. 11.** Les actions judiciaires, tant en demandant qu'en défendant, sont suivies au nom de la société par le conseil d'administration, poursuites et diligences de son président ou d'un administrateur délégué à ces fins.

## **Titre IV. Surveillance**

**Art. 12.** La société est surveillée par un ou plusieurs commissaires nommés par l'assemblée générale, qui fixe leur nombre et leur rémunération, ainsi que la durée de leur mandat, qui ne peut excéder six années.

Ils peuvent être réélus ou révoqués à tout moment.

## **Titre V. Assemblée générale**

**Art. 13.** L'assemblée générale annuelle se réunit dans la commune du siège social, à l'endroit indiqué dans les convocations, le deuxième vendredi du mois d'avril à 11.00 heures et pour la première fois en 2002.

Si ce jour est un jour férié légal, l'assemblée générale a lieu le premier jour ouvrable suivant.

Si tous les actionnaires sont présents ou représentés et s'ils déclarent qu'ils ont eu connaissance de l'ordre du jour, l'assemblée générale peut avoir lieu sans convocation préalable.

Chaque action donne droit à une voix.

## **Titre VI. Année sociale, répartition des bénéfices**

**Art. 14.** L'année sociale commence le 1<sup>er</sup> janvier et finit le 31 décembre de chaque année.

Exceptionnellement, le premier exercice social comprendra tout le temps à courir de la constitution de la société jusqu'au 31 décembre 2001.

**Art. 15.** L'excédent favorable du bilan, déduction faite des charges sociales et des amortissements, forme le bénéfice net de la société. Sur ce bénéfice, il est prélevé cinq pour cent (5 %) pour la formation du fonds de réserve légale; ce

prélèvement cessera d'être obligatoire lorsque la réserve atteindra le dixième du capital social, mais devra toutefois être repris jusqu'à entière reconstitution, si à un moment donné et pour quelque cause que ce soit, le fonds de réserve a été entamé.

Le solde est à la disposition de l'assemblée générale.

#### **Titre VII. Dissolution, liquidation**

**Art. 16.** La société peut être dissoute par décision de l'assemblée générale.

Lors de la dissolution de la société, la liquidation s'effectuera par les soins d'un ou de plusieurs liquidateurs, nommés par l'assemblée générale qui détermine leurs pouvoirs et leurs émoluments.

#### **Titre VIII. Dispositions générales**

**Art. 17.** Pour tous les points non spécifiés dans les présents statuts, les parties se réfèrent et se soumettent aux dispositions de la loi luxembourgeoise du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et de ses lois modificatives.

##### *Souscription, libération*

Les actions ont été souscrites comme suit:

1. LUXEMBOURG CORPORATION COMPANY S.A., préqualifiée, vingt-deux actions. . . . .	22
2. T.C.G. GESTION S.A., préqualifiée, onze actions . . . . .	11
Total: trentre-trois actions . . . . .	33

Ces actions ont été libérées intégralement par des versements en espèces, de sorte que la somme de trente-trois mille Euros (33.000,- EUR) se trouve dès à présent à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant qui le constate expressément.

##### *Constatation*

Le notaire instrumentant a constaté que les conditions exigées par l'article 26 nouveau de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales ont été accomplies.

##### *Frais*

Pour les besoins de l'enregistrement, le capital social est évalué à un million trois cent trente et un mille deux cent dix-sept francs luxembourgeois (1.331.217,- LUF).

Les parties ont évalué le montant des frais, dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, à environ soixante-quinze mille francs luxembourgeois (75.000,- LUF).

##### *Assemblée générale extraordinaire*

Les comparants préqualifiés, représentant la totalité du capital souscrit et se considérant comme dûment convoqués, se sont ensuite constitués en assemblée générale extraordinaire.

Après avoir constaté que la présente assemblée est régulièrement constituée, ils ont pris, à l'unanimité des voix, les résolutions suivantes:

1. Le nombre des administrateurs est fixé à trois et celui des commissaires à un.
2. Sont appelées aux fonctions d'administrateur, leur mandat expirant lors de l'assemblée générale de l'année 2006:
  - a) LUXEMBOURG MANAGEMENT COMPANY LIMITED, ayant son siège social à Tortola, BVI,
  - b) LUXEMBOURG CORPORATION COMPANY S.A., préqualifiée,
  - c) T.C.G. GESTION S.A., préqualifiée.
3. Est appelée aux fonctions de commissaire, son mandat expirant lors de l'assemblée générale de l'année 2006: C.A.S. SERVICES S.A., ayant son siège social à Luxembourg.
4. Le siège social de la société est fixé à L-2519 Luxembourg, 9, rue Schiller.
5. Le conseil d'administration est autorisé à déléguer ses pouvoirs de gestion journalière ainsi que la représentation de la société concernant cette gestion à LUXEMBOURG CORPORATION COMPANY S.A., préqualifiée.

##### *Réunion du conseil d'administration*

Ensuite les membres du conseil d'administration, tous présents ou représentés, et acceptant leur nomination, ont désigné à l'unanimité en conformité avec les pouvoirs leur conférés par les actionnaires LUXEMBOURG CORPORATION COMPANY S.A., préqualifiée, comme administrateur-délégué pour engager la société par sa seule signature pour les matières de gestion journalière.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ceux-ci ont signé le présent acte avec le notaire.

Signé: C. Ferry, C. Bertolone, G. Lecuit.

Enregistré à Luxembourg, le 18 août 2000, vol. 6CS, fol. 30, case 11. – Reçu 13.312 francs.

Le Receveur ff. (signé): T. Kirsch.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 12 septembre 2000.

G. Lecuit.

(49688/220/167) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 septembre 2000.

**DB SYSTEMS S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-8077 Bertrange, 259, rue de Luxembourg.

## STATUTS

L'an deux mille, le onze août.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Hesperange.

Ont comparu:

1. Monsieur Alain Lesquoy, ingénieur, demeurant à B-6860 Thibessart, 43B, rue du Beaulieu.
2. Madame Marie-Jeanne Arensdorf, sans état, demeurant à L-1130 Luxembourg, 43, rue d'Anvers.
3. Monsieur Philippe Bernard, administrateur de sociétés, demeurant à B-6700 Fouches, 2, rue de Hachy.

Lesquels comparants ont requis le notaire instrumentant de dresser l'acte constitutif d'une société anonyme qu'ils déclarent constituer entre eux et dont ils ont arrêté les statuts comme suit:

**Titre I<sup>er</sup>. - Dénomination, siège social, objet, durée**

**Art. 1<sup>er</sup>.** Il est formé une société anonyme sous la dénomination de DB SYSTEMES S.A.

**Art. 2.** Le siège de la société est établi à Bertrange.

Il pourra être transféré dans tout autre lieu de la commune par simple décision du conseil d'administration.

Au cas où des événements extraordinaires d'ordre politique ou économique, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger, se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales.

Une telle décision n'aura pas d'effet sur la nationalité de la société. La déclaration de transfert du siège sera faite et portée à la connaissance des tiers par l'organe de la société qui se trouvera le mieux placé à cet effet dans les circonstances données.

**Art. 3.** La société est constituée pour une durée illimitée.

**Art. 4.** La société a pour objet l'achat, la vente et la mise en oeuvre d'éléments préfabriqués en bois et en matières synthétiques pour l'industrie du bâtiment.

D'une façon générale, la société peut effectuer toutes opérations commerciales, artisanales, industrielles et financières, de nature mobilière ou immobilière, susceptibles de promouvoir l'accomplissement ou le développement de son objet social.

**Titre II. - Capital, actions**

**Art. 5.** Le capital social est fixé à trente et un mille Euros (31.000,- EUR), représenté par cent (100) actions d'une valeur nominale de trois cent dix Euros (310,- EUR) chacune.

Les actions de la société peuvent être créées au choix du propriétaire en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

Les titres peuvent aussi être nominatifs ou au porteur, au gré de l'actionnaire.

La société peut procéder au rachat de ses propres actions, sous les conditions prévues par la loi.

Le capital souscrit pourra être augmenté ou réduit dans les conditions légales requises.

**Titre III. - Administration**

**Art. 6.** La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non, nommés pour un terme qui ne peut excéder six années, par l'assemblée générale des actionnaires, et toujours révocables par elle.

Le nombre des administrateurs ainsi que leur rémunération et la durée de leur mandat sont fixés par l'assemblée générale de la société.

**Art. 7.** Le conseil d'administration choisit parmi ses membres un président.

Le conseil d'administration se réunit sur la convocation du président, aussi souvent que l'intérêt de la société l'exige. Il doit être convoqué chaque fois que deux administrateurs le demandent.

**Art. 8.** Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour faire tous actes d'administration et de disposition qui rentrent dans l'objet social. Il a dans sa compétence tous les actes qui ne sont pas réservés expressément par la loi et les statuts à l'assemblée générale. Il est autorisé à verser des acomptes sur dividendes, aux conditions prévues par la loi.

**Art. 9.** La société est engagée en toutes circonstances par la signature conjointe de deux administrateurs, ou par la signature d'un administrateur-délégué, sans préjudice des décisions à prendre quant à la signature sociale en cas de délégation de pouvoirs et mandats conférés par le conseil d'administration en vertu de l'article 10 des statuts.

**Art. 10.** Le conseil d'administration peut déléguer la gestion journalière de la société à un ou plusieurs administrateurs qui prendront la dénomination d'administrateurs-délégués.

Il peut aussi confier la direction de l'ensemble ou de telle partie ou branche spéciale des affaires sociales à un ou plusieurs directeurs, et donner des pouvoirs spéciaux pour des affaires déterminées à un ou plusieurs fondés de pouvoir, choisis en ou hors de son sein, associés ou non.

**Art. 11.** Les actions judiciaires, tant en demandant qu'en défendant, sont suivies au nom de la société par le conseil d'administration, poursuites et diligences de son président ou d'un administrateur délégué à ces fins.



#### **Titre IV. - Surveillance**

**Art. 12.** La société est surveillée par un ou plusieurs commissaires nommés par l'assemblée générale, qui fixe leur nombre et leur rémunération, ainsi que la durée de leur mandat, qui ne peut excéder six années.

#### **Titre V. - Assemblée générale**

**Art. 13.** L'assemblée générale annuelle se réunit dans la commune du siège social, à l'endroit indiqué dans les convocations, le premier mardi du mois de juin à 11.00 heures et pour la première fois en 2002.

Si ce jour est un jour férié légal, l'assemblée générale a lieu le premier jour ouvrable suivant.

#### **Titre VI. - Année sociale, répartition des bénéfices**

**Art. 14.** L'année sociale commence le 1<sup>er</sup> janvier et finit le 31 décembre de chaque année.

Exceptionnellement, le premier exercice social comprendra tout le temps à courir de la constitution de la société jusqu'au 31 décembre 2001.

**Art. 15.** L'excédent favorable du bilan, déduction faite des charges sociales et des amortissements, forme le bénéfice net de la société. Sur ce bénéfice, il est prélevé cinq pour cent (5 %) pour la formation du fonds de réserve légale; ce prélèvement cessera d'être obligatoire lorsque la réserve atteindra le dixième du capital social, mais devra toutefois être repris jusqu'à entière reconstitution, si à un moment donné et pour quelque cause que ce soit, le fonds de réserve a été entamé.

Le solde est à la disposition de l'assemblée générale.

#### **Titre VII. - Dissolution, liquidation**

**Art. 16.** La société peut être dissoute par décision de l'assemblée générale.

Lors de la dissolution de la société, la liquidation s'effectuera par les soins d'un ou de plusieurs liquidateurs, personnes physiques ou morales, nommés par l'assemblée générale qui détermine leurs pouvoirs et leurs émoluments.

#### **Titre VIII. - Dispositions générales**

**Art. 17.** Pour tous les points non spécifiés dans les présents statuts, les parties se réfèrent et se soumettent aux dispositions de la loi luxembourgeoise du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et de ses lois modificatives.

##### *Souscription*

Les statuts de la société ayant été ainsi arrêtés, les comparants déclarent souscrire le capital comme suit:

1. Monsieur Alain Lesquoy, prénommé, soixante actions . . . . .	60
2. Madame Marie-Jeanne Arensdorf, prénommée, vingt actions . . . . .	20
3. Monsieur Philippe Bernard, prénommé, vingt actions . . . . .	20
Total: cents actions . . . . .	100

Les actions ont été libérées à concurrence de 50 %, de sorte que la somme de quinze mille cinq cents Euros (15.500,- EUR) se trouve dès à présent à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire.

##### *Constatation*

Le notaire instrumentant a constaté que les conditions exigées par l'article 26 nouveau de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales ont été accomplies.

##### *Evaluation des frais*

Pour les besoins de l'enregistrement, le capital social est évalué à un million deux cent cinquante mille cinq cent trente-sept francs luxembourgeois (1.250.537,- LUF).

Les parties ont évalué le montant des frais, dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, à environ cinquante mille francs luxembourgeois (50.000,- LUF).

##### *Assemblée générale extraordinaire*

Les comparants préqualifiés, représentant la totalité du capital souscrit et se considérant comme dûment convoqués, se sont ensuite constitués en assemblée générale extraordinaire.

Après avoir constaté que la présente assemblée est régulièrement constituée, ils ont pris, à l'unanimité des voix, les résolutions suivantes:

1. Le nombre des administrateurs est fixé à trois et celui des commissaires à un.

2. Sont nommés administrateurs:

a) Monsieur Alain Lesquoy, prénommé,

b) Madame Marie-Jeanne Arensdorf, prénommée,

c) Madame Anne-Marie Lesquoy-Lecomte, administrateur de sociétés, demeurant à B-6860 Thibessart, 43B, rue du Beaulieu.

3. Est appelée aux fonctions de commissaire aux comptes:

Madame Denise Guiot-Willmet, expert-comptable, demeurant à L-8287 Kehlen, Zone Industrielle.

4. Le mandat des administrateurs et du commissaire ainsi nommés prendra fin à l'issue de l'assemblée générale ordinaire statutaire de l'année 2006.

5. Le siège social de la société est fixé à L-8077 Bertrange, 259, rue de Luxembourg.

6. Le conseil d'administration est autorisé à déléguer ses pouvoirs de gestion journalière ainsi que la représentation de la société concernant cette gestion à un ou plusieurs de ses membres.

*Réunion du conseil d'administration*

Ensuite les membres du conseil d'administration, tous présents ou représentés, et acceptant leur nomination, ont désigné à l'unanimité, en conformité avec les pouvoirs leur conférés par les actionnaires, Monsieur Alain Lesquoy, pré-nommé, comme administrateur-délégué.

Dont acte, fait et passé à Hesperange, en l'étude du notaire instrumentant, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ceux-ci ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: A. Lesquoy, M.-J. Arensdorf, P. Bernard, G. Lecuit.

Enregistré à Luxembourg, le 18 août 2000, vol. 6CS, fol. 32, case 1. – Reçu 12.505 francs.

Le Receveur (signé): T. Kirsch.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 12 septembre 2000.

G. Lecuit.

(49670/220/147) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 septembre 2000.

**ANPREFIN HOLDING S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-2419 Luxembourg, 7, rue du Fort Rheinsheim.

R.C. Luxembourg B 34.184.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

**l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE**

qui se tiendra le 6 mars 2001 à 10.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

*Ordre du jour:*

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation des bilan et compte de pertes et profits et affectation des résultats au 31 décembre 2000.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes.
4. Divers

Comme la première assemblée générale ordinaire, convoquée pour le 8 février 2001 avec le même ordre du jour, n'a pu délibérer valablement sur les points figurant à l'ordre du jour, cette deuxième assemblée prendra les décisions à la majorité des actions présentes ou représentées.

(00167/000/18)

*Le Conseil d'Administration.*

**NOMURA FUNDS-ACBUT.**

GLOBAL FUNDS MANAGEMENT S.A., acting as management company (the «Management Company») to NOMURA FUNDS, has decided on 19th February, 2001 to liquidate NOMURA FUNDS - ACBUT, a sub-fund of NOMURA FUNDS, because of a continuous reduction of its size.

The issue, conversion and redemption of shares in NOMURA FUNDS - ACBUT has been suspended as from such date.

The Management Company will proceed to the liquidation of NOMURA FUNDS - ACBUT in accordance with Luxembourg laws and regulations.

It is intended that the liquidation proceeds shall be paid to the shareholders in proportion to the number of shares held by each of them, to the extent possible by April 2001.

A further notice will be published upon the closure of the liquidation.

(00454/755/13)

*The Board of Directors of GLOBAL FUNDS MANAGEMENT S.A.*

**EUCALYPTUS S.A., Société Anonyme Holding.**

Siège social: L-1150 Luxembourg, 287, route d'Arlon.

R. C. Luxembourg B 54.769.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

**l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE**

qui aura lieu le 13 mars 2001 à 10.30 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

*Ordre du jour:*

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du commissaire.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2000.
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire.
4. Nomination des administrateurs et du commissaire.
5. Divers.

I (00023/660/16)

*Pour le Conseil d'Administration.*

**COFICAP. S.A., Société Anonyme.**

Siège social: Luxembourg, 8, boulevard Joseph II.  
R. C. Luxembourg B 37.625.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

## l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

des actionnaires, qui se tiendra au siège social à Luxembourg, 8, boulevard Joseph II, le 19 mars 2001 à 11.00 heures, pour délibérer l'ordre du jour suivant:

*Ordre du jour:*

1. Approbation du Rapport du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes concernant l'année financière se terminant au 31 décembre 2000;
2. Approbation des bilans concernant l'année mentionnée ci-dessus et affectation des résultats;
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire;
4. Divers.

I (00231/000/17)

Le Conseil d'administration.

---

**CO.FI.TE. S.A., Société Anonyme.**

Siège social: Luxembourg, 8, boulevard Joseph II.  
R. C. Luxembourg B 56.976.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

## l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

des actionnaires, qui se tiendra au siège social à Luxembourg, 8, boulevard Joseph II, le 19 mars 2001 à 11.00 heures, pour délibérer l'ordre du jour suivant:

*Ordre du jour:*

1. Approbation du Rapport du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes concernant l'année financière se terminant au 31 décembre 2000;
2. Approbation des bilans concernant l'année mentionnée ci-dessus et affectation des résultats;
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire;
4. Divers.

I (00232/000/17)

Le Conseil d'administration.

---

**KOWAC S.A., Société Anonyme.**

Siège social: Luxembourg, 16A, boulevard de la Foire.  
R. C. Luxembourg B 63.592.

Mesdames et Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

## l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le lundi 5 mars 2001 à 11.00 heures à Luxembourg, 16A, boulevard de la Foire, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

*Ordre du jour:*

1. Présentation des rapports du conseil d'administration et du commissaire.
2. Discussion et approbation des comptes annuels au 31 décembre 2000.
3. Vote sur la décharge des administrateurs et du commissaire.
4. Affectation du résultat.
5. Vote conformément à l'article 100 de la loi sur les sociétés commerciales.
6. Divers.

Tout actionnaire désirant être présent ou représenté à l'assemblée générale devra en aviser la société au moins cinq jours francs avant l'assemblée.

Aucun quorum n'est requis pour la tenue de cette assemblée. Les décisions de l'assemblée seront prises à la majorité simple des actionnaires présents ou représentés et votants.

I (00362/255/22)

Le conseil d'administration.

---

**TELTECH GROUP S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch.  
R. C. Luxembourg B 66.102.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

## l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

reportée qui aura lieu le 9 mars 2001 à 10.00 heures à Luxembourg, 400, route d'Esch, avec l'ordre du jour suivant:

*Ordre du jour:*

1. Presentation and approval of the report of the Statutory Auditor for the period from August 21, 1998 (date of incorporation) to December, 31, 1999.
2. Presentation and approval of the annual accounts for the accounting period from August 21, 1998 (date of incorporation) to December 31, 1999.
3. Allocation of result.
4. Discharge of Board of Directors and Statutory Auditor for the period from August 21, 1998 (date of incorporation) to December 31, 1999.
5. Statutory elections.
6. Miscellaneous.

I (00448/581/19)

*Le Conseil d'Administration.***SCHLÜSSEL S.A., Société Anonyme.**

Siège social: Luxembourg, 18, rue de l'Eau.  
R. C. Luxembourg B 65.959.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

**l'ASSEMBLEE GENERALE ANNUELLE**

qui se tiendra le vendredi 9 mars 2001 à 9.00 heures à Luxembourg, 18, rue de l'Eau (2<sup>ème</sup> étage) avec l'ordre du jour suivant:

*Ordre du jour:*

1. Rapports de gestion du conseil d'administration et du commissaire aux comptes;
2. Approbation des bilans et comptes de profits et pertes au 31.12.1998 et au 31.12.1999 et affectation des résultats;
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes;
4. Divers.

Pour participer à ladite assemblée, les actionnaires déposeront leurs actions, respectivement le certificat de dépôt au bureau de l'assemblée générale, cinq jours francs avant la date de l'assemblée générale.

I (00455/693/18)

*Le Conseil d'Administration.***THE FIRST KOREA SMALLER COMPANIES FUND, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Registered office: L-1637 Luxembourg, 13, rue Goethe.  
R. C. Luxembourg B 38.652.

Notice is hereby given that an

**EXTRAORDINARY GENERAL MEETING**

of shareholders of THE FIRST KOREA SMALLER COMPANIES FUND (the «Fund») will be held at the registered office 13, rue Goethe, L-1637 Luxembourg on 23rd March 2001 at 10.00 a.m. with the following agenda:

*Agenda:*

1. To resolve on the liquidation of the Fund.
2. To appoint COMPAGNIE FIDUCIAIRE, represented by Mr Guy Hornick, as liquidator and to determine its powers and remuneration.

Shareholders are advised that the extraordinary general meeting convened for the 15th February, 2001 has been adjourned as a result of the lack of quorum. Thus there shall be no quorum required at this meeting, but the passing of resolution n° 1 will require the consent of two thirds of the shares represented at the meeting. The passing of resolution n° 2 only requires the consent of a simple majority of the shares represented at the meeting.

Shareholders may vote in person or by proxy.

Proxy forms are available upon request at the registered office of the Fund and should be returned duly completed to the registered office of the Fund. To be valid proxies should be received by BANK OF BERMUDA (LUXEMBOURG) S.A., 13, rue Goethe, L-1637 Luxembourg, 48 hours prior to the meeting.

Shareholders who have already completed their proxy form for the first meeting are not required to send a further proxy form for the reconvened meeting unless they wish to revoke their original proxy.

I (00477/041/25)

*The Board of Directors.***RAMAL HOLDING S.A., Société Anonyme.**

Registered office: L-1724 Luxembourg, 3, boulevard du Prince Henri.  
R. C. Luxembourg B 53.733.

The board of directors of RAMAL HOLDING S.A. herewith convenes for a

**GENERAL MEETING**

of the shareholders of RAMAL HOLDING S.A. to be held on 7th March 2001 at the registered office at 3, boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg, at 10.00 a.m. with the following

## Agenda:

1. Convening notice and validly deliberation.
2. Dismissal of the members of the board of directors.
3. To appoint a new board of directors.
4. Miscellaneous.

I (00485/755/15)

**BREF, Société Anonyme Holding.**

Siège social: L-2314 Luxembourg, 2A, Place de Paris.  
R.C. Luxembourg B 66.514.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

## l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

de la société qui aura lieu le mercredi 7 mars 2001 à 11.30 heures au siège de la société, avec l'ordre du jour suivant:

## Ordre du jour:

1. dissolution de la société,
2. nomination d'un liquidateur et fixation de sa rémunération,
3. divers.

II (00198/268/13)

Le Conseil d'administration.

**MEXICAN INVESTMENT COMPANY, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Registered office: L-1724 Luxembourg, 33, boulevard du Prince Henri.  
R. C. Luxembourg B 31.888.

A first extraordinary general meeting of the shareholders of MEXICAN INVESTMENT COMPANY (the «Fund») held on February 1, 2001 could not deliberate validly on the items of the agenda for lack of quorum and thus had to be reconvened to be held in Luxembourg on March 7, 2001 at the registered office of the Fund at 10.45 a.m. with the following agenda:

## Agenda:

1. to approve the proposed merger as set forth in the Merger Proposals;
2. to fix the effective date (hereafter the «Effective Date») of the merger, as defined in the Merger Proposal after close of business on February 1, 2001 or such other date as may be determined at the meeting upon suggestion of the chairman of the meeting being not later than three weeks after such meeting.  
The merger being conditional upon the decision of the shareholders of GLOBAL EMERGING MARKETS INVESTMENT COMPANY (hereinafter referred to «GEM») to approve the amendment of the articles of incorporation of GEM in order to:
  - (i) transform GEM into an umbrella fund comprising one or more portfolios of assets (each a «portfolio»);
  - (ii) change the name from presently GLOBAL EMERGING MARKETS INVESTMENT COMPANY into F&C EMERGING MARKETS UMBRELLA FUND;
3. to approve that, on the Effective Date, the assets and liabilities of the Fund be merged into GEM, in the manner that all the assets and liabilities attributable to the Fund shall be allocated to the Mexican Portfolio, a portfolio of assets to be created under the umbrella structure of GEM (the «Portfolio»);
4. to approve that on the Effective Date, in exchange of the contribution of the respective assets and liabilities of the Fund, GEM issues to the holders of shares of the Fund the same number of shares in the Portfolios as they held in the Fund prior to the Effective Date. The new shares in GEM will be issued in registered form as of the Effective Date;
5. to state that, as a result of the merger, the Fund be wound up on the Effective Date and all its shares in issue be cancelled.

For the reconvened extraordinary general meeting no quorum is required and the resolutions will be adopted if approved by 2/3 of the shares present or represented. Each share is entitled to one vote. A shareholder may act at the meeting by proxy.

Shareholders who will not be able to attend the extraordinary general meeting may be represented by power of proxy, the form of which is available at the registered office of the Fund. The form should be duly filled in and sent back to the registered office of the Fund until at the latest the bank business day in Luxembourg preceeding the extraordinary general meeting.

II (00218/801/38)

On behalf of the Board of Directors.

**AMIGO HOLDING S.A., Société Anonyme.**

Registered office: Luxembourg, 10, rue Antoine Jans.  
R. C. Luxembourg B 29.344.

Shareholders are invited to attend on February 28, 2001 at 10.00 a.m. at the registered office of the company an  
EXTRAORDINARY MEETING  
of shareholders with the following agenda:

*Agenda:*

1. Resignation of the entire board of directors and dismissal of the statutory auditor;
2. Discharge to the directors and the statutory auditor;
3. Nomination of new board members and a new statutory auditor;
4. Miscellaneous.

II (00355/003/15)

*The Board of Directors.***BRAZILIAN INVESTMENT COMPANY, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Registered office: L-1724 Luxembourg, 33, boulevard du Prince Henri.

R. C. Luxembourg B 26.810.

A first extraordinary general meeting of the shareholders of BRAZILIAN INVESTMENT COMPANY (the «Fund») held on February 1, 2001 could not deliberate validly on the items of the agenda for lack of quorum and thus had to be reconvened to be held in Luxembourg on *March 7, 2001* at the registered office of the Fund at 10.15 a.m. with the following agenda:

*Agenda:*

1. to approve the proposed merger as set forth in the Merger Proposals;
2. to fix the effective date (hereafter the «Effective Date») of the merger, as defined in the Merger Proposals after close of business on February 1, 2001 or such other date as may be determined at the meeting upon suggestion of the chairman of the meeting being not later than three weeks after such meeting.  
The merger being conditional upon the decision of the shareholders of GLOBAL EMERGING MARKETS INVESTMENT COMPANY (hereinafter referred to «GEM») to approve the amendment of the articles of incorporation of GEM in order to:
  - (i) transform GEM into an umbrella fund comprising one or more portfolios of assets (each a «portfolio»);
  - (ii) change the name from presently GLOBAL EMERGING MARKETS INVESTMENT COMPANY into F&C EMERGING MARKETS UMBRELLA FUND;
3. to approve that, on the Effective Date, the assets and liabilities of the Fund be merged into GEM, in the manner that all the assets and liabilities attributable to the Fund shall be allocated to the Brazilian Portfolio, a portfolio of assets to be created under the umbrella structure of GEM (the «Portfolio»);
4. to approve that on the Effective Date, in exchange of the contribution of the respective assets and liabilities of the Fund, GEM issues to the holders of shares of the Fund the same number of shares in the Portfolio as they held in the Fund prior to the Effective Date. The new shares in GEM will be issued in registered form as of the Effective Date;
5. to state that, as a result of the merger, the Fund be wound up on the Effective Date and all its shares in issue be cancelled.

For the reconvened extraordinary general meeting of shareholders no quorum is required to deliberate on the items of the agenda and the resolutions will be adopted if approved by 2/3 of the shares present or represented. Each share is entitled to one vote. A shareholder may act at the meeting by proxy.

Shareholders who will not be able to attend the extraordinary general meeting may be represented by power of proxy, the form of which is available at the registered office of the Fund. The form should be duly filled in and sent back to the registered office of the Fund until at the latest the bank business day in Luxembourg preceeding the extraordinary general meeting.

II (00219/801/38)

*On behalf of the Board of Directors.***LATIN AMERICAN INVESTMENT COMPANY, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Registered office: L-1724 Luxembourg, 33, boulevard du Prince Henri.

R. C. Luxembourg B 40.168.

A first extraordinary general meeting of the shareholders of LATIN AMERICAN INVESTMENT COMPANY (the «Fund») held on February 1, 2001 could not deliberate validly on the items of the agenda for lack of quorum and thus had to be reconvened to be held in Luxembourg on *March 7, 2001* at the registered office of the Fund at 10.30 a.m. with the following agenda:

*Agenda:*

1. to approve the proposed merger as set forth in the Merger Proposals;
2. to fix the effective date (hereafter the «Effective Date») of the merger, as defined in the Merger Proposal after close of business on February 1, 2001 or such other date as may be determined at the meeting upon suggestion of the chairman of the meeting being not later than three weeks after such meeting.  
The merger being conditional upon the decision of the shareholders of GLOBAL EMERGING MARKETS INVESTMENT COMPANY (hereinafter referred to «GEM») to approve the amendment of the articles of incorporation of GEM in order to:
  - (i) transform GEM into an umbrella fund comprising one or more portfolios of assets (each a «portfolio»);

- (ii) change the name from presently GLOBAL EMERGING MARKETS INVESTMENT COMPANY into F&C EMERGING MARKETS UMBRELLA FUND;
3. to approve that, on the Effective Date, the assets and liabilities of the Fund be merged into GEM, in the manner that all the assets and liabilities attributable to the Fund shall be allocated to the Latin American Portfolio, a portfolio of assets to be created under the umbrella structure of GEM (the «Portfolio»);
  4. to approve that on the Effective Date, in exchange of the contribution of the respective assets and liabilities of the Fund, GEM issues to the holders of shares of the Fund the same number of shares in the Portfolios as they held in the Fund prior to the Effective Date. The new shares in GEM will be issued in registered form as of the Effective Date;
  5. to state that, as a result of the merger, the Fund be wound up on the Effective Date and all its shares in issue be cancelled.

For the reconvened extraordinary general meeting no quorum is required and the resolutions will be adopted if approved by 2/3 of the shares present or represented. Each share is entitled to one vote. A shareholder may act at the meeting by proxy.

Shareholders who will not be able to attend the extraordinary general meeting may be represented by power of proxy, the form of which is available at the registered office of the Fund. The form should be duly filled in and sent back to the registered office of the Fund until at the latest the bank business day in Luxembourg preceeding the extraordinary general meeting.

II (00221/801/38)

*On behalf of the Board of Directors.*

**GLOBAL EMERGING MARKETS INVESTMENT COMPANY,  
Société d'Investissement à Capital Variable.**

Registered office: L-1724 Luxembourg, 33, boulevard du Prince Henri.  
R. C. Luxembourg B 47.732.

A first extraordinary general meeting of the shareholders of GLOBAL EMERGING MARKETS INVESTMENT COMPANY (the «Fund») held on February 1, 2001 could not deliberate validly on the items of the agenda for lack of quorum and thus had to be reconvened to be held in Luxembourg on *March 7, 2001* at the registered office of the Fund at 10.00 a.m. with the following agenda

*Agenda:*

- to decide to amend, inter alia, articles 1, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 16, 21, 22, 23, 24, 26, 27 and 28 of the Fund's articles of incorporation with the main purposes of changing the name of the Fund to F&C EMERGING MARKETS UMBRELLA FUND; changing the structure to an umbrella fund; authorising the Board of Directors of the Fund to create different classes and sub-classes of shares; authorising the Board of Directors to manage the assets of the different classes of shares on a pooled basis.

The entire text of the proposed amendments is available, free of charge, at the offices of BROWN BROTHERS HARRIMAN (LUXEMBOURG) S.C.A., Luxembourg.

For the reconvened extraordinary general meeting no quorum is required and the resolutions shall be approved by shareholders holding 2/3 of the shares present or represented at the meeting.

II (00220/801/21)

*On behalf of the Board of Directors.*

**SOGEKA S.A., Société Anonyme Holding.**

Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.  
R. C. Luxembourg B 39.745.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui se tiendra le jeudi *1<sup>er</sup> mars 2001* à 11.00 heures au siège social avec pour

*Ordre du jour:*

- Rapport de gestion du conseil d'administration,
- Rapport du commissaire aux comptes,
- Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2000 et affectation des résultats,
- Quitus à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes,
- Renouvellement du mandat des administrateurs et du commissaire aux comptes,
- Autorisation à conférer au Conseil d'Administration de convertir le capital social de la société de FRF en EURO dans le cadre de la loi du 10 décembre 1998.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'assemblée au siège social.

II (00330/755/20)

*Le Conseil d'Administration.*

**ZEBRE S.A., Société Anonyme.**

Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.  
R. C. Luxembourg B 67.760.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

**l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE**

qui se tiendra le jeudi *1<sup>er</sup> mars 2001* à 15.00 heures au siège social avec pour

*Ordre du jour:*

- Rapport de gestion du Conseil d'Administration,
- Rapport du Commissaire aux Comptes,
- Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2000 et affectation des résultats,
- Quitus à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes,
- Autorisation à conférer au Conseil d'Administration pour entreprendre les démarches en vue de la conversion du capital de la société de FRF en Euro dans le cadre de la loi du 10 décembre 1998.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

II (00336/755/19)

*Le Conseil d'Administration.*

**NIPPON ASSETS INVESTMENTS, Société Anonyme.**

Registered office: Luxembourg, 11, rue Aldringen.  
R. C. Luxembourg B 21.692.

The Shareholders of the NIPPON ASSET INVESTMENTS (the «Company») are hereby convened to attend an

**EXTRAORDINARY GENERAL MEETING**

to be held at the registered office, 11, rue Aldringen, L-2960 Luxembourg on *February 28, 2001* at 11.00 a.m., with the following agenda:

*Agenda:*

1. To approve the dissolution of the Company and to put it into liquidation;
2. To approve the appointment of COMPANIE FIDUCIAIRE as the liquidator of the Company and to determine the powers of the liquidator;
3. To determine the date of the second Extraordinary General Meeting of Shareholders with on the Agenda of such meeting to receive the report of the liquidator, to appoint the auditor and to decide to hold a subsequent General Meeting of Shareholders.

All Shareholders are entitled to attend and vote and are entitled to appoint proxies to attend and vote instead of them. A proxy need not be a member of the Company. To be valid a form of proxy must be lodged with the Company at the registered office, for the attention of Mrs Léone Brachmond, KREDIETRUST LUXEMBOURG, Investment Funds Department, 11, rue Aldringen, L-2960 Luxembourg, (Fax N° 00352479773910) at your earliest convenience but in any case prior to February 21, 2001.

Please note that the resolutions on the above mentioned agenda will require a quorum of fifty per cent of the Shares outstanding and the resolutions will be passed by a two-thirds majority of the Shares present or represented at the meeting.

Luxembourg, February 9, 2001.

II (00340/755/27)

*The Board of Directors.*